



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

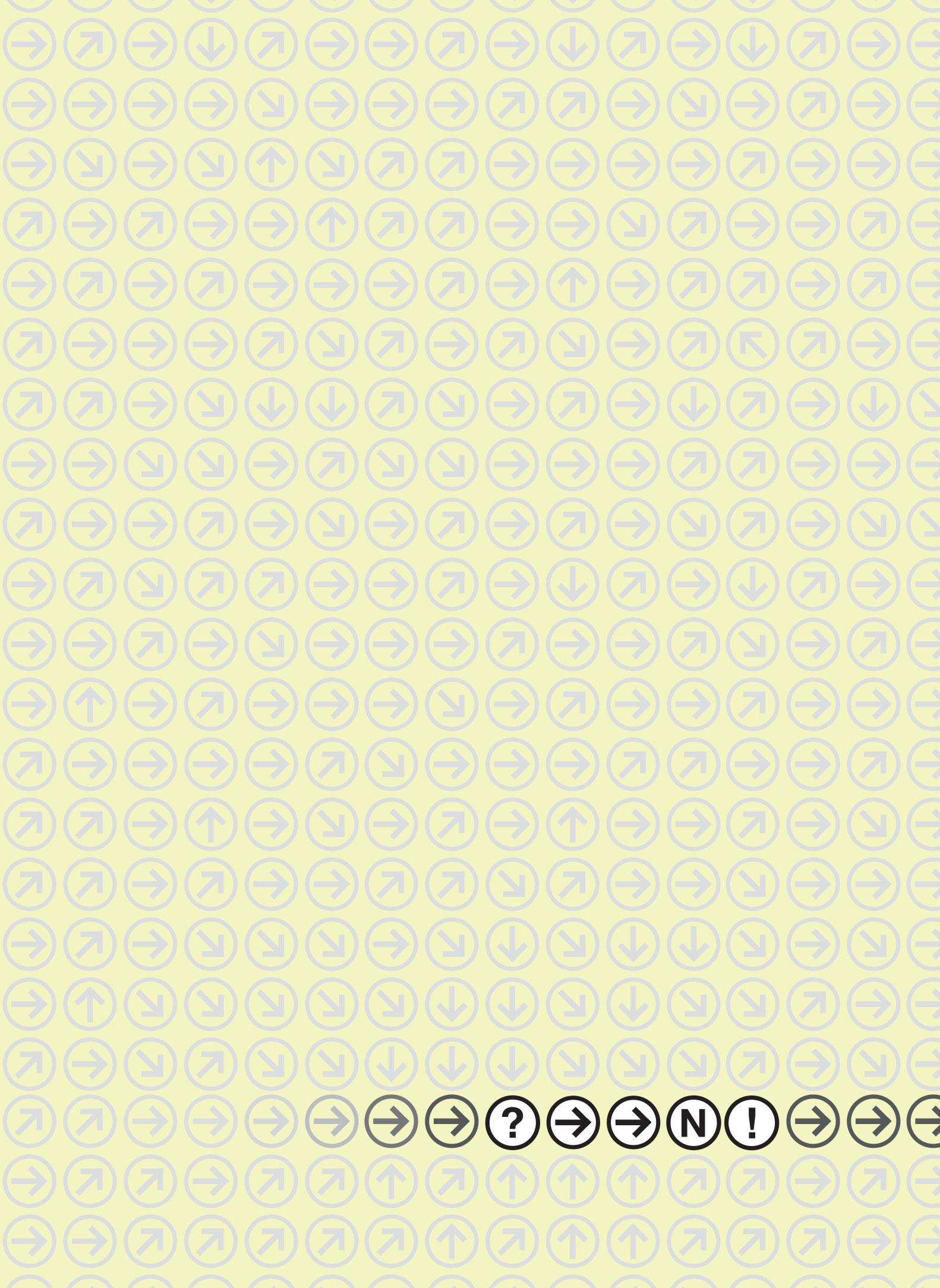


Tagebuch

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
15:40
17:00
17:30

Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern

Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung
am 1. Oktober 2003



Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern

Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung
am 1. Oktober 2003

Herausgeber: Rat für Nachhaltige Entwicklung



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

- 9:30
- 10:30
- 10:40
- 11:00
- 11:30
- 12:00
- 13:30
- 14:45
- 15:00
- 15:40
- 17:00
- 17:30



Orientierung

9:30	Registrierung und Kaffee Check-In	Seite
10:30	Begrüßung durch Dr. Volker Hauff Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrats	6
10:40	Verantwortung zur Veränderung Dr. Margot Käßmann, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats	8
11:00	Ein neuer Blick auf das Große und Ganze: Challenger Reports zur Nachhaltigkeit Moderation: Katrin Brand, WDR Hörfunk	12
	Dr. Thilo Bode, Geschäftsführer foodwatch	21
	Dr. Volker Hassemer, ehem. Senator der Stadt Berlin	28
	Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg	41
11:30	Pause Gesprächskultur	17

Erkundungen

12:00	Forum I: Dr. Thilo Bode, Geschäftsführer foodwatch „Die internationale Dimension in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik“	25
	Forum II: Dr. Volker Hassemer, ehem. Senator der Stadt Berlin „Das Management der öffentlichen Dinge“	37
	Forum III: Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg „Nachhaltigkeit und die lokale Agenda“	51
13:30	Mittagspause Inszenierung Grotest Maru „Koppelort N“	54

Impulse

14:45	Von den Challenger Reports zum Bericht über Nachhaltigkeit in der Zivilgesellschaft Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung	59
15:00	Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung Bundeskanzler Gerhard Schröder	60
	Kinospots zur Nachhaltigkeit, „Nachhaltiger Filmblick“	66

Standortbestimmung

15:40	Themenforum: „Markenzeichen Nachhaltigkeit: Von Narben und Erfolgen bei der Kommunikation der Nachhaltigkeit“	69
	Themenforum: „Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft“	73
	Themenforum: „Ein neues Leitbild für das Bauen und Wohnen? Flächeninanspruchnahme und Nachhaltigkeit“	78
	Themenforum: „Globaler Markt – nachhaltiger Konsum?“	82
	Themenforum: „Nachholend oder nachhaltig? Industrieimporte in Entwicklungs- und Schwellenländern“	86
	Die besten Beiträge des Design-Wettbewerbs „blick auf morgen“	91

Visionen

17:00	Preisverleihung zum Design-Wettbewerb „blick auf morgen“	95
17:30	Empfang des Rates für Nachhaltige Entwicklung	98

9:30

► 10:30

10:40

11:00

11:30

12:00

13:30

14:45

15:00

15:40

17:00

17:30



Dr. Volker Hauff
Mitglied der Geschäftsführung der BearingPoint GmbH
Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrats

Ein Tag Nachhaltigkeit

Im dritten Jahr seiner Arbeit hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung zur dritten öffentlichen Jahreskonferenz eingeladen. Zum ersten Mal legen wir mit diesem Tagebuch eine Dokumentation der Konferenz vor. Der große Zuspruch zu der Veranstaltung und die hohen Erwartungen, die an den Rat gestellt werden, haben uns hierzu veranlasst. Allen Teilnehmern an der Veranstaltung möchte ich hiermit meinen herzlichen Dank für die aktive Beteiligung an den Diskussionen und Foren übermitteln. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Mitglieder von Kommunalparlamenten und die Vertreter der Bundesregierung, Vorstandsmitglieder und Repräsentanten aus der Industrie, die vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Initiativen, aus Lokalen Agenda-Gruppen, aus Verbänden und den Kirchen, aus der Wissenschaft und von Behörden aus Bund und Ländern haben der Veranstaltung den Charakter eines intensiven und hochengagierten Meinungsaustausches gegeben. Dazu haben auch die Auszubildenden, Studenten und Schülerinnen und Schüler beigetragen, die sich an unserem Wettbewerb „blick auf morgen“ beteiligt haben, sowie all diejenigen, die aus persönlichem Engagement in die Jahreskonferenz des Rats für Nachhaltige Entwicklung „Kurs nehmen: Deutschland nachhaltig verändern“ gekommen sind.

Nachhaltigkeit hat etwas mit dem Streit um Inhalte, Politik und Richtungen zu tun – aber auch mit Kultur und kultureller Verankerung der Idee der Nachhaltigkeit. Der Rat steht hierzu mit Künstlern und Kulturpolitikern im Dialog. Aber bei einer Jahreskonferenz ist es mittlerweile eine gute Übung, die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit auch innerhalb der Veranstaltung spürbar zu machen. Die Macher des *Nachhaltigen Filmblicks* zeigten ihre Kinospots zur Nachhaltigkeit, die das Ergebnis eines dreijährigen Projekts von Studenten sehr unterschiedlicher Fachrichtungen sind, die neue Medien für die Nachhaltigkeit erfolgreich ausprobieren. In der Mittagspause

hat uns ein Matrosenballett des Tanztheaters Grotest Maru bildliche Metaphern zur Selbstbesinnung, Richtungsentscheidung, Richtungsfindung gezeigt, mit denen sie das Tagungsmotto „Kurs nehmen“ künstlerisch kommunizierten.

Die 24 besten Beiträge aus unserem Design-Wettbewerb „blick auf morgen“ haben wir in der Konferenz ausgestellt. Eine Jury hat diese in den Kategorien Auszubildende, Schüler, Studenten bestimmt. Um die Sieger zu ermitteln, hat auch das Publikum ein Votum abgegeben. Zum abendlichen Empfang hat die Pianistin Annette Jashpon sozusagen mit unseren Erinnerungen gespielt. Das erste Stück hieß „memory“ – Erinnerung und Selbstvergewisserung gehören dazu, wenn man über Nachhaltigkeit nachdenkt. Schließlich: Was wäre eine Veranstaltung dieser Größe und Art ohne ein besonderes Augenmerk auf die Esskultur, mit der wir an unser Projekt „Der nachhaltige Warenkorb“ anschließen.

9:30

10:30

► 10:40

11:00

11:30

12:00

13:30

14:45

15:00

15:40

17:00

17:30

Verantwortung zur Veränderung

Rede von Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann zur Eröffnung der Jahreskonferenz des Rats für Nachhaltige Entwicklung

Was in aller Welt ist Nachhaltigkeit? Es ist gut, dass der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ immer bekannter wird, wie Umfrageergebnisse belegen. Das allerdings dürfen wir nicht ignorieren: Der Begriff wird oft beliebig benutzt, ohne dass sein wirklicher Inhalt gemeint wird. Es besteht die Gefahr, dass die Ziele und Inhalte der Nachhaltigkeit verloren gehen: das faire Miteinander der Menschen, die Erhaltung der Umwelt und die Rücksicht auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen – dass wir einen zukunftsfähigen Umgang mit den endlichen, erschöpfbaren Naturressourcen finden müssen, dass die Natur vor zu viel Schadstoffen und Zerstörung bewahrt wird, dass den Menschen auf der ganzen Welt ein Ausweg aus Armut, Verlorenheit und Hoffnungslosigkeit hin zu nachhaltiger Entwicklung eröffnet wird.

Ziehen wir nüchtern Bilanz:

- Von diesen Zielen sind wir in der Welt wohl weiter denn je entfernt.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von 2001 war ein Anfang. Aber die großen Reformvorhaben zur Rente, Gesundheit, Steuerreform, Gemeindefinanzierung und zum Föderalismus sind nicht mit der Nachhaltigkeitspolitik verbunden worden.
- Das gegenwärtige hektische Reden über Subventionen, Emissionshandel, Windenergie, Dosenpfand und Eigenheimzulage droht das Wesentliche aus dem Blick zu drängen. Was der eine Minister tut, was die andere Ministerin sagt, was die Wirtschaftsverbände wollen, darüber ist vielen der Überblick verloren gegangen und es hat oftmals wenig zu tun mit dem, was wir in unserem Land *langfristig* brauchen.
- Wir stehen wohl erst am Beginn eines tief greifenden Wandels – aber eben nicht mit Blick auf Sozialver-



Dr. Margot Käßmann
Landesbischöfin der evangelisch-lutherischen Kirche Hannover
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats

sicherung, Rentensysteme und Gesundheitsfinanzierung. Allein der demografische Wandel wird enorme Folgen auch für unsere soziale Infrastruktur, für Städte und Gemeinden, für die Wirtschaft haben. Gleichzeitig haben einerseits noch immer Millionen von Frauen in den armen Ländern keinen Zugang zu Verhütungsmitteln und ringen andererseits Frauen in den reichen Industrienationen um die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit.

- Es wird immer wahrscheinlicher, dass die globalen Klimaveränderungen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen von Milliarden Menschen (auch in Europa!) tief beeinflussen werden. Armut, Hunger und Hoffnungslosigkeit in großen Teilen der Erde bedrohen letzten Endes die Existenz aller. 20 % der Menschen nutzen 80 % der natürlichen Ressourcen und der Rest bleibt für die „anderen“ 80 % der Menschheit. Die soziale Unausgewogenheit in den reichen Ländern, vor allem aber zwischen Nord und Süd und auch innerhalb der armen Länder, gefährdet nachhaltige Entwicklung in einem Ausmaß, das bisher viel zu wenig wahrgenommen wird.

Zur Bilanz gehört aber auch ein ermutigendes Signal. In der Zivilgesellschaft und in Teilen der Wirtschaft hat Nachhaltigkeit mittlerweile einen guten Klang. Mehr als je zuvor wird in vielen konkreten Projekten und Initiativen in Städten, in lokalen Gruppen, in Schulen, Kirchen und Umweltgruppen, aber auch in Teilen der Wirtschaft Ernst gemacht mit der Idee der Nachhaltigkeit. Das gilt sowohl für die ökologische Nachhaltigkeit als auch zunehmend – und das halte ich für besonders wichtig – für

Initiativen und Projekte mit sozialpolitischem Schwerpunkt.

Aber wir müssen klar sagen, dass die Mehrheit in Politik und Wirtschaft bei dem Begriff Nachhaltigkeit noch immer auf Abwehr schaltet, die Nase rümpft und Vorbehalte vorbringt, das Ganze sei zu theoretisch, zu moralisch, Nachhaltigkeit wolle zu viel und könne zu wenig. Vorerst müssen wir also bilanzieren: *Toleriert* ist der Begriff der Nachhaltigkeit nur als eine moderne politische Formel. Allgemein *akzeptiert* als politische Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Ökologischen, Sozialen und Ökonomischen ist er noch nicht.

Warum stehen Verantwortung und Veränderung am Beginn der Jahrestagung des Nachhaltigkeitsrats?

Kurs nehmen, unser Land nachhaltig verändern und dabei die Frage nach weltweiter Verantwortung stellen, darum geht es. Sie werden vielleicht denken: Verantwortung klingt nach Appell, Erziehung, Gutmenschentum oder auch: typisch Kirchenfrau. Was kann der Rat für Nachhaltige Entwicklung denn angesichts der kritischen Bilanz wollen, was bewirken? Warum stehen Verantwortung und Veränderung am Beginn der Jahrestagung des Nachhaltigkeitsrats? Ich meine, wir brauchen eine neue Praxis von Verantwortung und neue Ideen, wie denn Veränderung möglich, gestaltet und akzeptabel werden kann. Dabei ist die Idee der Nachhaltigkeit unverzichtbar, weil sie Orientierung und Übersicht gibt.

Wir leben in einer Zeit fundamentaler Veränderungen. Wer wollte das bestreiten? Deutschland verändert sich tief greifend, wenn es offensichtlich auf Dauer in Richtung auf 5 Millionen Arbeitslose geht und der grundlegende demografische Wandel unübersehbar ist. Noch dazu erkennen wir – wenn wir uns nicht von Talk-Shows und Soap-Operas der Medienindustrie ablenken lassen! –, dass wir in einer geteilten Weltgesellschaft mit geschädigter Umwelt leben, mit Hass, Armut und Gewalt. Im täglichen Leben erfahren wir die Veränderungen als drängende Hast und immer schnelleres Lebenstempo der einen Gruppe und als das Gefühl der anderen Gruppe, nicht mehr Schritt halten zu können. Ja, viele Menschen erleben sich heute als ausgegrenzt oder als nicht gebraucht. Der lateinamerikanische Theologe Fran J. Hinkelammert hat das einmal als die Produktion von „überflüssigen Menschen“ bezeichnet und gar von in der Welt der Wirtschaft „überflüssigen Kontinenten“ gesprochen.

- Heute leben in Deutschland Kinder, deren Eltern in ihrer gesamten Kind- und Jugendzeit niemals geregelte Arbeit hatten. Ja, es gibt Familien, die in der dritten Generation zu den Sozialhilfe Empfangenden gehören. Wie sollen da neue Perspektiven entstehen?
- Heute gibt es Familienbetriebe im Handwerk und in der Landwirtschaft, die aufgeben, weil entweder die nachfolgende Generation den Betrieb nicht übernehmen will oder weil es eben keine nachfolgende Generation mehr gibt. Und für viele ist die Schuldenfalle vorprogrammiert ...
- Heute erleben wir den Klimawandel, Überschwemmungen und Dürren, aber auch die Auseinandersetzungen um Dosenpfand und Ökosteuer, um Windmühlen als Versicherungsfall, als Solidaritätserlebnis, als politisches Scharmützel – aber schon lange ist verdrängt, dass wir hier unsere Überlebensfähigkeit herausfordern. Die Erde verträgt den nordamerikanisch-westeuropäischen Lebensstil offensichtlich nicht!
- Heute meinen viele Menschen, ohne Wertorientierung auszukommen. Sie reflektieren nicht das „Wohin und Warum“. Die Konsumgesellschaft schafft materielle Werte wie Haben und Besitzen, die an die Stelle von Grundüberzeugungen wie Solidarität, Glaube, Gemeinschaft oder Verantwortung treten. Das macht leicht verführbar: vom Markt, vom Angebot, durch unterschiedliche Sinnangebote von Ideologien über Zukunftsverheißungen und Geld bis hin zur Esoterik. Und so manche zimmern sich ihre Wertorientierung einfach selbst, ganz individuell ...

Was bedeutet das für die Gesellschaft, unsere Gesellschaftskultur? Viele Menschen fragen sich zu Recht: Wie soll es denn eigentlich weitergehen? Mit der Firma, deren Produktion verlagert werden soll, mit der Familie, die zerstreut lebt, mit dem Spagat zwischen Kinderwunsch und mangelnden Strukturen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Wie sollen die ökologischen Herausforderungen bewältigt werden? Haben wir überhaupt noch eine Vorreiterrolle in der Welt, um neue Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen? Oder hat uns allgemeines Ohnmachtgefühl fest im Griff? Haben wir noch einen Überblick bzw. begreifen wir eigentlich, was sich hierzulande und um uns herum tut? Oder ist das Heil nur noch im Rückzug ins Private zu finden? Ja, viele Fragen, das ist mir bewusst ...

9:30 „Veränderung“ ist für die meisten Menschen heute nicht
10:30 ein langsamer Prozess, der Fortschritt im Gepäck hat.
► 10:40 Nein, Veränderungen werden als bedrohlich empfunden,
11:00 vor allem für den eigenen Lebensstandard. Dabei wurde
11:30 und wird vieles an Veränderung ja durchaus bewusst ge-
12:00 wollt und gesteuert, nehmen wir etwa die Privatisierung
13:30 von Bahn und Post. Wenn dann in den USA bei einem
14:45 Hurrikan offensichtlich wird, dass das private Stromnetz
15:00 völlig marode ist, staunen wir. Und fragen uns: Wie wird
15:40 Veränderung zu einem demokratisch gestalteten Prozess,
17:00 an dem viele beteiligt sind? Wie kann eine Gesellschaft
17:30 neu lernen, dass es zu ihrem Wohl ist, Veränderungspro-
zesse sozial verträglich zu gestalten?

Nachhaltigkeit könnte für die Veränderungen, vor denen Deutschland steht, einen Kompass liefern, wenn Nachhaltige Entwicklung von der Politik auf allen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen, als ein politisches Konzept begriffen wird, das dem Einzelnen die Chance zur Mitgestaltung und zur Übernahme von Verantwortung gibt.

Verantwortung für Nachhaltigkeit ist vor allem die Übernahme von Verantwortung, die über den eigenen unmittelbaren Bereich hinausgeht. Das gilt für jeden und jede einzeln genauso wie für große Unternehmen, die das dann Corporate Social Responsibility nennen mögen. Der Großteil der Menschen ist meines Erachtens durchaus bereit, Verantwortung für Zukunft und Nachhaltigkeit zu übernehmen – aber sie können das Wort „Reform“ nicht mehr hören. Es ist zerrieben und zerredet in der alltäglichen politischen Praxis. Der Grundstoff für Verantwortung ist Vertrauen. Die Frage ist berechtigt: Ist genug Vertrauen vorhanden in die Politik bei Bund und Ländern, in das Agieren der Wirtschafts- und Lobbyverbände, in die Wahrhaftigkeit von Bekenntnissen zu Nachhaltigkeit? Und wie kann verloren gegangenes Vertrauen neu gewonnen werden?

Menschen fühlen Verantwortung vor allem, wenn sie um ihre Rechte kämpfen, wenn sie für die Umwelt eintreten oder sich konkret für andere Menschen engagieren, wenn sie – mit einem leider abgegriffenen Wort – „betroffen“ sind. Überall, wo die Hoffnung auf Veränderung gegeben ist, gewinnt das Widerständige Kraft und wird das eigene Engagement zu einem lebensnahen und lebensbejahenden Gefühl. So kann die Übernahme von Verantwortung zu einem Akt der Freiheit und der Menschlichkeit werden, so entstehen Hoffnungen, Visionen. „I have a dream!“ – wie viel Energie hat diese Vision Martin Luther Kings freigesetzt!

Kursbestimmungen – Nachhaltigkeit gestalten

Die Auseinandersetzungen um die Windkraft, um nachhaltigen Konsum, um Technologietransfer oder um Baukultur und Landschaftsverbrauch sind allesamt wichtig. Sie finden aber oft in Expertenkreisen statt und eben nur dort. Expertenrunden aber sollten doch zum Ziel haben, für andere Optionen und ihre Konsequenzen zu klären. Nur dann sind sie meines Erachtens erfolgreich, wenn auf diesem Feld auch Nicht-Experten eine Einsicht in die Sachnotwendigkeiten haben und daraus Wahlmöglichkeiten entstehen. Leider misslingt dieser Übersetzungsprozess offensichtlich immer wieder und der Funke springt kaum auf die Gesellschaft über. Begeisterung für die Idee der Nachhaltigkeit kommt kaum – oder sagen wir: zu wenig – auf. Das liegt wohl vor allem auch daran, dass wir das Verhältnis von Nachhaltigkeit zu Gerechtigkeit noch nicht durchdrungen haben.

Mir ist sehr deutlich, dass in der Bundesrepublik das Thema Gerechtigkeit heute vom Thema Eigenverantwortung abgedrängt wird. Es wird suggeriert, die Armen im eigenen Land und in der ganzen Welt seien irgendwie selbst schuld an ihrem vermeintlichen Schicksal und dürften sich auf die Solidarität der Starken mit den Schwachen nicht mehr berufen. Aber unser Land ist nicht so arm, wie es uns täglich dargestellt wird. Das reale (also preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt hat sich

- zwischen 1952 und 1972 etwa versiebenfacht,
- zwischen 1972 und 2002 noch einmal verdoppelt,
- zwischen 1991 und 2002 gab es einen Zuwachs von immerhin noch einmal 15 %.

Die Frage ist doch, wie Armut und Reichtum in unserem Land verteilt werden, ob es auch eine Globalisierung des Zugewinns gibt.

Deshalb halte ich noch immer das Programm „For a Just, Participatory and Sustainable Society“ für zukunftsweisend, das der Ökumenische Rat der Kirchen Ende der 70er Jahre betrieben hat. Diese Formulierung bringt die richtigen Begriffe zusammen! Als Christinnen und Christen glauben wir, dass es nur eine Welt gibt, von Gott geschaffen, in der alle Menschen gleich viel wert sind. Ungerechtigkeit ist deshalb eine Schlüsselfrage der Gesellschaft, der Welt. Ressourcenverschwendung und Überfluss auf der einen Seite, Armut, Hunger, Aids auf

der anderen – diese Diskrepanz ist nicht nur menschenverachtend, sondern auch lebenszerstörend für den ganzen bewohnten Erdbereich. Soziale Gerechtigkeit als Ziel der Globalisierung anstelle des Denkens in den Kategorien von Shareholdervalue und Börsengewinnen sollte daher im Nachhaltigkeitsdiskurs eine wesentlich größere Rolle spielen. Kurzum, wir brauchen dringend eine breite ethische und kulturpolitische Diskussion um Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Nur so werden wir den sperrigen Begriff mit Ideen, mit Inhalten und Lebenschancen füllen. Das zu tun ist die Aufgabe nicht nur der Politik, sondern eines jeden und einer jeder von uns. Begeisternd nachhaltig – es liegt an uns, mit Fantasie und Engagement unsere Zukunft für ein gesundes, verantwortungsbewusstes Leben in die Hand zu nehmen. Statt um Verzicht geht es dann um Gewinn, statt um Beschränkung geht es dann um Verantwortung, statt um Gängelung um Freiheit.

Nachhaltigkeit in den Blick nehmen

Heute blickt der Rat für Nachhaltige Entwicklung auf zweieinhalb Jahre Beratungen, Konferenzen, Empfehlungen an die Bundesregierung und auf das Gespräch mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zurück. Die Themenforen unserer Jahreskonferenz setzen inhaltliche Schwerpunkte. Wir greifen Nachhaltigkeit als Querschnittsthema der Energiepolitik, der Globalisierung, der Zukunft unserer Städte, der Entwicklungszusammenarbeit und der politischen Kommunikation auf. Zu einem dieser Themen, der Energiepolitik, haben wir erst gestern lange zusammengesessen. Energiepolitik ist für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland so wichtig wie die Rentenpolitik. Wir müssen heute entscheiden, welche Energieformen wir zukünftig nutzen. Und wir entscheiden damit auch über unsere wirtschaftliche Leistungskraft und unsere Chancen auf dem Weltmarkt. Hier ist der Blick auf den Gesamtzusammenhang gefragt, für den es kein anderes Kriterium gibt als die nachhaltige Entwicklung in Deutschland.

In der Tat geht es um Kursbestimmungen, ja auch um Wertentscheidungen. Die liegen meines Erachtens vor allen Dingen im konsequenten Verfolgen langfristiger Perspektiven, in neuen Koalitionen unterschiedlicher Akteure in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales sowie in neuen Formen der Bürgerbeteiligung, bei denen Partizipation an die Stelle von Expertenisolierung tritt, damit Verantwortung ermöglicht wird. Dabei

geht es um langfristige Prozesse und nicht um kurzatmiges Planen, um Prozesse, bei denen die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Perspektive der „Einen Welt“ im Vordergrund stehen müssen. Nur wenn Menschen bereit sind, ihren Lebensstil als Privatpersonen wie als öffentliche Akteure verantwortlich zu gestalten, kann der Mythos unseres Wachstumsdenkens überwunden werden.

Die Bundesregierung wird im nächsten Jahr einen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Dem kommt große Bedeutung zu. Der Rat hatte sich für eine regelmäßige Berichterstattung zur Nachhaltigkeit ausgesprochen. Wir sind zuversichtlich, dass diese zu einer breiten Diskussion um den Leitbegriff der Nachhaltigkeit und zur Intensivierung der Nachhaltigkeitspolitik beiträgt. Und wir werden auch selbst dazu beitragen. Heute machen wir hierzu einen wichtigen Schritt. Wir wollen herausfinden, auf welchen Nenner sich die vielen Initiativen und Projekte zur Nachhaltigkeit bringen lassen, die in der Zivilgesellschaft und in Teilen der Wirtschaft stattfinden. Eine solche Perspektive angemessen einfließen zu lassen, ruft nach neuen Instrumenten.

Als Auftakt haben wir für unsere heutige Veranstaltung drei so genannte Challenger Reports eingeladen. Wir erwarten, dass sie mit einem pointierten Kommentar den Blick öffnen und das dialogische Element der Nachhaltigkeitspolitik unterstreichen. Ich danke Beate Weber, Volker Hassemer und Thilo Bode, dass sie sich hierzu bereit erklärt haben.

Seien wir gespannt. Uns allen spannende Diskussionen!



9:30
10:30
10:40
► 11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
15:40
17:00
17:30

Ein neuer Blick auf das Große und Ganze: Challenger Reports zur Nachhaltigkeit

Podiumsdiskussion mit den Autoren zur Einführung in die Diskussionsrunden

Moderation:
Katrin Brand

Teilnehmer:
Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg
Dr. Volker Hassemer, Senator a. D.
Dr. Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch

Katrin Brand:
Ich möchte Ihnen die drei „Challenger“, die Herausforderer, die hier auf dem Podium Platz genommen haben, vorstellen und ihnen Gelegenheit geben, ihre Positionen und Thesen anzureißen, um Ihnen die Wahl des Forums im Anschluss zu erleichtern.

Frau Weber ist seit 13 Jahren als Oberbürgermeisterin von Heidelberg tätig und forciert dort Themen wie flächendeckende Kinderbetreuung oder lokaler Klimaschutz. Sie steht momentan, so wie ich das einschätze, im Spannungsfeld zwischen Lokaler Agenda 21 und Agenda 2010, aber das können wir ja noch im Laufe des Tages weiter vertiefen. Volker Hassemer hat das Gesicht Berlins nachhaltig verändert. Er war Senator für Umweltschutz, Kultur, Stadtentwicklung, manchmal gleichzeitig, manchmal hintereinander. Thilo Bode hat das Konsumverhalten in Deutschland nachhaltig geprägt. Er war Geschäftsführer von Greenpeace International. Im Jahr 2000 hat er die Organisation „foodwatch“ ins Leben gerufen und kümmert sich seitdem um die Qualität von Futter und Lebensmitteln.

Frau Weber, erinnern Sie sich noch, wann das erste Mal das Wort Nachhaltigkeit in Ihr Leben getreten ist?

Beate Weber:

Das ist ein bisschen schwierig. Denn es wurde erst richtig deutlich, nachdem die Politik eigentlich schon längst in diese Richtung hätte gehen müssen. Das Wort „Nachhaltigkeit“ ist in Deutschland erst Mitte der 90er Jahre richtig in die Diskussion gekommen. Und dann haben wir erst einmal begonnen, uns darum zu streiten, was der Begriff bedeutet. Und das Schlimme ist, dass wir jetzt immer noch darüber streiten, statt das zu tun, was dahinter steckt.

Katrin Brand:

Herr Hassemer, ist Ihnen Nachhaltigkeit in Ihrer politischen Tätigkeit über den Weg gelaufen?

Dr. Volker Hassemer:

Ich bin alt genug oder ich bin so alt, dass mir Nachhaltigkeit als Thema zunächst einmal mit dem Begriff Umwelt entgegengekommen ist. Dann, Sie haben es gesagt, habe ich mich mit Kultur und Kulturpolitik befasst, und da ging es von einer ganz anderen Seite wieder um Werte, Gesichtspunkte, Strategien und Zukunftswege. Deshalb ist für mich Nachhaltigkeit eher ein Klammerbegriff für vieles, was ich inhaltlich getan habe, aber ich gebe es zu: Ich war zuständig für manches, aber noch nie Senator für Nachhaltigkeit.

Katrin Brand:

Herr Bode, Ihr Begriff von Nachhaltigkeit. Sie kennen ihn auch schon länger?

Dr. Thilo Bode:

Ja, und auch ich halte die Diskussion über Definitionen für ziemlich witzlos. Da ist es eher schon interessant zu fragen, was nicht nachhaltig ist. Also solche Definitionen, die in erster Linie dem eigenen Interesse dienen. Ich meine, wir sollten darüber reden, was wir tatsächlich machen – und nicht nachhaltig ist die Interessenpolitik, die heute als nachhaltig bezeichnet wird.

Katrin Brand:

Womit wir mitten in der inhaltlichen Diskussion sind. Sie haben ein Thesenpapier vorgelegt, in dem dieses Element von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sehr stark zum Ausdruck kommt.

Dr. Thilo Bode:

Meine These ist, es gibt drei große globale Probleme heute: Armut, Sicherheit und Ökologie. Alle drei Probleme greifen ineinander, auch was die Lösungen angeht.



von links: Dr. Volker Hassemer, Beate Weber, Katrin Brand, Dr. Thilo Bode

Als „Challenger“ zur Nachhaltigkeitspolitik: Nehmen Sie den Rat für Nachhaltigkeit selbst auch ins Visier?

Katrin Brand, WDR-Hörfunk, Moderatorin

Eine Strategie, die diese Probleme angeht, darf sich deshalb eben nicht nur um Ökologie, sondern muss sich auch um Armut und Sicherheit auf der Welt kümmern. Meiner Analyse zufolge ist die Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dazu angetan, hier wesentliche Fortschritte zu erzielen. Und ich glaube, dass man auch als Nationalstaat, der heute in vielen internationalen Gremien und Verbänden eingebunden ist, Akzente setzen kann. Die vermisste ich allerdings.

Katrin Brand:

Frau Weber, Ihr Blick geht ein bisschen kleinräumiger auf die Nachhaltigkeit, wobei das ganz gut passt, was Herr Bode gerade gesagt hat. Graust es Ihnen, wenn Hans Eichel von nachhaltiger Haushaltspolitik spricht?

Beate Weber:

Nein, natürlich muss es auch im Haushalt so sein, dass man heute dafür sorgt, dass auch die zukünftigen Generationen noch Geld haben, um wichtige Aufgaben zu erledigen. Insofern kann Haushaltspolitik auch nachhaltig sein, nur meistens ist sie das nicht. Ich denke, die

Überschrift des Kongresses ist gut gewählt, denn Kurs nehmen heißt ja auch, eine lange Linie zu verfolgen, nicht nur eine kurze. Kurs nehmen heißt, sich über die nächsten 10, 20, 50 Jahre Gedanken zu machen. Und wenn man heute Haushalte konsolidiert, dann muss man heute dafür sorgen, dass nicht lauter Jugendliche ohne Ausbildung bleiben. Wenn heute die Kommunen kein Geld mehr haben, um ihre Umwelt am Ort im Griff zu behalten, ihre soziale Stabilität am Ort im Griff zu behalten, dann wird auch die Gesellschaft in Deutschland in 30, 40, 50 Jahren nicht mehr stabil sein. Insofern hat Haushaltspolitik auch etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. Manche denken einfach nur bis zum nächsten Wahltermin, und das ist zu kurz.

Katrin Brand:

Herr Hassemer, als Sie die Aufforderung bekamen, einen Report, eine Herausforderung zu schreiben zum Thema Nachhaltigkeit – was ist Ihnen da als Erstes durch den Kopf geschossen?

9:30 Dr. Volker Hassemer:
10:30 Zunächst habe ich zurückgefragt, ob es denn erlaubt sei,
10:40 das vorzutragen, was ich für wichtig halte, und nicht, was
► 11:00 vielleicht andere sich überlegt haben. Das wurde bejaht,
11:30 und das hat mich dann sehr interessiert. Ihr Beispiel mit
12:00 dem Finanzminister ist vielleicht ein ganz interessantes.
13:30 Ich würde niemandem empfehlen, irgendeinen Minister
14:45 zu kritisieren, der das Thema Nachhaltigkeit mit sich
15:00 selbst verbindet. Damit nämlich beginnt die Chance, ihn
15:40 an diesem Maßstab zu messen. Ich meine aber nicht, dass
17:00 wir uns als diejenigen verstehen sollten, die es besser wis-
17:30 sen, sondern als diejenigen, die sich dafür verantwortlich
fühlen, Wirklichkeit zu gestalten. So wie ein Minister,
der aus Versehen das Wort Nachhaltigkeit benutzt, in der
Falle sitzt, sich plötzlich auch dafür verantwortlich zu
fühlen.

Katrin Brand:

Käme Ihnen das entgegen, Herr Bode?

Dr. Thilo Bode:

Also, als ich die Einladung bekommen habe, habe ich mich gefragt: Warum brauchen die mich? Ich gehe doch eigentlich davon aus, dass der Nachhaltigkeitsrat selber „Challenger“ sein müsste, denn für was ist er denn sonst gut? Wir haben ja jede Menge wissenschaftliche Beiräte in Deutschland und die veröffentlichen jede Menge State-ments jedes Jahr, die keine große Öffentlichkeit erfahren. Aber hier haben wir ein zentrales Thema. Die deutsche Politik ist nicht nachhaltig, die internationale Politik ist nicht nachhaltig, also muss man wirklich immer die Fahne hochhalten, die Challenger-Funktion sozusagen nicht extern vergeben, und sagen: Stopp! So geht es nicht weiter.

Dr. Volker Hassemer:

Das halte ich wirklich für falsch, weil gerade die Leute, die sich als Gruppe von Herausforderern verstehen, wissen sollten, dass auch sie selbst immer auf den Prüfstand gehören und herausgefordert werden müssen. Ich würde die nicht kritisieren. Alles, was im eigenen Saft bleibt, alles, was sagt: Wir wissen, was los ist, und

nun schließen wir die Türen und sind miteinander glücklich – das liegt im Argen. Und jeder, der die Türen aufmacht und sich selbst in Frage stellt, ist auf dem richtigen Weg.

Beate Weber:

Es ist ja auch ganz wichtig, dass diejenigen, die diesen Nachhaltigkeitsrat eingerichtet haben, sehen, dass es außer denen, die sie dafür berufen haben, auch noch ein paar Leute gibt, die sich mit demselben Thema befassen und möglicherweise noch weitergehende Gedanken oder Vorschläge haben. Das ist gut. Ich denke, wir sind zwar Herausforderer, aber auch Unterstützer dieser Bewegung. Insofern ergänzen wir uns da, und ich vermute mal, dass alle, die hier sind, das ähnlich sehen.

Katrin Brand:

Die These, die Sie, Herr Bode, aufgestellt haben, geht ja in die Richtung: Na ja, Rat für Nachhaltigkeit. Die fühlen sich jetzt wie die Guten, sitzen auf der richtigen Seite, haben eine Idee, wo es langgeht. Nehmen Sie mit der Kritik, die Sie da eben geäußert haben, auch den Rat selber ins Visier?

Dr. Thilo Bode:

Meine Gedanken kreisen eben um die Frage: Wie kann man die Arbeit eines solchen Rats effektiv machen? Wie unterscheidet sich die Arbeit eines solchen Rats von vielen anderen Gremien, die wir in Deutschland haben? Und da es wirklich ein zentrales Thema ist, muss man sich sehr pointiert ausdrücken, um auch wirklich als Herausforderer zu funktionieren. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wird nur dann erweckt werden, wenn es etwas provokanter zugeht: Je schärfer, desto besser.

Katrin Brand:

Frau Weber, auch in Ihrem Papier taucht eine gewisse Schärfe auf. Zumindest spitzen Sie es an, nach dem Motto: Gut, Lokale Agenda 21 ist schön, aber ein bisschen allein gelassen fühlen Sie sich womöglich doch?

Beate Weber:

Ich merke, dass viele Kommunen einfach keinen Druck verspüren, da irgendetwas tun zu müssen. Es gibt Hunderte von Kollegen, die mit dem Thema nichts anfangen können, und ich vermute, wenn Sie eine Umfrage unter Lokalpolitikern machen würden, würden Sie wahrscheinlich ziemlich verheerende Ergebnisse erzielen. Deswegen denke ich schon, dass der Prozess von oben und von unten gleichermaßen betrieben werden muss.



Es kommt ja nicht von allein, dass in den skandinavischen Ländern, in denen die Regierungen das Thema zur Chefsache gemacht, sehr viel mehr Bewegung in Gang gekommen ist. Da wurde von oben gesagt: Wir wollen das und ihr seid unsere Verbündeten. Zusammen kriegen wir etwas auf die Beine. Das war in Deutschland überhaupt nicht der Fall! Die ersten Jahre hat sich hier überhaupt nichts getan, und so ganz stark ist die Bewegung nach wie vor noch nicht.

Wir werden ja heute nachmittag sicher vom Bundeskanzler eine große Rede hören, in dessen Partei ich auch bin, und ich habe in seiner Agenda 2010 – das sage ich hier und ich sage es auch in seiner Gegenwart – dieses Wort und vor allem die Idee, die dahinter steckt, vermisst. Das ist einfach dramatisch. So etwas darf nicht passieren. Vor allen Dingen nicht in einer Zeit, in der ganz allmählich Bürgerinnen und Bürger anfangen, mit diesem Begriff „Agenda 21“ etwas anzufangen – und zwar in unserem Sinne: Kurs nehmen auf eine vernünftige Entwicklung.

Katrin Brand:

Herr Hassemer, als Sie Ihren Bericht geschrieben haben, hatten Sie dabei den Rat im Auge? Ist der als politisches Instrument tauglich?

Dr. Volker Hassemer:

Ich hatte ihn im Auge und glaube auch, dass man fair sein muss. Der Rat existiert jetzt zwei Jahre. Das ist nun wirklich ein fast noch vorgeburtliches Stadium. Ich bin, was das Thema Zuspitzung anbetrifft, schon der Meinung von Herrn Bode. Ich glaube, der Rat wird dann gut sein – und das ist auch Gegenstand dessen, was ich heute sagen will –, wenn er sich nicht als der Verwalter dieses Begriffs empfindet, sondern als die Arbeitsgruppe, die virenartig diesen Begriff in die Republik zu verbreiten hat. Er ist ein Dienstleister. Das heißt: Mit dem Rat endet die Befassung mit dem Thema Nachhaltigkeit nicht, sondern mit ihm beginnt es erst. Die Infiltration des Themas Nachhaltigkeit in die Republik hinein, das Verbreiten unter den Entscheidern – diese Außenwirkung sollte den Rat kennzeichnen. Und das in der Tat mit Schärfe und Selbstbewusstsein. Schärfe setzt ein Selbstbewusstsein angesichts der Aufgabe voraus und den Glauben, diese Schärfe sich und anderen zumuten zu können. Wenn der Rat sich so versteht und nicht nur als jemand, der seine Erkenntnisse publiziert und dann auch im Zweifel wieder auf den eigenen Tisch legt, dann wird er gut.



Dr. Angelika Zahrt
Vorsitzendes des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats

Katrin Brand:

Halten Sie, Herr Bode, den Rat für das richtige politische Gremium, um das, was Sie unter Nachhaltigkeit oder Nicht-Nachhaltigkeit verstehen, nach vorne zu bringen?

Dr. Thilo Bode:

Das Gremium ist natürlich eines von vielen Mitteln, das die Politik hat, und ob das Mittel gut ist, muss der Rat selber beweisen. Um Zukunftspolitik zu machen, dazu gehört allerdings mehr als ein Beratungsgremium. Die Politik muss sich generell ändern. Die Frage ist, warum wir eigentlich weniger Definitions- als Umsetzungsprobleme haben. Jeder weiß, was gemacht werden muss. Es wird nur nicht getan. Wie funktioniert also unsere Politik? Man darf auch keine Hemmungen haben, laut über die Spielregeln der Demokratie – ohne die Demokratie in Frage zu stellen – nachzudenken. Dass sie nicht nur Macht auf Zeit zum Primat erhebt, sondern Verantwortung auf Dauer. Gegenwärtig sind die Entscheidungen aufgrund des Mechanismus viel zu kurzfristig angelegt.

Katrin Brand:

Frau Weber, würden Sie dieses Argument, Politik ist zu kurzfristig, unterschreiben?

Beate Weber:

Das ist ein schwieriges Thema. Ich wäre nach vier Jahren mit dieser Politik mit Sicherheit nicht mehr wiedergewählt worden. Absolut sicher. Aber nach acht Jahren war

9:30 es möglich, weil diese Zeit lang genug ist, um relativ tief
10:30 in solche Veränderungsprozesse reingehen zu können
10:40 und auch die ersten Ergebnisse zu sehen. Das ist nach
► 11:00 vier Jahren praktisch nicht möglich. Ich glaube, dass die
11:30 Kurzsichtigkeit der Politik auch viel mit diesen Amts-
12:00 zeiten zu tun hat. Ich will jetzt nicht beschwören, dass
13:30 jeder, der acht Jahre Zeit hat, darin auch nur Vernünfti-
14:45 ges tut, aber zumindest ist die Wahrscheinlichkeit etwas
15:00 größer.

17:00 Katrin Brand:

17:30 Herr Hassemer, Sie haben sich ja in Ihrer Zeit bei der
Stadtmarketing-Agentur „Partner für Berlin“ auch mit der
Frage beschäftigt, wie man ein „Produkt“ wie Nachhaltig-
keit – ich sage es mal in Anführungsstrichen – nach vorne
bringen kann. Ist ein Begriff wie Nachhaltigkeit in irgend-
einer Form positiv zu besetzen? Klingt das möglicher-
weise zu sehr nach Verzicht, wenn es heißt, flieg nicht
mehr mit dem Flugzeug in den Urlaub und trag Jute- statt
Plastiktasche?

Dr. Volker Hassemer:

Nachhaltigkeit – das Wort wird keine Anerkennung oder
Popularität finden. Das ist eine schlechte und eine gute
Nachricht. Die schlechte ist, dass man mit dem Wort
keine Begeisterung entfachen kann. Die gute ist, dass
man auf die Inhalte angewiesen ist, um Begeisterung und
Zustimmung zu entfachen. Ich würde deshalb auch emp-
fehlen, den Rat für Nachhaltige Entwicklung nicht als
politisches Gremium zu bezeichnen. Ich würde überhaupt
raten, die Hoffnung in die Lösungsfähigkeit des Politi-
schen zurückzudrängen – nicht aus Missachtung, sondern
aus Realismus. Das ist außerordentlich herausfordernd,
weil dieser wunderbare Ausweg, für alles Schlechte die
Politik verantwortlich zu machen, nicht mehr steht und
man sich selbst gefordert sieht. Ich empfehle dem Rat
wirklich dringend, in der praktischen Arbeit vergessen
zu lassen, dass er politisch eingesetzt wurde, das heißt,
sich auf keinen Fall als ein weiteres Gremium in diesem
unsäglichen Zirkus der Politik zu verstehen.

Beate Weber:

Darf ich da ein bisschen gegenhalten? Ich denke, dass die
Politik gut beraten ist, für die Vorbereitung von wichtigen
Themen sich der Sachkunde ihrer Bürger zu bedienen,
und genau das sind die Ratsmitglieder. Sie kommen aus
unterschiedlichen Gremien und Institutionen, die etwas
zur Nachhaltigkeitspolitik zu sagen haben. Das ist das
Prinzip der Bürgerbeteiligung. Das ist genau die Bera-
tung, die die Politik braucht, um richtig zu entscheiden.

Es wäre hilfreich, wenn die Politik dann auch gut zuhört
und so entscheidet, wie vorgeschlagen wird. Dass das
allerdings nicht so ganz sicher ist, ist unser eigentliches
Thema.

Dr. Volker Hassemer:

Ich stimme Ihnen, Frau Weber, fast vollkommen zu. Ich
habe hier in Berlin seinerzeit ein Stadtforum eingerichtet.
Wenn wir allerdings anschließend von uns als politisches
Gremium gesprochen hätten, wäre der Enthusiasmus
zusammengesackt. Wir müssen lernen, dass der Sachver-
stand der Gesellschaft Wege finden muss, um zur Geltung
zu kommen, ohne dass die Politik ihn vorher gefragt hat.
Der Sachverstand muss sich autonom aus der Gesellschaft
entwickeln. Das wird eine viel ernstere Sache für die
Politik, als wenn sie Aufträge vergibt oder Kommissionen
einrichtet.

Katrin Brand:

Herr Bode, nach zehn Jahren Greenpeace und mit Hin-
blick auf die vielen jungen Leute, die hier im Publikum
sitzen: Würden Sie auch meinen, dass die Hebel der
Politik an falschen Stellen ansetzen und zu wenig dieje-
nigen zu Gehör kommen, die an ganz anderer Stelle,
nämlich als NGOs arbeiten?

Dr. Thilo Bode:

Die NGOs haben sich seit den 70er Jahren massenhaft ver-
mehrt. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Politik viele
Aufgaben, die sie eigentlich machen müsste, nicht mehr
wahrnimmt. Die Stärke der NGOs reflektiert die Schwäche
der Politik. Natürlich können NGOs keine politischen
Entscheidungen fällen. Ebenso wenig kann die Politik
Aufgaben wie die Umweltpolitik den NGOs überlassen.
Die Stärke der NGOs zeigt, dass das nationale wie globale
Allgemeinwohl als das zentrale Vorhaben der Politik im
Rückschritt begriffen ist. Ich habe dies immer als sehr tra-
gisch empfunden. Wenn Sie bedenken, dass alle wesent-
lichen Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechts-,
Entwicklungs- und Sozialpolitik auf internationaler Ebene
– vom Klimaabkommen über billige Aids-Medikamente
und Entschuldung bis zum Strafgerichtshof – von NGOs
angeschoben worden sind und kein einziger von der
Regierung, sollte uns das zu denken geben.

Katrin Brand:

Meine Damen und Herren, ich denke, wir machen an die-
ser Stelle Schluss mit diesem ersten Gedankenflug zum
Thema Nachhaltigkeit. Die Herausforderer werden sich in
einer halben Stunde in den Foren Ihren Fragen stellen.

Nachhaltigkeit in Szene gesetzt

Nachhaltigkeit soll immer auch Begegnung mit Kultur sein. Nicht jedoch mit Beliebigkeiten aus der Palette moderner Eventgestaltung, sondern mit kulturellen Zugängen, die unsere Suche nach Schritten und Lösungen zur Nachhaltigen Entwicklung aufgreifen und untersuchen. Auf der Jahreskonferenz sucht der Rat für Nachhaltige Entwicklung – jenseits der politischen Fachthemen – nach Traditionen und Metaphern, künstlerischen Bildern und Interpretationen. Mit welcher kulturellen Formensprache lässt sich unsere Suche nach Schritten und Lösungen zur Nachhaltigen Entwicklung aufgreifen und untersuchen? Im Suchraum Nachhaltigkeit gilt es, sie zu entdecken und zu schaffen.







Nachhaltigkeit hat grundlegend mit kulturellen Elementen zu tun: andere gelten lassen, das Andere wertschätzen und umgekehrt Wertschätzung erfahren. Das meint eine ‚Kultur der Nachhaltigkeit‘, die auf das Gemeinwohl abzielt.

Prof. Dr. Josef Sayer



9:30
10:30
10:40
11:00
► 11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
15:40
17:00
17:30

*Kampagnen für Nachhaltigkeit brauchen
,Hingucker', die zum Nachdenken anregen.*

Bernd M. Michael



Tobi Schlegl, Moderator bei VIVA, im Gespräch mit Bernd M. Michael,
Grey Global Group Europe und European Association of Communication Agencies (EACA)

Die Internationale Dimension in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik:

Zu wenig und zu naiv – deutsche Nachhaltigkeitspolitik zwischen nationaler Nabelschau und Dämonisierung der globalen Abhängigkeiten

These 1:

Deutschland gehört zu den mächtigsten Industrieländern und hat deshalb eine besondere Pflicht, global verantwortungsvoll zu handeln. Es reicht nicht, nationale Nachhaltigkeitspläne zu entwickeln. Aus globaler Sicht hat die ökologische Nachhaltigkeit dramatisch an politischem Stellenwert eingebüßt. Andere Probleme, insbesondere die Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt und der Terrorismus, sind brennend aktuell. Gelingt es nicht, diese zu lösen, wird es auch keine ökologische Nachhaltigkeit geben.

These 2:

Die Menschen werden sich natürlicherweise nur dann um ökologische Nachhaltigkeit sorgen, wenn globale Sicherheit besteht und kein Terror herrscht, wenn es gerecht zugeht und nicht ein kleiner Teil der Menschheit in Saus und Braus lebt, während die Mehrheit weniger zum Leben hat, als der reiche Teil für Hundefutter ausgibt. Eine Nachhaltigkeitsstrategie, auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, muss sich deshalb sowohl des Problems der globalen Sicherheit als auch der globalen Armut annehmen. Damit wird eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie auch zu einer Globalisierungs- bzw. zu einer Nord-Süd-Strategie.

These 3:

Die deutsche Politik hat eine derartige Strategie bisher noch nicht entwickelt. Es fehlt sowohl eine überzeugende Strategie der weltweiten Armutsbekämpfung, die über die Entwicklungshilfe hinausgeht, als auch eine umfassende Strategie der Terrorbekämpfung. Letztere beschränkt sich

auf militärische Maßnahmen im Ausland und Antiterrorgesetzte im Inland. Militärische und polizeiliche Mittel sind erforderlich, um den Terror zu bekämpfen. Aber sie allein reichen nicht aus. Im Gegenteil, es muss eine zivile Strategie des Kampfes gegen den Terror hinzukommen, die an die Ursachen des Terrors herangeht. Ohne diese wirken die militärischen und polizeistaatlichen Mittel kontraproduktiv, machen die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer. Die Entwicklung seit dem 11. September 2001 zeigt dies deutlich.

These 4:

Eine nationale Nord-Süd-Strategie muss Armuts- und Sicherheitspolitik integrieren. Deutschland als Nationalstaat kann Akzente setzen, indem es sich auf die Regionen in der Welt konzentriert, auf die Deutschland bzw. Europa besonderen Einfluss haben. Der Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie, von Javier Solanas entwickelt und zur Beschlussfassung durch die EU-Regierungschefs im kommenden Dezember vorgesehen, weicht allerdings entscheidenden Fragen aus und gibt nur wenige konkrete Hinweise. Joschka Fischer betont, dass „Modernisierungsblockaden durch präventive Sicherheitspolitik überwunden werden müssen“. Aber was heißt das?

These 5:

Deutschland und Europa haben beträchtlichen Einfluss auf Afrika, sowohl südlich der Sahara als auch in Nord-



Dr. Thilo Bode
Geschäftsführer foodwatch

9:30 afrika, hier insbesondere auf die Maghreb-Länder Alge-
10:30 rien, Tunesien und Marokko. In Afrika südlich der Sahara
10:40 ist das Armutsproblem eminent: Während die Zahl der
11:00 absolut armen Menschen weltweit abgenommen hat, hat
11:30 sie in Afrika zugenommen. In Afrika ist auch die Zahl der
► 12:00 bewaffneten Konflikte gestiegen, während diese weltweit
13:30 gesunken ist. Die Probleme Afrikas liegen nicht in zu
14:45 wenig Geld bzw. nicht ausreichender Entwicklungshilfe.
15:00 Mehr Entwicklungshilfe kann die Probleme Afrikas nicht
15:40 lösen.

17:00
17:30

These 6:

Afrika geht es nicht wegen fehlender Entwicklungshilfe so schlecht, sondern auch teilweise wegen der Entwicklungshilfe. Die deutsche Entwicklungshilfe ist eine institutionalisierte Dauersubvention, die von Bürokratie zu Bürokratie fließt und völlig unvereinbare Ziele miteinander verbinden will (Wirtschaftsinteressen, Förderung von Demokratie, außenpolitische Interessen der Bundesrepublik, Armutsbekämpfung, ökologische Nachhaltigkeit, sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung usw.). Diese Art von Hilfe ermöglicht es repressiven Regierungen, sich in der Anerkennung der Geberländer zu sonnen und sich von ihren eigenen entwicklungspolitischen Verpflichtungen freizukaufen. Da der Geldfluss durchweg die jeweils herrschenden Clans/Stämme unterstützt hat, ist die Entwicklungshilfe letztlich mitverantwortlich an Staatsverfall und Genozid in verschiedenen Staaten Afrikas (z. B. Somalia, Burundi und Ruanda).

These 7:

Die Entwicklungshilfe ist die politisch korrekte Medizin für jedermann. Doch die Bilanz nach 40 Jahren ist mehr als ernüchternd. Positive Entwicklungen in einer großen Zahl von Ländern hätten auch ohne Unterstützung aus dem Norden stattgefunden. Trotz einzelner erfolgreicher Projekte konnte diese Art von Hilfe in der Mehrheit der ärmsten Länder keine positive Entwicklung anstoßen und hat sogar negative Entwicklungen unterstützt. Zudem kann die staatliche Entwicklungshilfe selbst bei deutlicher Erhöhung (gegenwärtig beträgt die gesamte Entwicklungshilfe der Industrieländer 55 Milliarden Dollar im Jahr, das macht gerade 70 % der Gesamtmittel für den Aufbau Ost in Deutschland) niemals die angesichts der Entwicklungsaufgaben bestehende Finanzierungslücke schließen. Dazu ist privates Kapital erforderlich.

These 8:

So wichtig Afrika südlich der Sahara im Hinblick auf die Überwindung der Armut ist, so wichtig ist Nordafrika, insbesondere der Maghreb, um eine zivile Strategie gegen den radikalen Islam zu entwickeln und den Terrorismus an seinen Wurzeln zu bekämpfen. Der fundamentalistische Islam ist nicht die notwendige Konsequenz einer Religion, es gibt keinen inhärenten Automatismus innerhalb des Islam, der zum radikalen Terror führt. Auch ist das „unmittelbare Feindbild der Fundamentalisten nicht der Westen, sondern ihre eigenen Herrscher und Führer“ (Bernhard Lewis), die nach Ansicht der Fundamentalisten die Werte des Islam verraten haben und sich von westlichen Regierungen korrumpieren lassen. Die repressiven Regierungen der Maghreb-Staaten unterdrücken unter dem Vorwand der vom Westen geforderten Terrorbekämpfung auch legitime oppositionelle Anliegen, die häufig von moderaten Islamisten vertreten werden. Diese Politik bekämpft den Terrorismus nicht, sondern züchtet Terroristen heran.

These 9:

Die Potenziale für eine Demokratisierung sind in den Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko besonders groß. Alle diese drei Länder verfügen über eine hervorragend ausgebildete Akademiker- oder Mittelschicht. In Algerien und Tunesien gab es nach der Unabhängigkeit wie in vielen anderen arabischen Ländern (z. B. in Ägypten) bereits ermutigende demokratische Entwicklungen. Der überwiegende Teil der jungen Bevölkerung (60 % sind jünger als 25 Jahre) sehnt sich nach demokratischen Freiheiten. Die junge Generation sieht allerdings keine Perspektiven in der Politik ihrer Regierungen, die viel zu wenig für die Entwicklung und Modernisierung ihrer Länder tun, vielmehr die Privilegien der herrschenden Kaste schützen. In allen drei Ländern sind für den Großteil der Bevölkerung islamistische Parteien oder Gruppierungen die einzig glaubwürdigen politischen Meinungsträger. Die Repression der Regierungen, ihr Versagen in der Wirtschaftspolitik treibt die Jugend in die Arme der radikalen Islamisten.

These 10:

Eine integrierte Armuts- und Sicherheitsstrategie basiert auf einem gemeinsamen zentralen Element: der Förderung demokratischer Strukturen und der Ächtung repressiver Regierungen. Die deutsche/europäische Politik in Afrika südlich der Sahara ist weit davon entfernt, diese

Anforderungen zu erfüllen. Die Toleranz gegenüber Ruanda und Uganda hat beispielsweise den Bürgerkrieg im Kongo, der bisher 2,5 Millionen Tote gefordert hat, mit ermöglicht. Die auch von den Europäern mitgetragene und auf dem G8-Gipfel 2002 in Vancouver beschlossene Afrika-Initiative NEPAD (New Partnership for African Development) geht ebenfalls in die falsche Richtung. Anstatt repressive Regierungen konsequent zu ächten und demokratische Strukturen einzufordern, werden Diktatoren mit noch mehr Geld belohnt, wenn sie sich wohl verhalten. Die diskriminierende Agrarpolitik und die koloniale Handelspolitik der EU produzieren darüber hinaus Armut in den ärmsten Ländern, deren Regierungen ohnehin nichts für die Armen tun.

These 11:

Die außen- und wirtschaftspolitische Strategie der EU in den drei Maghreb-Ländern fördert nicht demokratische Strukturen, sondern verhindert sie. Die EU hat mit allen drei Ländern Assoziationsabkommen abgeschlossen, die nur auf dem Papier die Einhaltung der Menschenrechte einfordern, in der Praxis aber die Repression in der Illusion, diese diene dem Kampf gegen den Terror, dulden.

Der tunesische Präsident Ben Ali hat sich letztes Jahr in einem „demokratischen Staatsstreich“ mit 99 % der Stimmen praktisch zum Präsidenten auf Lebenszeit gemacht. Wer negativ über das Land gegenüber der Auslandspresse spricht, kann wegen Hochverrats angeklagt werden.

Die Verwicklungen des algerischen Militärs und der Regierung im algerischen Bürgerkrieg, der in den letzten Jahren 100.000 Tote gefordert hat, sind verbrieft.

Marokko ist ein feudaler Staat, in dem es sich eine im Überfluss lebende Clique auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit gut gehen lässt und der mit Billigung seiner Schutzmacht Frankreich Resolutionen der UN zur Abhaltung eines Referendums in der West-Sahara notorisch missachtet.

Die offizielle Anerkennung und die Wertschätzung durch die EU (alle drei Länder erhalten beträchtliche europäische und deutsche Entwicklungshilfe) lässt die Regenten dieser Länder die negativen wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Assoziierungsabkommen akzeptieren. Diese haben einen neokolonialen Charakter: Sie ermöglichen den Export von wichtigen Rohstoffen aus diesen Ländern

(Phosphat, Gas und Öl), öffnen ihre Grenzen für Industriegüter und Investitionen aus der EU, untersagen aber den Export von Gütern in die EU, die mit europäischen Produkten im Wettbewerb stehen (Landwirtschaft). Die Öffnung der nordafrikanischen Märkte für die Industrieprodukte aus der EU ohne gleichzeitige Exportchancen aus diesen Ländern wird erhebliche negative Auswirkungen haben und Arbeitsplätze in der dortigen mittelständischen Industrie vernichten. Ein teuflischer Kreislauf, der die Sicherheitsprobleme weiter verschärft.

These 12:

Eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss sich dafür einsetzen, dass Europa eine gemeinsame Afrikapolitik betreibt, die nicht, wie das gegenwärtig der Fall ist, Repression und Missachtung von Menschenrechten duldet, sondern diese ächtet. Das gilt sowohl für Afrika südlich der Sahara als auch für Nordafrika. Obwohl eine solche Politik nur im europäischen Kontext wirklich effektiv ist, kann auch Deutschland alleine Akzente setzen, z. B. in Tunesien, das über Jahre zu den Ländern gehört, die pro Kopf die höchste (deutsche) Entwicklungshilfe erhalten.

Wenn es schon nicht möglich ist, eine gemeinsame europäische Außenpolitik in allen Bereichen zu etablieren, muss wenigstens der Versuch gemacht werden, sich auf eine gemeinsame Afrikapolitik zu einigen.

Wesentliche Aufgabe einer deutschen globalen Nachhaltigkeitspolitik wäre es, dieses Ziel mit einer überzeugenden Initiative in Europa zu verfolgen.

These 13:

Eine nachhaltige Armuts- und Sicherheitsstrategie muss auf folgenden Grundsätzen basieren:

- Die gegenwärtige Entwicklungshilfe kann die Armut in Afrika nicht besiegen, auch nicht, wenn sie drastisch erhöht wird.
- Die europäische Agrarpolitik, die die Märkte der Dritten Welt kaputtmacht, ist zum globalen Sicherheitsrisiko geworden, weil sie Armut produziert und zementiert. Ein Abbau der europäischen Agrarsubventionen und eine Öffnung der europäischen Märkte für Agrar- und Industrieprodukte aus den armen Ländern ist keine Vorleistung, sondern die Beseitigung einer schreienden Ungerechtigkeit.

- 9:30 · Erfolgreiche Armutspolitik erfordert eine zwischen-
- 10:30 staatliche Politik, die Repression ächtet und demokra-
- 10:40 tische Strukturen einfordert.
- 11:00
- 11:30 · Terrorismus ist nicht die Konsequenz einer Religion,
- 12:00 sondern hat ihre tiefere Ursache in Unterdrückung
- 13:30 und Korruption von arabischen Regierungen, die der
- 14:45 Westen unterstützt bzw. unterstützt hat.
- 15:00
- 15:40 · Militärische und Sicherheitsmaßnahmen reichen nicht
- 17:00 aus, um den Terrorismus zu bekämpfen. Wie bei der
- 17:30 Armutsbekämpfung ist eine andere zwischenstaatliche
- Politik erforderlich, die Repression ächtet und nicht
- als Vorwand der Terrorismusbekämpfung duldet.

Folglich muss eine nachhaltige nationale Armuts- und Sicherheitspolitik folgende Maßnahmen ergreifen:

- die Abschaffung der Entwicklungshilfe als Dauer-subvention und ihre alleinige Ausrichtung auf die Schaffung von demokratischen Strukturen und Rechtssicherheit;
- Zugang zu den europäischen Agrarmärkten und fairer Handel mit allen Staaten Afrikas;
- eine zwischenstaatliche Politik, die wirtschaftliche Partikularinteressen und traditionelle Beziehungen hintanstellt und massiv demokratische Veränderungen einfordert;
- ein Dialog mit gemäßigten Islamisten und deren Unterstützung.

These 14:

Eine ökologisch nachhaltige Politik ist bisher national und international daran gescheitert, dass es sich für Regierungen nicht lohnt, sich wegen langfristiger, durchaus idealistischer Ziele mit gut organisierten Interessengruppen anzulegen, auch wenn dadurch das Allgemeinwohl und die Belange zukünftiger Generationen auf der Strecke bleiben. Ähnlich ist es um das Vorhaben bestellt, eine effektive nationale/europäische Armuts- und Sicherheitsstrategie zu entwerfen und zu implementieren. Auch dagegen werden sich Partikularinteressen zur Wehr setzen: sei es die Entwicklungshilfebürokratie, die Agrarlobby, die Rohstoffindustrie oder seien es außenpolitische Rücksichten, z. B. im Hinblick auf Frankreich, die auf

europäischer Ebene als Verhandlungsgegenstand im Geschacher um andere politische Ziele missbraucht werden.

These 15:

Eine ökologisch nicht nachhaltige Politik ist ein langfristiges Sicherheitsrisiko: Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt bergen unkalkulierbare Kosten und können die Lebensgrundlagen der Menschen gefährden. Eine nicht nachhaltige Armuts- und Sicherheitspolitik ist dagegen ein kurzfristiges Sicherheitsrisiko. Eine Zunahme des Terrors, eine sich weitende Kluft zwischen Arm und Reich kann die Welt in absehbarer Zeit weiter destabilisieren. Es liegt in der Hand des Westens und der einflussreichsten Länder, wie z. B. Deutschland, dies zu verhindern.



Challenger Forum I: Die internationale Dimension in der deutschen Nachhaltig- keitspolitik:

Zu wenig und zu naiv – deutsche Nachhaltigkeitspolitik zwischen nationaler Nabelschau und Dämonisierung der globalen Abhängigkeiten

Challenger:

Dr. Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch

Diskussionsleitung:

Prof. Dr. Josef Sayer, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und Hauptgeschäftsführer von MISEREOR

Prof. Dr. Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer von MISEREOR und Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung, betonte zu Beginn seines Kommentars, dass bei der Bekämpfung der aktuellen globalen Probleme keine Prioritäten gesetzt werden sollten, sondern dass globale Sicherheit, Gerechtigkeit und Ökologie von gleicher Bedeutung sind. Nötig sind Strategien, die Hand in Hand gehen und die ökologische Nachhaltigkeit nicht vernachlässigen. Der globale Klimawandel wird in den Entwicklungsländern verheerende ökonomische und soziale Auswirkungen haben. Die globale Erwärmung wird sich nicht nur negativ auf die Verfügbarkeit von Wasser auswirken, sondern auch auf die Ernährungssicherheit. Wetterextreme und Klimaveränderungen werden katastrophale Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Daher besitzt die Klimapolitik im Rahmen der Armutsbekämpfung eine hohe Relevanz.

Der gegenwärtige Sicherheitsbegriff ist eng an die US-Administration angelehnt und hat den 11. September 2001 als Sicherheitsmarke gesetzt. Die Sicherheit der Armen in den Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens war jedoch bereits vor diesem Datum äußerst prekär und bedroht. Durch die Agrarsubventionen der EU und der Vereinigten Staaten werden die öko-

nomischen Chancen der Bauern in den Entwicklungsländern und somit auch das Überleben ihrer Kinder extrem beeinträchtigt. Derartige Marktverzerrungen bedrohen somit die Sicherheit in den Ländern der Dritten Welt, und das bereits vor dem 11. September 2001.

Eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss die Probleme der globalen Armut und Sicherheit aufnehmen. Das im April 2001 verabschiedete Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung versucht, eine Strategie der globalen Armutsbekämpfung, die über die Entwicklungshilfe hinausgeht, zu formulieren. Zudem zielt die Terrorbekämpfungsstrategie der Bundesregierung nicht auf militärische Maßnahmen ab, sondern beschränkt sich auf polizeiliche Mittel. Es existieren also verschiedene Strategien und Konzepte zur Armuts- und Terrorbekämpfung. Allerdings bleibt offen, ob sie entschlossen und konsequent umgesetzt werden. Es sind beispielsweise keine direkten Verbindungslinien zwischen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und dem Aktionsprogramm 2015 zu erkennen.

Die Probleme Afrikas beruhen auf vielen Faktoren, die allerdings nicht nur externe, sondern auch interne Dimensionen besitzen. Ein Ausweitung der Entwicklungshilfe vermag diese Probleme zwar nicht zu lösen, die Forderung nach einer Einstellung der Entwicklungshilfe ist jedoch abzulehnen. In den letzten Jahren hat sich die Entwicklungshilfe konzeptionell zur Entwicklungspolitik und zur globalen Strukturpolitik verändert. Die Notwendigkeit von strukturellen Reformen sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrienationen gehört dabei heute zum entwicklungspolitischen Grundverständnis. Daneben hat sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dahingehend verändert, dass sie nicht mehr als eine institutionalisierte Dauersubvention von Bürokratie zu Bürokratie anzusehen ist, sondern an vielfältige Aufgaben und Konditionen gebunden ist. Dazu

Prof. Dr. Josef Sayer
Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats



9:30 zählen „good governance“, die Achtung der Menschen-
10:30 rechte, Rechtssicherheit und Friedensarbeit. Im Hinblick
10:40 auf den internationalen Terrorismus kann die Entwick-
11:00 lungszusammenarbeit durch eine verstärkte Armutsbe-
11:30 kämpfung für eine Trockenlegung des Sumpfes sorgen,
► 12:00 aus dem sich der Terror rechtfertigt.
13:30
14:45 Staatliche Entwicklungszusammenarbeit vermag nicht die
15:00 Finanzierungsmittel bereitzustellen, die angesichts des
15:40 Entwicklungsstandes in den Ländern der Dritten Welt
17:00 benötigt werden. Privates Kapital stellt eine Ergänzungs-
17:30 möglichkeit dar, sollte aber bestimmten Normen und
Standards unterworfen sein, um eine entwicklungsver-
trägliche Wirkung entfalten zu können. Auf diese Weise
wird vermieden, dass zentrale gemeinschaftliche Güter
wie Trinkwasser und die gesundheitliche Versorgung zum
Spielball privatwirtschaftlicher Interessen gemacht wer-
den. Da jedoch wenig Privatkapital in die ärmsten Staaten
wie Haiti oder Niger fließt, bleibt Entwicklungshilfe
unverzichtbar.

Angesichts einer hohen Abhängigkeit der Menschen in
den Entwicklungsländern von der Landwirtschaft kommt
dem Agrarbereich eine Schlüsselposition in der Bekämp-
fung der globalen Armut zu. Durch die Agrarsubventio-
nen der Industrieländer werden die Märkte in den Ent-
wicklungsländern zerstört. Daher müssen derartige Sub-
ventionen abgebaut, der Zugang zu den Märkten der
Industrieländer geöffnet, Patente auf Lebensformen ver-
boten und armen Ländern vorläufig das Recht auf den
Schutz ihrer Märkte gegeben werden, um die Ernährung
der dortigen Bevölkerung zu sichern.

Im Hinblick auf die Forderung nach einer Abschaffung
der Entwicklungshilfe stellt sich die Frage, wie – wenn
nicht durch die Entwicklungszusammenarbeit – ein
gleichberechtigter und wandlungsorientierter Dialog zwi-
schen Nord und Süd stattfinden soll, der über die Inte-
ressenallianzen der Mächtigen hinweg Brücken baut.
Daneben bleibt unklar, welche konkreten Instrumente
und Schritte für die Herstellung von Demokratie und
Rechtstaatlichkeit genutzt werden sollen, wenn keine
Entwicklungszusammenarbeit den Rahmen vorgibt.

Diskussion

In der Diskussion wurde der Ansicht widersprochen, dass
sich NGOs grundsätzlich aus dem Versagen der Politik
entwickelt hätten. Vielmehr entwickelt eine vitale Zivil-

gesellschaft NGOs aus Eigeninteresse aus sich heraus, um
Politik zu ergänzen. Für den Aufbau von Zivilgesellschaf-
ten in Entwicklungsländern sollte Entwicklungshilfe lang-
fristig erhöht und umgesteuert werden, um die Entste-
hung unterschiedlicher NGOs wie Umwelt- und Menschen-
rechtsgruppen zu ermöglichen. Dazu muss die Entwick-
lungspolitik zunehmend konfliktbereit werden, um mehr
Erfolg haben zu können.

Ferner wurde das Fehlen einer geopolitischen Strategie
der Bundesregierung bemängelt. Entwicklungspolitik
muss neue Wege gehen, die sich vom aktuellen techno-
kratischen Ansatz unterscheiden. Außerdem ist ein Aus-
schluss der ökologischen Komponente abzulehnen, da
erst die Trias von Armutsbekämpfung, Sicherheit und
Ökologie ein geschlossenes Konzept ergibt – auch im Hin-
blick auf eine Ressourcengerechtigkeit. Eine parallele
Entwicklung von Strategien ist erfolgversprechender. Die
Streichung der EU-Agrarsubventionen würde nicht zu
einer Lösung der Probleme der Dritten Welt führen. Sie
würde vielmehr zu einer Zurückdrängung der Landwirt-
schaft innerhalb der EU führen und damit in eine Verän-
derung des Landschaftsbildes und eine Gefährdung der
Artenvielfalt in Deutschland münden. Gefordert wurde
generell eine Kohärenz in der deutschen Außenpolitik in
Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklungshilfepolitik muss auch hinsichtlich des Ver-
hältnisses zwischen Entwicklungshilfe und der immer
noch bestehenden Missachtung von Pressefreiheit sowie
von Frauen- und Gewerkschaftsrechten in vielen großen
Schwellenländern hinterfragt werden. So wird in vielen
Schwellenländern wie Brasilien die Landreform, für die
seit 30 Jahren gekämpft wird, immer noch nicht garan-
tiert. Angesichts der voranschreitenden Aufrüstung in
Schwellen- und Entwicklungsländern muss Entwickungs-
hilfe hinterfragt werden, die derartige Länder unterstützt.

Die Forderung nach einer Abschaffung der Entwickungs-
hilfe als Dauersubvention wurde als unseriös kritisiert, da
zum einen der Tatbestand der Dauersubvention nicht
mehr gegeben ist und zum anderen angesichts der Be-
hauptung ihrer Nutzlosigkeit die Auseinandersetzung mit
der Entwicklungshilfe zurückgedrängt wird. Auch das
Thema Ächtung von Regierungen wurde als wenig erfolg-
versprechend kritisiert. Beispiele Myanmar, Nordkorea
und der Irak zeugen eher von Misserfolgen.

Abschlussrunde

Dr. Thilo Bode betonte die Bedeutung der NGOs für Zivilgesellschaften. Allerdings zeichnen der Umfang und die Art der heute von NGOs übernommenen Aufgaben, wie insbesondere die Wahrnehmung von Allgemeinwohlinteressen, ein schwaches Bild der Politik. Eigentlich muss Entwicklungshilfe dafür eingesetzt werden, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in Entwicklungsländern einzuführen und die Entwicklung in diesen Ländern voranzutreiben. Die gegenwärtige Entwicklung in Ländern der Dritten Welt lässt sich jedoch nicht mit der bisher geleisteten Entwicklungshilfe begründen, sondern ist auf spezielle strukturelle Veränderungen zurückzuführen. Gleichzeitig leistet die Entwicklungshilfe von Kirchen und NGOs mit der Unterstützung kleiner Projekte gute Arbeit. Die Kritik an der Entwicklungshilfe bezieht sich daher auch nicht auf NGOs, sondern auf die finanziellen Mittel, die in große Infrastrukturinvestitionen fließen. Angesichts der vielfältigen Missachtung von Auflagen, wie beispielsweise in Tunesien, muss außerdem die Qualität von Entwicklungshilfe infrage gestellt werden. Bessere Perspektiven bietet eine zwischenstaatliche Politik.

Die aktuellen Probleme von Armut und Sicherheit stellen zwischenstaatliche Politik vor größere Defizite als ökologische Fragen. Armut ist dabei keine Ursache für Terrorismus per se. Islamistischer Terrorismus und Fundamentalismus leiten sich aus Repressionen ab, die vor allem der jungen, demokratiezugewandten Bevölkerung die Zukunftsperspektiven nehmen. Eine Tolerierung dieser Zustände widerspricht massiv den vitalen westlichen Sicherheitsinteressen und ist einer langfristigen Entwicklung nicht förderlich.

Prof. Dr. Josef Sayer betonte, dass ein Umsteuern in der Entwicklungszusammenarbeit bereits stattfindet, indem Priorität auf Projekte für die Förderung von Menschenrechtsgruppen, Demokratie und den Aufbau von Zivilgesellschaften gesetzt wird. Dabei hat sich Misereor auch mit dem kritischen Potenzial von Entwicklungszusammenarbeit auseinander gesetzt, da Entwicklungshilfe in einzelnen Ländern auch Konflikte auslösen kann. Im Zusammenhang mit einer Entschuldungskampagne ist es zudem gelungen, Papiere zur Reduzierung der Armut zu erarbeiten, die an die Auflage der Einbeziehung der Zivilgesellschaft gebunden sind, und auf diese Weise eine Veränderung im Demokratieverständnis herbeizuführen. In Sambia ist beispielsweise im Rahmen der Entschuldungskampagne mit Hilfe der Bischofskonferenz eine Gruppe

von Experten eingesetzt worden, die das Budget des Staates analysiert und ihr Ergebnis publiziert. Generell muss Entwicklungshilfe von Entwicklungszusammenarbeit unterschieden werden. Lobbyarbeit und Anwaltschaften durch NGOs, wie beispielsweise auf dem Gipfel in Cancún, nehmen die Handelsfragen in Angriff und üben so Einfluss auf Strukturpolitik aus. Ein anderes Beispiel für die ausgeübte Anwaltschaft der NGOs ist das kürzlich geschehene Zufallbringen von Patenten auf Mais.

Die Forderung nach einer Erhöhung der Entwicklungshilfe ist von großer Bedeutung, da mit der Höhe des Budgets der Stellenwert der Problematik des Südens verbunden ist. In Bezug auf die Wahrnehmung der Nord-Süd-Beziehung hatte der Nachhaltigkeitsrat festgestellt, dass im Regierungsentwurf zur Nachhaltigkeitsstrategie die Thematik der globalen Ausrichtung fehlt. Eine Ausweitung der internationalen Dimension in den verschiedenen Politikbereichen der Bundesregierung muss daher stärker zum Tragen kommen.

Eine Ausweitung des freien Handels würde die bestehenden Probleme nicht lösen, da die Chancen für die armen Länder durch diese Strategie noch mehr verringert werden würden. Vielmehr müssen die Entwicklungsländer geschützt werden, damit sie die Grundversorgung ihrer Bevölkerung leisten können. Dieses Problem muss vorrangiger gelöst werden, als die Exporte der armen Länder auszuweiten. Die EU-Agrarsubventionen, die ursprünglich als Maßnahme zur Umsteuerung in der Landwirtschaft gedacht waren, wirken sich mittlerweile zu Lasten der armen Länder aus. Da die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern für die Ernährung der Bevölkerung von maßgeblicher Bedeutung ist, muss die Frage gestellt werden, wie die Landwirtschaft auch in der EU so etabliert werden kann, dass die Menschen in den Entwicklungsländern überleben können.

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
► 12:00
13:30
14:45
15:00
15:40
17:00
17:30



Dr. Volker Hassemer, Senator der Stadt Berlin a. D.

Das Management der öffentlichen Dinge. Wirtschaft und Politik an ihren Grenzen.

1. Nachhaltigkeit – ein Thema auch der Entscheidungsprozesse

Dass Nachhaltigkeit ein eigenes Arbeitsthema, eine Art Aufforderungsthema geworden ist, hat einen einfachen Grund: Politik und Praxis, die Kriterien der Nachhaltigkeit folgen, stellen sich selten „urwüchsig“ ein. Das ist woanders anders: Um den schnellen Erfolg, den schnellen Gewinn als Leitlinie zu verteidigen und durchzusetzen, um egoistischer Politik mehr Raum zu geben, um auf gerade eingetretene Katastrophen zu reagieren, braucht man nicht eigens einen Rat – das läuft von selbst. Wer dagegen Nachhaltigkeit durchsetzen will, muss eine eigene Energie solcher Urwüchsigkeit in den Weg stellen. Und außerdem ist das Sich-Kümmern um Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe: In vielen, ja in allen Feldern von Politik und Wirtschaft ist es vonnöten.

Und damit ist die Sache doppelt schwierig: Wer Nachhaltigkeit durchsetzen will, muss gegen den Strom schwimmen, und das auch noch im gesamten Fluss-System unserer nationalen und internationalen Wirklichkeit. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Schlussfolgerung aber ist, wenn nicht neu, dann doch normalerweise nicht im

Zentrum der Arbeit für Nachhaltigkeit: dass nämlich, wer sich einer solchen Aufgabe verschrieben hat, sich nicht nur um die Inhalte kümmern darf, die er durchsetzen will. Er muss sich mehr als andere auch Gedanken machen, wie die „Transportbedingungen“ für seine Inhalte aussehen. Mehr noch: Zu seiner Aufgabe gehört, diese Bedingungen so zu beeinflussen, dass seine Inhalte nicht gut gemeint und gut geklärt stehen bleiben, sondern den gigantischen Weg gegen den Strom in allen Flussläufen bis hin zu den konkreten Entscheidungen schaffen.

2. Interne Entscheidungsbedingungen

Sich für „nachhaltige Politik“, um diese ungenaue Formulierung zu verwenden, einzusetzen, bedeutet also, sich um Entscheidungsstrukturen zu kümmern, die den Inhalten nachhaltiger Programmatik bessere Durchsetzungschancen eröffnen. Die Strategen der Nachhaltigkeit müssen sich mehr als andere für die Bedingungen und die Umfeldbedingungen der Entscheidungsprozesse interessieren.

Das ist für sie kein fremdes Terrain. Denn wieder ist die Kurzfristigkeit der große Antipode. In immer kürzeren Zeiträumen werden die Entscheider, werden die Politiker abgerechnet. Hat man ihnen früher vorgeworfen, sie würden nur in Wahlperioden denken und entscheiden, so läuft jetzt alles noch schneller. Fast tägliche aktuelle Kritiken und von ihnen verursachte Schief lagen müssen die Politiker ernst nehmen, um in das nächste aktuelle Thema nicht geschwächt hineingehen zu müssen oder ihr Gremiengewicht nicht zu verringern, das letztlich ihre Chancen bei allfälligen Wiederwahlen (und wie viele sind es doch: auf Orts-, Kreis-, Landes-, Bundesebene der Partei und dann noch für innegehabte oder für morgen oder übermorgen angestrebte Wahlämter) beeinflusst. Beobachter und Journalisten notieren wie beim Boxkampf die gemachten Punkte und die enttäuschten Erwartungen des Alltags, um sie in Kommentaren als mahnende Zwischenergebnisse zu publizieren und dann zusammenzuzählen, wenn es an die Wahlen bzw. an eine der Wahlen geht.

Und Punkte sind nach wie vor vor allem dann zu machen, wenn man gute Nachrichten für den Souverän produziert hat. Der wiederum verfährt, wenn er in seiner Eigenschaft als Wähler auftritt, ebenso unverändert lieber nach dem Prinzip von Hemd und Rock, hat also bei der Beurteilung der von seiner Wahl abhängigen Politiker sich mit

seinen jetzigen Interessen in seiner augenblicklichen Lage im Auge. Dies schon deshalb, weil die anderen es doch auch so machen und man deshalb schön dumm wäre, würde man selbst nicht ... Die Folge ist, dass im besten Fall die alltägliche Politik allenfalls mäandert: zwischen erkannten langfristigen Zielverfolgungen und aktuellen Aktionen, die die Wähleröffentlichkeit abfordert. Man muss ergänzen, dass gerade in den letzten Jahren die Vorstände der großen Unternehmen in ihrem Verhältnis zu Aktionären und zur Öffentlichkeit immer stärker nach ähnlichen Mustern agieren.

Das zeigt auch, dass der Ruf oder der Wunsch nach besseren, nach qualifizierteren Politikern nicht wirklich weiterhelfen wird. Er übersieht, dass wir strukturelle Ursachen vor uns haben, die die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Politik für alle Akteure dort beeinflussen. Natürlich ist es gut, wenn qualifizierte Personen in die Politik gehen, natürlich müssen sich Parteien um solche Personen bemühen – aber auch diese sehen sich anschließend dort Bedingungen gegenüber, die sie nicht außer Acht lassen können. Auch sie werden gewählt und wiedergewählt werden müssen, auch sie werden das Wohl der sie nominierenden Partei nicht übersehen dürfen usw. Man muss auch davon ausgehen, dass schon die heute handelnden Politiker nicht selten gerne andere Entscheidungen treffen würden, sich aber im Hinblick auf das, nennen wir es zusammengefasst einmal Machbare, zu, nennen wir es Kompromissen, bereit finden müssen. Das ist nicht etwa undemokratisch – das gerade ist demokratisch.

Ich rufe dies nicht in die Erinnerung, um zu polemisieren oder anzuklagen oder gar als Zeichen von Resignation, sondern nur, um an die Ausgangssituation zu erinnern, von der aus wir nun über Abhilfe nachdenken müssen. Was gilt es zu tun? Wie kann man bei solcher Ausgangslage die Chancen für nachhaltiges Politikhandwerk vergrößern? Den Wähler auf das Egoistische, das langfristig auch ihn selbst Gefährdende seiner Urteilsfindung hinweisen? Ihn zu einem besseren Wähler erziehen? Das ist oft versucht worden, und die Ergebnisse sind überschaubar. Der solcherart „uneinsichtige“ Wähler ist nur begrenzt zu bewegen.

3. Kompetenz in der Gesellschaft

Aber vielleicht kommen wir weiter, wenn wir den Bürger in einer anderen als ausgerechnet in dieser Rolle des

Wählers herausfordern und einsetzen. Denn schon als jemand, der sich mit wichtigen Phänomenen des Lebens und der Natur beschäftigt, ist der, den wir gerade als Wähler kennen gelernt haben, nicht mehr derselbe. Da erleben wir auch bei nicht unbedingt besonders für Umwelt und Ressourcen Interessierten zunehmend Offenheit und gar Engagiertheit. Man nimmt die Nachrichten von dort nicht mehr auf die leichte Schulter.

Die engagierte und immer breitere, die argumentenreiche Beschäftigung mit den Zielen der Nachhaltigkeit zeigt also Wirkung. In der Gesellschaft, im Urteil von immer mehr Menschen spielt Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle, ist ihre Bedeutung verstanden; mehr jedenfalls, als sie in den Forderungen an die Politik, also in den „Wahlprüfsteinen“ der Menschen, zum Ausdruck kommt. Dort nämlich herrscht dann das Prinzip der relativen Gewichtung der Themen. Und dabei obsiegen die den Einzelnen jetzt und individuell, so jedenfalls wird es empfunden, betreffenden Erwartungen und Ziele. Im Ergebnis kommt so in der Politik und auch bei den Vorständen großer Unternehmen, die sich zum einen den Wählern und zum anderen den Aktionären sowie der jeweiligen öffentlichen Begleitung gegenübersehen, das nicht an, was bei den Menschen an Wertungen durchaus bereits vorhanden ist.

Die Politik ist heute nicht mehr – so richtig konnte sie es nie sein – auf der Höhe dessen, was die Gesellschaft, für die sie zuständig ist und der sie zu dienen hat, vermag: Weder der Qualität von deren Kenntnissen und Wissen noch der Qualität von deren Bewertungen wird sie, die Politik, gerecht. Das klingt zunächst fast überkritisch. Bei näherem Hinsehen kann man jedoch erkennen, dass die Politik selbst durch die ansteigende Zahl eingeholter Gutachten, vor allem aber beratender Kommissionen, runder Tische u. ä. signalisiert, dass sie dies spürt und darauf reagieren will. Oder vorsichtiger: dass sie mindestens erkennt, dass die Öffentlichkeit solches von ihr erwartet, weil sie, die Öffentlichkeit, der Politik allein das Finden der richtigen Wege nicht mehr zutraut.

Die Ursachen für diese Entwicklungen liegen nicht nur in der skizzierten besonderen Beziehung Wähler-Gewählte. Sie liegen z. B. auch in der immer größer werdenden Kompliziertheit der zu regelnden Tatbestände und zu lösenden Probleme. Es ist fast schon eine Binsenweisheit, dass in immer kürzeren Abständen neue Erkenntnisse und praktische Ausgangslagen verarbeitet werden müssen, wenn man mit seinen Entscheidungen auf der Höhe

der Zeit sein will: wissenschaftliche Ergebnisse natürlich, aber mindestens genauso wichtig Veränderungen bei den Menschen, soziale Entwicklungen, Mentalitätsänderungen; immer stärker werdende internationale Implikationen nicht nur „politischer“, sondern auch gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Art.

4. Die Politik bleibt zurück

„Die Politik“ ist demgegenüber nicht grundsätzlich anders aufgestellt als vor Jahrzehnten. Sie hat sich leider sogar obendrein immer mehr Aufgaben zugemutet. In ihrem Versuch, sich dem Wähler als die beste Alternative anzubieten, haben die Parteien immer mehr an Leistungen versprochen: Sie würden für Wohlstand sorgen; sie würden Arbeitsplätze schaffen; sie würden soziale Sicherheit garantieren; sie würden die Währung stabil halten usw. Natürlich hat die Politik zu alledem Beiträge zu leisten. Aber das versprochene Ergebnis herzustellen – dazu gehört auch die Arbeit noch anderer Akteure. Sehr oft kann die Politik nicht mehr, als bestenfalls die angemessenen Randbedingungen beizusteuern.

So sind es nicht nur die erschwerten objektiven Bedingungen, es ist auch eigenes Verschulden, das dafür gesorgt hat, dass der gute Ruf der Politik, genauer: das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit, wenn nicht alles täuscht, kontinuierlich schwindet. Nicht viel besser verhält sich dabei die „übrige“ Gesellschaft, indem sie sich grundsätzlich interessengeleitet zu Wort meldet: Als Verbände, Institutionen, Organisationen vertritt sie die Interessen der jeweils bei ihr Korporierten. Die Wortmeldungen sind dadurch immer besonders mächtige eines bestimmten Teils des Wahlvolks. Sie bestätigen die Reflexgewohnheiten der Politik auf das immer nur eine: die Chance der Wiederwahl.

Solchen Engführungen könnte man vielleicht noch gelsen zuschauen, wenn das ein Problem nur wiederum der politischen Akteure wäre. Das jedoch ist nicht der Fall. Für einen schlecht angesehenen Beruf, den des Politikers, werden immer weniger gute Leute zu finden sein, was dann seinerseits wieder die Leistungsfähigkeit der politischen Klasse beeinträchtigt. Noch wichtiger: Das Durchsetzungsvermögen der Politik, die Bereitschaft der Bürger, ihr auch bei unangenehmen, aber notwendigen Botschaften zu folgen, wird mit der abnehmenden Achtung vor dem Politischen geringer. Und solche unangenehmen Botschaften sind wiederum im Zweifel die, die nicht kurz-

fristige Erfolgserwartungen bedienen, sondern auf Kontinuität, Langfristigkeit und Verantwortung für die Zukunft, für das Ganze setzen. Unschwer sehen wir, dass dies Botschaften sind, zu denen grundsätzlich auch die Positionen der Nachhaltigkeit gehören.

5. Unbestritten: das demokratische Entscheidungssystem

Das ist für uns ein zusätzlicher Grund für die Erkenntnis, dass es hier um unser Thema geht. Wo also ist die Abhilfe? Sicher nicht in einer generellen Systemschelte. Denn auch das ist wahr: Der Grundgedanke der Demokratie, der repräsentativen Demokratie, dem unsere Verfassungen folgen, ist unverändert unübertrefflich. Der Satz, dies sei die schlechteste aller Staatsformen, aber die beste, die wir bekommen können – und die wir deshalb auch mit aller Kraft verteidigen müssen –, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Diese Wertschätzung bezieht das Parteiensystem ebenso mit ein wie die unverzichtbare Rolle einer freien Presse. Obwohl wir wissen, dass die Mechanismen der Parteidemokratie weder das Spiegelbild einer optimalen Erkenntnisschmiede noch einer Elitenauswahl sind – wie eben auch unsere Gesellschaft keine Elitengemeinschaft sein kann. Und obwohl wir wissen, dass alltäglich für unsere Presse das Kriterium der Verkäuflichkeit durchaus nicht nur in Übereinstimmung, sondern auch im Wettstreit mit dem der Wahrheit und Aufklärung liegt.

Gleichwohl gibt es nichts relativ Besseres. Obwohl die Systeme zum einen des Politischen und zum anderen der Presse nur begrenzt besserbar sind. Eine auf die Bürger in möglichst großer Breite aufgebaute Parteienlandschaft hat ebensolche strukturellen Grenzen wie auf ihre Art die Landschaft der Zeitungen und Rundfunkanstalten, die am Ende des Tages ihre ständig gefährdete Existenz Einschaltquoten und Abonnentenzahlen verdanken.

6. Verbesserungen der externen Entscheidungsbedingungen

Wie wir uns also zu diesem demokratischen als dem besten System bekennen, wie wir auch seine begrenzten internen Verbesserungsfähigkeiten vorbehaltlos einräumen sollten – so dürfen wir damit doch nicht das Buch der nötigen Verbesserung von Entscheidungsvoraussetzungen schließen. Wie könnten wir das auch,

voll bepackt wie wir sind mit den inhaltlichen Petita an eine Politik der Nachhaltigkeit. Gerade wenn wir unüberwindbare Grenzen der internen Verbesserung der Systeme erkennen, geht die nötige Renovierung erst los. Wenn wir an die Grenzen interner Prozessverbesserungen gelangt sind, müssen wir uns nach externen umschaun. In einem Satz: Politik ist zu wichtig, ihre Leistungsfähigkeit ist objektiv zu begrenzt, als dass wir sie allein lassen dürften.

Ansatzpunkte dafür, wie das geschehen sollte und kann, haben wir bereits gestreift, als wir davon sprachen, dass das Politische nicht mehr auf der Höhe der Möglichkeiten der Gesellschaft ist. Diese Gesellschaft nämlich, die Wirtschaft, aber auch die Wissenschaft, die Kultur haben sich strukturell und inhaltlich in den vergangenen Jahrzehnten immer schneller entwickeln müssen oder haben es zu spüren bekommen, wenn sie es nicht taten. Sie wurden durch die sich ändernden Randbedingungen erzogen oder von ihnen bestraft. Man mag auch diesen Reifungsprozess bei uns im Verhältnis zu einigen wenigen, noch besser aufgestellten Ländern für nicht voll zufrieden stellend halten. Immerhin haben sich in unserer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb gewachsene, langjährige Erfahrungen angesammelt, durch Krisen geschärfte Entwicklungen ereignet, sind Persönlichkeiten gewachsen, die zusammengenommen den Vorsprung ausmachen, den unser Land immer noch gegenüber der Mehrzahl der Länder weltweit vorweisen kann.

Muss also nicht die Aufgabe heißen, die Kultur der machtvollsten Entscheider unseres Landes auf die Höhe der Kultur der kompetentesten Akteure unserer Gesellschaft zu bringen? Oder anders: Wie könnten oder können wir es uns leisten, bei den uns alle betreffenden, unser aller Schicksal befördernden oder beeinträchtigenden „öffentlichen Angelegenheiten“ nicht auf die ansonsten in unserer Gesellschaft vorhandenen Kenntnisse und Bewertungen zurückzugreifen? Ich sage bewusst auch „Bewertungen“, denn es geht nicht nur um Wissen und Erfahrungen. Das Wertvollste sind die daraus gewonnenen Bewertungen, auch die Qualifikation, zutreffende Bewertungen treffen zu können. Sind es nicht schließlich diese in unserer Gesellschaft angesammelten Kompetenzen, die unser Land weltweit konkurrenzfähig machen? Und haben nicht gerade die Protagonisten der Nachhaltigkeit besondere Gründe, an einem Versuch zu arbeiten, diese Kompetenzen im politischen Entscheidungsprozess zu Einfluss zu bringen?

7. Ansätze: Die Grünen ...

Gerade diese Protagonisten werden jetzt möglicherweise darauf verweisen, dass es dies doch schon gibt. In der Tat: Gerade die Kraft und Kampfbereitschaft, auch die Erfolgsquote der Umweltbewegung, ihre Wirkung auf die Politik in den letzten Jahrzehnten ist beeindruckend. Außerdem hatten wir nicht nur sehr früh einen Sachverständigenrat für Umweltfragen, wir haben jetzt sogar einen Rat für Nachhaltige Entwicklung, deren Ratschlag sich die Bundesregierungen bedienen. Und es ist doch vor allem gelungen, eine ganze Partei mit überwiegender Umweltpolitik in das Parteiensystem selbst bis hinein in die Regierung einzuschleusen.

An diesem letzteren, besonders überzeugend erscheinenden Punkt sollte man sich, um damit anzufangen, allerdings an die Diskussion erinnern, die damals, als die „Grünen“ sich zur Partei erklärten, in der Umweltbewegung geführt wurde. Da gab es auf beiden Seiten – sowohl bei denen, die weiter den Status des Umweltverbandes vorzogen, wie bei denen, die die Konstruktion der Partei für sich entschieden – die Erkenntnis, dass selbst bei gleichen Zielen nun die programmatischen Inhalte nicht mehr deckungsgleich gehalten werden konnten. Dann in der Regierungsbeteiligung wurde noch klarer, dass die erklärten Wahrheiten anders lauten je nach dem, ob sie auf dem Papier mit dem Briefkopf eines Verbandes stehen oder auf dem Papier mit dem einer Partei. Solches hatten im Übrigen davor schon christliche oder sozialistische Parteien auf ihre Weise auch erlebt.

In zwei besonders erkennbaren Stufen wirken sich die Gesetze des Politischen abschwächend oder vergrößernd auf die Positionen der Parteien aus: In der ersten Stufe, wenn sie sich nicht nur mit ihren Aussagen vorstellen, sondern sich nunmehr dem Wähler mit dem Ansinnen möglichst zahlreicher Zustimmung präsentieren; und in der zweiten, wenn sie in der Regierungsbeteiligung die alltägliche Austarierung des Durchsetzbaren und nach außen Vertretbaren zu leisten haben. Noch einmal: Das ist nicht undemokratisch – gerade das ist demokratisch. Für uns bedeutet das aber die Erkenntnis, dass, wenn aus dem Ei einer gesellschaftlichen Initiative das Huhn einer Partei wird, dann dieses zwar dem vorherigen Ei nicht ganz unähnlich – es aber eben nicht mehr selbst ist.

9:30 8. ... und der Rat für Nachhaltige Entwicklung

10:30

10:40 Oder sehen wir uns, um zu unserem zweiten Beispiel zu
11:00 kommen, die Arbeit der Räte an, die von der Bundes-
11:30 regierung zu ihrer Beratung eingesetzt werden. Diese
► 12:00 sind eine Versammlung hohen gesellschaftlichen Sach-
13:30 verstands und sie haben einen unmittelbaren Draht zu
14:45 den Regierenden in der Politik. Beides entspricht den
15:00 Zielen, die wir hier diskutieren.

15:40

17:00 Gerade die Nähe zur Politik, von ihr nämlich berufen zu
17:30 sein und von ihr dezidiert gefragt zu werden, ist zwar für
die Einflussnahme von großem Vorteil, ansonsten aber
ein Pferdefuß. Solche Räte sehen von ihrem Personal her,
ohne dass das übrigens den Sachverstand und die Lauter-
keit der Ratsmitglieder in Zweifel zieht, immer irgendwie
der Regierung ähnlich, die sie berufen hat. Der Vorsit-
zende des Rats für Nachhaltige Entwicklung beispiels-
weise könnte Hauff und, sagen wir, Riesenhuber heißen.
Bei einer SPD-geführten Regierung wird es im Zweifel der
erste, bei einer CDU-geführten der zweite Name sein. Und
wenn jemand wie Frau Süßmuth überkreuz zur Kom-
missionsvorsitzenden wird, sehe ich, ich kann mir nicht
helfen, die leichte Amüsiertheit des Triumphs im Gesicht
des dies verkündenden Ministers ob der politischen, nicht
primär der fachlichen Geschicktheit seines Schachzugs.

Politiker können oder dürfen sogar, dafür sind sie Poli-
tiker, nicht anders als zuerst einmal politisch kalkulieren
– auch wenn es gerade um etwas gezielt anderes gehen
sollte: um die Justierung, die Infragestellung des nur Poli-
tischen aus fachlich-gesellschaftlicher Sicht. Die Berufung
durch die Politik mindert auf diese Weise die Qualität der
Räte als Wortmeldung aus der Gesellschaft.

Auch die praktische Arbeit der Räte wird unausgespro-
chen begleitet von deren Wissen, wo Grenzen ihres
Beratungsauftrags, ihrer Beratungslegitimation liegen,
mögen sie auch noch so weit gezogen sein. Werden sie
überschritten, müssen nicht unbedingt Sanktionen fol-
gen. Aber z. B. kann, ja wird die Zugänglichkeit der ber-
atenden Regierung geringer werden. Das ist menschlich
und politisch verständlich und man sollte sich deshalb
gar nicht die Mühe machen, es zu bestreiten. Vielmehr
wird sich ein guter Rat mit viel Geschick bemühen, den
Korridor der übermittelbaren Ratschläge möglichst breit
zu halten, Zugänglichkeit der zu Beratenden und Deut-
lichkeit des zu Ratenden zu einem möglichst hohen
Optimum zu entwickeln.



R. Grohe und Dr. V. Hassemer beim Challenger Forum

9. Rat ohne Regierungsauftrag?

Wesentlich ist am Ende aber, dass der von der Regierung
zum Ratschlag aus der Gesellschaft Berufene sich diesen
strukturellen Grenzen gegenübersteht. Dem Beauftragten
ist es strukturell nie vollends möglich, auf Augenhöhe mit
dem Beauftragten zu sein. Soll man nun deshalb einem sol-
chen Rat vorschlagen, seine Nabelschnur zur Regierung
zu kappen, um auf diese Weise diese Grenzen loszuwer-
den? Die Frage ist deshalb interessant, weil sie letztlich
die Frage nach den Bedingungen „wirklich selbstständi-
ger“, in der Gesellschaft entstandener Voten ist. Nicht zu
vergessen dabei: solcher, die Wirkung im Entscheidungs-
prozess haben sollen.

In Letzterem liegt der Grund, dass ich den Räten das
Kappen der Nabelschnur in der jetzigen Situation nicht
empfehlen würde. Zwar ist richtig, dass dadurch für den
jeweiligen Rat die Grenzen des beschriebenen Korridors auf-
gebrochen wären. Die Versammlung des Sachverstands
könnte – ein bestimmtes Maß an hoher Qualifikation
ihrer Mitglieder vorausgesetzt – in der logischen Sekunde
des Wegfalls des politischen Auftrags plötzlich eine gesell-
schaftliche Repräsentanz beanspruchen, der bisher ge-
rade diese Regierungsberufung im Wege stand. So weit,
so gut.

Dafür wäre aber auch der Einflussstrang gegenüber der
Regierung verloren. Zur Beantwortung der Frage nach
Auftrag und Berechtigung für die Arbeit des Rats wäre er
ausschließlich auf sich selbst verwiesen. Einen anderen
Weg, seine Rolle abzuleiten, sehe ich für den heutigen
Zeitpunkt nicht. In eigener Verantwortung, gewisser-
maßen in Selbstverpflichtung als Rat und im Rat aktiv zu
werden, würde zwar nicht die Qualität der Arbeit min-

dern. Angesichts der Abkoppelung von der Regierungsbeauftragung kann man sogar sagen: im Gegenteil. Diese besondere, in der gänzlichen Unabhängigkeit begründete Qualität würde aber die Einflusskraft gerade nicht erhöhen, sondern vermindern. Wir sehen, dass in den heutigen Verhältnissen erst durch den Regierungsauftrag der doch eigentlich durch seine private, gesellschaftliche Kompetenz sachlich legitimierte Rat seinen strukturellen Platz und damit seine Wirkung erzielen kann.

Man muss der Vollständigkeit halber ergänzen, dass eine von Verbänden und Organisationen verliehene Legitimation nicht in die Bresche springen könnte. Denn die berufende Regierung ist in ihrer Verantwortung für das Ganze im Regelfall nicht dem Verdacht ausgesetzt, einen Rat (bei einer für ein Einzelthema eingesetzten Kommission kann das schon etwas anders aussehen) nur zur Absicherung eines bestimmten Einzelinteresses eingesetzt zu haben. Bei Verbänden oder anderen Interessenorganisationen ist dieser Verdacht dagegen nahe liegend und im Hinblick auf die für den Rat gesuchte Noblesse der Unabhängigkeit tödlich. Da hilft auch nicht, dass in einem solchen Falle der Auftrag, wie prinzipiell erwünscht, von der Seite der Gesellschaft kommt. Da hilft noch nicht einmal, wenn dieser Auftrag von für Inhalte, z. B. Umweltschutz, stehenden Mittlerorganisationen erteilt wird.

Ergebnis: Weder eine aus der Gesellschaft geborene Partei noch ein regierungsbeauftragter Rat erfüllt, und das aus im Übrigen guten Gründen, den Anspruch, die Gesellschaft ungeschmälert zu Wort, zu einflussreichem Wort kommen zu lassen. Wir müssen uns etwas anderes einfallen lassen. Denn es ist doch wert, die Stetigkeit einer fachlichen Position gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit zu entwickeln, gegen die nicht eine bestimmte Form von Abhängigkeit eingewandt werden kann. Es ist erforderlich, ihr eine Art prozedurale Nachhaltigkeit zu geben, die nicht von der Mäanderbewegung der Politik beeinträchtigt wird.

10. Gedankenspiel: Ein Wissenschaftsrat ...

Vielleicht kommen wir weiter, wenn wir uns, auch angesichts zarter Überlegungen hier und da, einmal mit der Vision eines deutschen Wissenschaftsrats beschäftigen. Allein für unsere Zwecke, also als ein methodisches Beispiel, nicht als ernst zu nehmender Beitrag für dieses viel zu ernste Thema.

Gemeint ist in diesem Gedankenspiel ein Wissenschaftsrat, der etwas anderes ist als der bestehende Wissenschaftsrat der Deutschen Forschungsgesellschaft. Während dieser ein Organ wissenschaftsinterner Selbstorganisation ist, ist der Wissenschaftsrat unseres Gedankenspiels eine neue Einrichtung: ein Rat in Verantwortung für Fragen und Themen der Gesellschaft. Unserem neuen Wissenschaftsrat wird eine gültige Autorität zugemessen, die sich nicht aus Ex-cathedra-Entscheidungen entwickelt, sondern die ihre Legitimität daraus bezieht, dass der Wissenschaftsrat seine Positionen und Interventionen gegenüber der Gesellschaft als Ganzem verantwortet. Das ist eine Autorität, die in anderer Weise das Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.

Anlass für solche Überlegungen zu einem Wissenschaftsrat ist, dass schon heute, in Zukunft aber immer mehr vor allem naturwissenschaftliche und naturwissenschaftlich-ethische Themen auftauchen, die für die Gesellschaft Fragen aufwerfen, auf die es keine objektiv beweisbaren Antworten gibt. Trotzdem und gerade deshalb hat die Gesellschaft ein außerordentliches Interesse daran, zu ihnen eine Art objektiver Beurteilung zu erfahren.

Diese Beurteilungen ergäben dann hochbedeutende Richtwerte nicht nur für die Politik – aber natürlich auch und gerade für sie. Grundbedingung dafür ist selbstverständlich zunächst die fachliche Kompetenz der Beurteilenden, die wir hier voraussetzen müssen. Zweifel an der Sachbezogenheit der Beurteilungen dürfen zum zweiten nicht dadurch entstehen können, dass ihnen ein spezifischer, z. B. ein Regierungsauftrag zugrunde liegt. Das hatten wir erörtert. Dass sich inhaltliche, wissenschaftliche Divergenzen ohnehin noch der Stringenz der erwünschten Beurteilung widersetzen werden, ist – anders als das Vorbesprochene – weder vermeidbar noch darf es ein Ziel sein, es zu vermeiden. Im Gegenteil ist es ja gerade diese in solchem Widerstreit zum Ausdruck kommende Kompliziertheit, ebenso wie die Ernsthaftigkeit des Ringens um das sachlich am meisten angemessene Urteil, was die ganze Anstrengung lohnt und wichtig macht. Finden wir einen Weg, diesen gedachten Wissenschaftsrat so entstehen zu lassen, dass er ebenso unabhängig, also auftragsfrei, wie einflussreich agieren kann?

Ordnen wir einmal Instrumente, die zur Verfügung stehen, um den Geburtsprozess eines solchen Wissenschaftsrats so auszubalancieren, dass das daraus geborene Kind anschließend keines der beteiligten Elternteile als allein das seine, alle gemeinsam es aber als das ihre betrachten

9:30 können. Wir werden Vorschlagsrechte haben, wir sollten
10:30 sie veröffentlichen können. Wir haben Stellungnahmen
10:40 z. B. unserer Spitzenverbände bis hin zu Standesorgani-
11:00 sationen – auch sie sollten öffentlich werden. Wir haben
11:30 die Leiter unserer bedeutendsten bundesdeutschen Wis-
► 12:00 senschaftsorganisationen, die vielleicht als das Berufungs-
13:30 gremium fungieren könnten. Sie könnten u. U. zuvor
14:45 Voten internationaler Wissenschaftsgremien einholen.
15:00 Vetorechte wären zu überlegen, die gegenüber Beru-
15:40 fungsrechten jedenfalls die weitaus geringere Einfluss-
17:00 nahme bedeuten. Auch sollte die Mitgliedschaft im Rat
17:30 zeitlich sehr begrenzt sein, um eine ständige Justierung
und Renovierung der Beurteilungspraxis zu erleichtern.
Warum sollte es nicht möglich sein, mit solchen und viel-
leicht weiteren Methoden eine Mischung für den Geburts-
prozess zu finden, die das gestellte Ziel erreichen lässt?

11. ... und seine Nebenwirkungen

Der Einsatz solcher Methoden im Geburtsprozess hätte wünschenswerte Nebenwirkungen. Die Beteiligung vieler Seiten durch die Berechtigung zu Vorschlägen und Stellungnahmen würde dem so gebildeten Gremium helfen, nicht nur einem Auftraggeber verpflichtet, sondern die Sache möglichst vieler zu sein. Die möglichst große Öffentlichkeit der im Entstehungsprozess geäußerten Positionen und Gründe würde der Presse erlauben, sich mit diesem Gremium zu beschäftigen, und es in der öffentlichen Diskussion erhalten. Die Einbeziehung internationaler Voten (warum nicht auch Experten?) würde dieses Vorgehen über unsere Landesgrenzen hinweg bekannt machen und beobachten lassen.

Anders als bei der diskutierten schlichten Kappung des Regierungsauftrags eines Rats müsste man sich auch wegen der Einflusskraft eines so entwickelten Gremiums keine Gedanken machen. So breit entstanden, so vielfältig in der Berufung der Mitglieder bedacht und verursacht, wird dieser Wissenschaftsrat eine Alleinstellung erreichen, an der niemand wird vorbeigehen können. Die im Übrigen ihm selbst eine Verantwortung vor Augen führt, die von jedem einzelnen Mitglied höchste Ernsthaftigkeit abfordern wird.

Zwar wird nämlich niemand formell gebunden sein, sich die Beurteilungen zu Eigen zu machen. Aber er wird das nicht tun können, ohne es zu begründen. Er wird dann erleben, dass diese Gründe in der öffentlichen Diskussion der Autorität des Rats gegenübergestellt werden und,

wenn sie nicht überzeugend sind, auf ihn zurückfallen können. Anders als im Fall eines von ihr beauftragten Rats wird z. B. eine Regierung sehr viel sorgfältiger begründen müssen, wenn sie anderer Beurteilung als der des Rats folgen will. Es wird ihr auch geradezu unmöglich, einen eigenen, weil in gewisser Weise zu beeinflussenden Rat für ihre eigenen, für „Regierungszwecke“ zu rekrutieren.

Die viel gescholtene Presse hätte einen Vorgang, mit dem sich zu beschäftigen sich für sie lohnen würde – diesmal zugunsten von Sachbezogenheit und Objektivität. Bei ihren Lesern kann sie unter Umständen weniger das Interesse an der – etwas komplizierten – inhaltlichen Thematik als an der der möglichen Verletzung von Fairness voraussetzen, die nun plötzlich im Raum steht. So oder so – die Presse könnte in solchen Abläufen der wichtigste Garant für die Erreichung der gleichen Augenhöhe zwischen Ratgeber und Ratempfänger werden. Dem Prinzip der Tagesentscheidungen gegenüber würde mit der Arbeit eines solchen Rats Aufmerksamkeit entwickelt für das Erfordernis langfristiger Begründungszusammenhänge. Politik würde so in neuer Weise gefordert. Und dies nur deshalb, weil durch eine unabhängige und kompetente Wortmeldung aus der Gesellschaft ein neuer Resonanzboden entsteht, mit dem dann auch die Presse umgehen kann und wird.

Politik würde aber nicht nur gefordert, sie würde auch neu unterstützt. Mit dem Auftauchen öffentlich behandelte Positionen, beispielsweise der Nachhaltigkeit, die mit dem Gewicht von Objektivität, Fachkenntnis und Kompetenz versehen sind, entsteht ein Faktum, mit dem sich nun die Politik beschäftigen kann, ohne dafür gleich – weil es nach den Gesetzen der Tagespolitik zu wenig fassbar ist – gescholten zu werden. Denn sie orientiert sich ja in diesem Moment nicht an eigenen, an politischen Positionen, sondern an solchen von Autoritäten außerhalb der Politik, die möglicherweise gerade von den Medien gelobt wurden; schon deshalb, weil diesen die grundsätzliche Vorgehensweise einer solchen gesellschaftlichen Wortmeldung sympathisch ist. Gute, gutwillige Politik erhält einen größeren Spielraum, zu dem zu stehen, was zu vertreten in der wählerorientierten Tageshektik nicht so einfach ist.

Wir sollten uns an diesem Punkt klar machen, dass auch der Umgang mit der Presse nicht nur eine Frage der Zulieferung interessanter Inhalte, sondern mindestens genauso wichtig eine der Generierung von Abläufen ist,

über die Berichte sich lohnen. Berichte wiederum, die die gewünschten Inhalte zum Gegenstand haben. Die Landschaft der Meinungsbildung würde sich durch den hier skizzierten Eingriff nicht unwesentlich ändern; und zwar zugunsten von Botschaften, die authentisch aus dem Wissen- und Bewertungsrepertoire der Gesellschaft, soweit diese nicht politisch und administrativ verfasst ist, stammen.

12. Grundsätze für gesellschaftliche Beiträge

Nicht verändern würden sich die Entscheidungskompetenzen. Eingriffe in demokratisch festgelegte und legitimierte Strukturen sieht der Gedanke nicht vor. Allein die Entscheidungsvoraussetzungen werden verändert – vertieft und verbessert. Es ist auch keine Form der „Entpflichtung“ der Politik. Deren Entscheidungsverantwortung bleibt und wird sogar in verstärkter Weise herausgefordert. Es ist dies eine Qualifizierung des demokratischen Systems, nicht seine Verletzung.

Es gibt, wenn man zusammenfasst, drei grundsätzliche Parameter für den Wert, für das gewünschte Gewicht gesellschaftlicher Stellungnahmen zu Themen wie dem der Nachhaltigkeit, die nicht schon ohne weiteres einen angemessenen Platz auf der öffentlichen Agenda haben: fachliche Qualifiziertheit, nicht von Dritten beeinträchtigte Unabhängigkeit sowie Legitimation als sachverständiges Wort „der Gesellschaft“. Unsere Kurzanalyse am konkreten Beispiel hat gezeigt, dass alle drei Parameter erfüllbar scheinen. Ist es dann nicht an der Zeit, sich um die genauere Klärung eines einsetzbaren Instrumentariums, den Aufbau eines diesen Parametern gerecht werdenden Systems zu bemühen? Wir hatten gesehen, dass darin keine Gefährdung anderer Wege, fachliche und engagierte Beiträge im Politischen zur Wirkung zu bringen, läge, eher ein Weiterentwickeln dieser Ansätze: sowohl der regierungsberufenen Räte wie aber auch der Entwicklung von Bürgerinitiativen zu Parteien zum Beispiel.

Die Politik allerdings wäre in ihrer Alleinstellung als öffentlicher Dienstleister und Problemlöser – nicht in der als nach Recht und Gesetz Entscheidungsbefugter – relativiert. Das aber wäre, wenn nicht die erste Absicht, dann doch vielleicht das interessanteste Ergebnis der ganzen Operation. Diese Alleinstellungen der Politik nämlich sind zunehmend eine zentrale Gefahr für die Leistungsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Denn, das sahen wir schon eingangs: So viel wie die Politik erle-

digen und richten zu können vorgibt und damit, das ist das Wesentliche, Andere, Bessere vom Mitmachen abhält, kann sie nicht leisten. Die Relativierung der Einflussmacht der Politik ist ein Gebot der Stunde. Und sie liegt in ihrem eigenen Interesse. Wie gut würde es ihrem Ruf tun, könnte sie sich auf die Aufgaben konzentrieren, die sie dann auch tatsächlich erledigen kann.

13. Ein Beispiel für anderes?

Würde eine solche Kultur gesellschaftlicher Beteiligung an öffentlichen Dingen wachsen, wären auch weniger aufwändige, weniger komplexe Entstehungsverfahren denkbar, als es bei unserem besonderen Beispiel eines Wissenschaftsrats der Fall ist. Es könnte und müsste eine Vielzahl von Teilnahmen gesellschaftlicher Mitsprache entstehen, so wie es ja auch eine Unzahl politischer Mitsprachen auf allen Ebenen und in allen Teilen unserer Demokratie gibt. Denn es würde sich lohnen: Positionen würden Gewicht bekommen, die aus dem Wunsch nach Wählerzustimmung heraus entstanden sind; deren Ernsthaftigkeit stattdessen durch die Selbstverpflichtung der sich Äußernden unterstützt wird, die mit ihrem Beitrag auch ihre wissenschaftliche bzw. gesellschaftliche Reputation in die Waagschale werfen; und die sich mit ihrer Persönlichkeit, nicht durch den interessen geleiteten Auftrag einer Organisation oder eines Verbandes Gehör zu verschaffen in der Lage sind.

Die gesellschaftliche Mitsprache wird sich dabei allerdings nie auf die gesetzliche Geordnetheit, mit der die demokratischen Entscheidungsbefugnisse geregelt sind, stützen können. Nun ist auch die demokratische Entscheidungsmacht voller Doppelungen und vor allem Überschneidungen und Mehrfachprüfungen. Im Gesellschaftlichen wird aber nur in der Freiheit des gesellschaftlichen Austauschs Wildwuchs vermieden werden: zuallererst wieder durch die Kommentierung durch die Presse; aber auch durch die Erfahrung der sich zu Wort Meldenden selbst, dass nämlich schon andere ihr Gebiet gut bespielen und das eigene Engagement besser dort einzubringen wäre oder möglicherweise im konkreten Fall auch nicht dringlich gefragt ist.

Letzteres, dass nämlich solche Beteiligung aus der Gesellschaft prinzipiell nur „nebenberuflich“ geschehen wird und sollte, ist nicht nur ein wirksames Korrektiv gegen „Wildwuchs an Sachbeiträgen“. Es ist, von der anderen Seite gesehen, auch ein entscheidendes Realisierungs-

9:30 problem für unsere Idee. Ist unsere Gesellschaft so ver-
10:30 fasst, dass ihre Mitglieder zu derartigem Engagement,
10:40 nebenberuflich, bereit sind? Denn diese Nebenberuflich-
11:00 keit ist ein wesentliches Erkennungsmerkmal dieses
11:30 Engagements, bei dem davon ausgegangen wird, dass
► 12:00 Menschen ihr woanders gesammeltes Erfahrungswissen
13:30 der Arbeit für die öffentlichen Dinge zur Verfügung stel-
14:45 len. Ihr berufliches und fachliches Standbein ist also gera-
15:00 de außerhalb des Öffentlichen. Und sie sind als Personen
15:40 gefragt, nicht nur als „Unterzeichner“, wie wenn es z. B.
17:00 um eine vielleicht auch große Summe für ein gesellschaft-
17:30 liches Engagement des eigenen Unternehmens geht.

Die Antwort kann nur in zwei Stufen erfolgen: Erstens ist das hier Diskutierte nicht eine Selbstverständlichkeit unse- res gesellschaftlichen Lebens – sonst müssten wir nicht darüber sprechen, weil wir das alles schon hätten. Zum Zweiten gibt es zwar bereits manches, das sich bei nähe- rem Hinsehen als auf dem Weg dorthin erweist. Die Augen darf man aber nicht davor verschließen, dass die Kraftanstrengung eines systematischen Starts für das, was wir hier diskutieren, vonnöten sein wird. Das sollte man schon deshalb ungeschminkt einräumen, weil sonst die nötige Anstrengung, um es aufzubauen, unterschätzt wird und möglicherweise schon deshalb unterbleibt. Die- ser „systematische Start“ muss nicht nur das Mitwirkungs- system im Auge haben, sondern auch die Bereitschaft unserer Gesellschaft, der dafür erforderlichen Menschen in der Gesellschaft, persönlich mitzuwirken.

14. Erfahrung und Wissen – eine der größten unter den nachhaltigen Ressourcen

Lassen Sie mich nach diesen, auf den Prozess gerichteten Überlegungen dann doch mit etwas Inhaltlichem enden: Wissen, Erfahrung, Urteilsfähigkeit, so wie sie im Reife- prozess einer Gesellschaft, in der die Heutigen auf den Schultern der Leistungen und der Lernprozesse ihrer Vorgängergenerationen stehen, gewachsen sind – ist das nicht ein sogar besonders wertvolles Gut, das man für nachhaltige Nutzung schützen und zur Wirkung bringen muss? Für nachhaltige Ziele einzutreten, das betonen ihre Vertreter mit Recht, ist nicht nur ein Thema des Umwelt- schutzes. Es ist grundsätzlich das Thema einer stabilen, erfolgreichen Zukunft unserer Gesellschaft. Kann man dies bei der hier diskutierten Frage des möglichst umfas- senden und wirkungsvollen Nutzens des in der Gesell- schaft befindlichen Wissens nicht besonders gut sehen?

Ein Wissen, das es verdient, und das wäre geradezu ein Paradigmenwechsel, nicht nur kommentierend und kriti- sierend, nörgelnd und besser wissend eingesetzt zu werden. Denn das ist überwiegend die Rolle von Wort- meldungen aus der – ja nicht zuständigen – Gesellschaft gegenüber dem Handeln der – ja zuständigen – Politik. Sondern das Einfluss nehmend und mitverantwortend, konstruktiv und besser machend zur Wirkung kommt. Eine seinem Wert und auch seinem Träger angemesse- nere Wirkung.

Für mich ist dies, der Wert des Wissens, ein weiterer Grund, aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit für die genannten strukturellen Ziele zu kämpfen. Klar muss im Übrigen sein, dass auf einem dann eröffneten Terrain gesellschaftlicher Beiträge sich natürlich auch die Umweltpositionen wieder in Konkurrenz zu anderen befinden würden. Diesmal allerdings – und das macht es aus – in einer inhaltlichen. Und in der sollte sich die Umweltbewegung zu Hause fühlen. Ist das doch die große und berechtigte Klage, dass die Umweltargumente im Getöse der Alltagspolitik kein ihrer sachlichen Begründet- heit angemessenes Gehör erhalten. Auf diesem Terrain, dem sachlichen, sollte es der Umweltbewegung auch leicht fallen, gegebenenfalls die eigene Position zu relati- vieren, weil und wenn sie im konkreten Fall objektiv im Verhältnis zu einer entgegenstehenden nicht zu halten ist. Und das, eine solche sachlich gebotene Relativierung, würde übrigens auch die Trennlinie klären zwischen Umweltengagement, das von Hause aus rigoros und par- teiisch ist, und dem Ganzen verpflichteten Nachhaltig- keitsstrategien.

Challenger Forum II: Das Management der öffentlichen Dinge. Wirtschaft und Politik an ihren Grenzen!

Challenger:

Dr. Volker Hassemer, Senator der Stadt Berlin a. D.

Diskussionsleitung:

Rainer Grohe, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und
Exekutivdirektor Galileo

Diskussionsteilnehmer aus dem Nachhaltigkeitsrat:

Hermann Graf Hatzfeldt

Dr. Jürgen Rimpau

Heinz Putzhammer

Hubert Weinzierl

Einleitend in die Diskussion der von Volker Hassemer präsentierten Thesen erläuterte Rainer Grohe die Einrichtung des Rats für Nachhaltige Entwicklung und dessen Selbstverständnis. Die Ratsmitglieder sind als Individuen berufen worden. Das Gesamtbild des Sachverständigen des Rats setzt sich aus den Erfahrungen zur Nachhaltigkeitspolitik und den persönlichen wie beruflichen Hintergründen, die jedes Mitglied mitbringt, zusammen. In jeder seiner Diskussionen, und die meisten sind strittig, versucht der Rat aus der Sache heraus zu entscheiden und zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Der Diskussion im Plenum stellte Grohe eine persönliche Erfahrung voran: Wenn Vertreter aus der Wirtschaft oder aus anderen Gruppierungen mit der Politik in Kontakt treten, passiert es häufig, dass von Seiten der Politik gesagt werde, das möge ja wirtschaftlich oder technisch so richtig sein, was man geschildert habe, aber politisch sei das anders. Mit der Frage, ob es eigene politische Gesetze gibt, die ökonomische oder technische Gesetze außer Kraft setzen können, wurde die Diskussion eröffnet.

Diskussionsbeiträge

Nicht Strukturen ändern, sondern Art und Weise der Entscheidungsfindung

Ratsmitglied Dr. Jürgen Rimpau sah den von Volker Hassemer vorgeschlagenen „Wissenschaftsrat“ kritisch. Als zusätzliches Instrument passt er nicht in die parlamentarische Demokratie und es stellt sich auch die Frage nach seiner Legitimierung. Das Modell eines neuen Wissenschaftsrats aus unabhängigen Persönlichkeiten stellt genauso die Frage nach der Grundlage der Auswahl. Hier verbirgt sich ein Kurzschluss zur Politik. Rimpau plädierte dafür, nicht die Veränderung von Strukturen in Augenschein zu nehmen, sondern die Art und Weise der Entscheidungsfindung. Rimpau erläuterte am Beispiel der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, wie man bestimmte Entwicklungen ex post beobachten und bewerten kann. Hierbei kommen Indikatoren, Pflichtenhefte und eine Entscheidungsvorbereitung auf Expertenebene sowie so genannte Expertenprotokolle zum Einsatz. Das Verfahren liefert nicht nur weniger Fehler, sondern eine schnellere und nachhaltigere Entscheidungsfindung und ist zudem überprüfbar.

Volker Hassemer entgegnete, dass die genannten Beispiele quantitative Modelle darstellen. Der Vorschlag eines Wissenschaftsrats ist dagegen ein qualitativer

Rainer Grohe
Exekutivdirektor Galileo
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats



- 9:30 Ansatz. Er bietet der Gesellschaft die Möglichkeit, sich
10:30 selbst zu Wort zu melden, und nicht nur dann, wenn sie
10:40 darum gebeten wird. Darin liegt ein entscheidender
11:00 Paradigmenwechsel. Es geht um Machtübertragung aus
11:30 der Politik in die Gesellschaft hinein. Der Rat muss sein
► 12:00 Selbstverständnis dahin gehend prüfen, ob er Helfer sein
13:30 will, um das Zu-Wort-Melden aus der Kompetenz der
14:45 Gesellschaft heraus zu organisieren.
15:00
15:40
17:00 Langfristige Perspektiven mit kurzfristigen Handlungs-
17:30 ansätzen verknüpfen

Der Rat muss politisch sein, betonte Hassemer. Denn wenn sich Sachverständigenkommissionen und Räte von den politischen Institutionen allzu weit entfernen, ist möglicherweise überhaupt keine Transformation mehr möglich. Die Übersetzung von mittel- und langfristigen Perspektiven in kurzfristiges Handeln ist ein Grundproblem: Wie kann man langfristige Perspektiven in Win-win-Situationen überführen, sodass auch kurzfristig denkende Entscheider in Politik und Wirtschaft davon profitieren können? Hier muss, laut Hassemer, eine dringend erforderliche Übersetzungsarbeit geleistet werden. Hier müsste der Rat ansetzen, langfristige Perspektiven mit kurzfristigen Handlungsansätzen vorzugeben.

Die weitere Diskussion bestärkte die Ansicht, dass das Konzept eines Wissenschaftsrats mit einer Rekrutierung über das heutige Wissenschaftssystem nicht sehr erfolgversprechend ist, insbesondere im Hinblick auf Zukunftsperspektiven. Sinnvoller ist der Vorschlag einer Einsetzung durch den Bundespräsidenten. In Deutschland, so die Argumentation, hat es in den letzten Jahren eine deutliche Belebung der wissenschaftlichen Streitkultur gegeben, die viel zur politischen Kultur beigetragen hat. Eines eigenen Wissenschaftsrats bedarf es dabei nicht. Der Nachhaltigkeitsrat dagegen darf sich nicht aus der Politik heraushalten. Ratsmitglied Heinz Putzhammer betonte in seinem Beitrag, dass es sehr bedeutende Fragen gibt, die nach wie vor politisch und nicht durch zivilgesellschaftliche Diskussionen entschieden werden müssen. Dies gilt insbesondere für Nachhaltigkeitsfragen, z. B. die Frage der weltweiten Energieversorgung in den nächsten Jahren. Der Rat würde seinen Auftrag verfehlen, wenn er sich diesbezüglich zurückhalten würde. Nicht alles, was geregelt werden muss, kann per Gesetz und Verordnung geregelt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in vielen Fällen wirkungsvoller, wie z. B. freiwillige Vereinbarungen von Unternehmen zur Einhal-

tung bestimmter sozialer und ökologischer Mindeststandards bei Investitionen weltweit zeigen. Eine schnelle Regelung in internationalen Vereinbarungen durch die Politik steht dagegen nicht in Aussicht. Auch auf kommunaler Ebene gibt es viele Möglichkeiten, wie man das Leben der Bürger sinnvoll und nachhaltig organisieren kann, ohne Beschlüsse des Stadt- oder des Gemeinderats vorauszusetzen.

Wissen allein führt nicht automatisch zu besseren politischen Entscheidungen

Es wurde begrüßt, Entscheidungsbedingungen und Entscheidungskontexte zu betrachten und stärker auf die Umsetzungsbedingungen zu schauen. Der Trend in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik zeigt, dass Wissen über die Umwelt allein nicht automatisch zu besseren politischen Entscheidungen führt. Das Modell des Nachhaltigkeitsrats, in dem beispielhaft Diskurse gesellschaftlicher Art, auch unter Einschluss von wissenschaftlichen Akteuren, geführt werden, ist deshalb zukunftsweisend. Das Gewicht des Rats sollte daher gestärkt werden.

Vom Zu-Wort-Melden zum Gehört-Werden

Kritisch angemerkt wurde, dass nicht nur das Zu-Wort-Melden in der Gesellschaft zur Diskussion steht, sondern auch das Gehört-Werden. Da Letzteres in unserer Gesellschaft eine Legitimation voraussetzt, ist aber fraglich, ob eine Gesellschaft, in der es keine repräsentativen Großstrukturen mehr gibt, genügend Menschen dazu ermuntern kann, sich zu Wort zu melden.

Es wurde zu bedenken gegeben, dass die Einflussnahme auf Entscheidungen nicht nur dann legitimiert ist, wenn sie von einem politischen Akteur ausgeht. Hier bleibt der Mangel, dass die Ratsmitglieder politisch berufen sind. Dies werde durch den Umstand, dass sie auch Vertreter wichtiger Organisationen sind, zusätzlich erschwert. Das Beispiel der Rürup-Kommission zeige, welche Hochachtung deren Mitglieder vor der Politik haben müssen, dass sie so viel Missachtung durch die Politik akzeptieren, nur um zu Wort zu kommen. Es geht um eine neue Kultur der Entscheidungsvorbereitung. Die Vorbereitungsprozeduren für Entscheidungen sind in keiner Verfassung als allein durch die Politik initiiierbar festgelegt.

Politik und Wirtschaft an ihren Grenzen

Konsens bestand darüber, dass die Grenzen der Politik und der Wirtschaft ein wichtiges Thema sind. Dabei ist es eine richtige Maxime, die Gesellschaft mehr zu Wort kommen zu lassen. Die Entscheidungsvorbereitung erheblich zu verbessern, ist ein richtiges Wissen. Es fehlen jedoch ganz konkrete Aufgaben, die illustrieren, warum die vorgeschlagene Lösung die Lösung der Probleme sein könnte. Die Wissenschaftler sind eher Teil der Problematik als zuverlässiger Teil der Lösung. Benötigt wird ein anderer Modus der Kooperation bei der Erfassung, der Exploration und der Beschreibung von langfristigen Gestaltungsalternativen. Problematisch ist dabei, dass diese Gesellschaft bei komplexen Alternativen oft nicht zur Verständigung in der Lage ist, wie die Energiepolitik seit über 20 Jahren zeigt. Gebraucht wird keine neue Institution, sondern ein anderer Umgang mit Wissen. Ein gesellschaftlicher Konsens kann, wenn überhaupt, nur durch soziale Verständigungsprozesse herbeigeführt werden.

Zur Entscheidungsvorbereitung müssen Fachwissen und Fachverstand zur Entscheidungsvorbereitung herangezogen werden. Ob es jemals gelingen kann, den Fachverstand voll auszuschöpfen, solange eine andere ganz wertvolle Ressource, nämlich die Zeit, nicht selbstdiszipliniert ausgeschöpft wird, wurde bezweifelt.

Von Lokalen Agenda-Prozessen lernen

Kritisch angemerkt wurde, dass es illusorisch ist, von Wissenschaftlern die Lösung von Nachhaltigkeitsproblemen zu erwarten. Vielmehr muss danach gefragt werden,

wie sich das vorhandene Engagement aus Bürgerinitiativen, der Wirtschaft etc. stärker im innerpolitischen Prozess vermitteln lässt. Ein Modell liegt dort vor, wo Lokale Agenda-Prozesse gelingen. Überlegt werden muss, wie das auf die nationale Ebene übertragen werden kann. Der Blick in die Schweiz und andere Länder zeigt, dass es auch andere institutionelle und politisch wirkungsvollere Verankerungen von Nachhaltigkeits- oder Zukunftsräten gibt als in Deutschland.

Als jüngst nachberufenes Mitglied des Rats richtete Hermann Graf Hatzfeldt an Volker Hassemer die Frage, was er ihm denn geraten hätte, als er gefragt wurde, in den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu gehen. Was hätte er ihm geraten, im Rat umzusetzen, oder hätte er angeraten, den Rat in seinem geschilderten Sinne umzukrempeln?

Volker Hassemer präzisierte seinen Vorschlag dahin gehend, dass im von ihm vorgeschlagenen Beratungsgremium ausdrücklich nicht nur Wissenschaftler vertreten sein sollten, sondern Kompetenz und kompetente Beiträge. Es ist weder eine Missachtung der Politik noch eine Enttäuschung über die Politik, sondern eine Erfahrung, dass sich durch innerpolitische Mechanismen allein die öffentlichen Dinge nicht sorgfältig regeln lassen. Die Mitglieder des Nachhaltigkeitsrats müssen überlegen, wie es wäre, wenn sie als nicht von der Politik Berufene zusammensitzen würden. Welche 15 (weitere) Persönlichkeiten könnten dem Thema Nachhaltigkeit durch ihr persönliches Gewicht und auch durch Medienöffentlichkeit besonders dienen? Politik ist in vielen Fällen systemisch nicht in der Lage, selbst Problemlösungen zu entwickeln. Deshalb sind Lösungen von außen nötig.



Der Rat ist berufen worden, um Rat zu geben, und fordert dieses ein. Er fordert ein, dass die Politik auf den Rat und dessen Vorschläge hört.

Rainer Grohe

9:30 Das Instrument Öffentlichkeit nicht unterschätzen

10:30

10:40 Rainer Grohe gab zu bedenken, dass das Berufensein
11:00 durch die Politik auch einen Vorteil hat. Der Rat ist beru-
11:30 fen worden, um Rat zu geben, und fordert dieses ein. Er
► 12:00 fordert ein, dass die Politik auf den Rat und dessen Vor-
13:30 schläge hört. Sollte sie das nicht tun, würde das bei jedem
14:45 einzelnen Ratsmitglied zu Überlegungen und zu Konse-
15:00 quenzen führen. Auch diese Veranstaltung ist ein Ver-
15:40 such, Öffentlichkeit zu gewinnen.

17:00

17:30 In der weiteren Diskussion wurde betont, dass zu den
Eigenarten des Leitbildes Nachhaltigkeit Komplexität und
häufig Unsicherheit im Wissen gehören. Diese wird noch
verstärkt durch Expertisen, die interessenbedingt wider-
streiten. Verwiesen wurde auf die Diskussionen im Sach-
verständigenrat für Umweltfragen, die genau in die
Gegenrichtung verlaufen, weil akademisch richtige Emp-
fehlungen von der Politik nicht genug wahrgenommen
werden oder zum falschen Zeitpunkt gegeben werden.
Der richtige Zeitpunkt ist oft ein sehr kleines Fenster. Es
zu treffen, so das Argument, bedeutet mehr Kopplung an
die Politik und nicht Entkopplung.

Die Frage wurde aufgeworfen, welche Institutionen und
Strukturen geschaffen werden müssten, um eine Legiti-
mation auch für Vorschläge aus der Gesellschaft zu schaf-
fen. Und ob dabei in Richtung der Erweiterung der direk-
ten Demokratie diskutiert werden sollte, etwa über Mo-
delle wie den Bürgerhaushalt oder über die Einrichtung
zivilgerichtlicher dritter Kammern. Die Idee des Bürger-
haushalts, also Entscheidungen über die Verwendung von
Teilen des Steueraufkommens an die Basis weiterzugeben,
wurde als guter Ansatz für „mehr in die Basis und mehr
direkt-demokratische Elemente“ begrüßt. Die Gesellschaft
werde immer vielschichtiger und die repräsentative
Demokratie schaffe es nicht mehr, alle zu repräsentieren.

Schlusswort

Volker Hassemer betonte in seinem Schlusswort noch-
mals, dass es ihm nicht um Wissenschaft und Wissen-
schaftler gehe, auch nicht um eine Form direkter Demo-
kratie oder Plebiszite, sondern um eine Form von Bera-
tung und Fachkunde. Was jetzt durch die Tätigkeit von
Räten und Kommissionen geschieht, ist, dass sich die
Politik nicht mehr nur auf sich selbst und ihre Beamten
verlässt, sondern dass sie sich dem Sachverstand öffnet.
Aber es gibt mehr Sachverstand als Politikrufe. Es gilt,
sich von der Bedingung des Gefragt-Werdens zu lösen
und das Zu-Wort-Melden nicht vom Ruf der Politik abhän-
gig zu machen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung
könnte mit seinem schwierigen Thema eine Schneise
schlagen, um die größten Ressourcen der Gesellschaft,
Erfahrung und Geist, besser zur gesellschaftlichen Wirk-
samkeit zu bringen.



Beate Weber
Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

Nachhaltigkeit und Lokale Agenda:

Statt einer Epoche bürgerschaftlichen Engagements nur eine Episode einzelner Gruppen?

„Politik“, schreibt der Leitartikler einer großen deutschen Tageszeitung, „ist ein merkwürdiges Geschäft. Sie ist die Kunst des Machbaren und des Kompromisses; sie huldigt dem Sachzwang und dem Nächstliegenden; ihr Maßstab ist, was sich im Parlament durchsetzen und später auch dem Wähler vermitteln lässt. Und trotzdem lebt sie vom Versprechen; sie verehrt die Visionäre, lechzt nach Zielen, die über Gesundheitskompromiss und Rentenreform hinausgehen, über Geldwertstabilität und Haushaltssicherung ..., denn ein Volk ohne Visionen geht zugrunde. Steht übrigens nicht bei Marx oder Bebel, sondern ist ein Spruch des weisen Salomo.“

(Matthias Drobinski, Süddeutsche Zeitung vom 20.8.2003)

Die Agenda 21 und damit die Forderung nach einer nachhaltigen oder dauerhaft umweltgerechten Entwicklung ist eine solche politische Vision. Sie wurde bereits 1992, also vor über zehn Jahren, von 172 Staaten dieser Erde im brasilianischen Rio de Janeiro verabschiedet und bildet den Rahmen für die so genannte Lokale Agenda 21.

1. „Global denken – lokal handeln!“

Prägnanter lässt sich die Kernidee der Lokalen Agenda nicht beschreiben. Die Agenda von Rio enthält in Artikel 28 den folgenden Auftrag an die Kommunen: Jede Kommunalverwaltung hat eine aktive Rolle zu übernehmen und soll in einen Dialog mit ihren BürgernInnen, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine Lokale Agenda 21 beschließen. Diese Lokale Agenda soll jede und jeden Einzelnen zu einer zukunftsverträglichen Lebensweise verpflichten, sodass nicht nur die Bedürfnisse der Gegenwart, sondern auch die zukünftiger Generationen befriedigt werden können. Und es geht um eine Entwicklung in den Städten und Gemeinden, die sozial verantwortlich, umweltbewusst und zugleich wirtschaftlich erfolgreich sein soll.

Die Lokale Agenda 21 fand zunächst – wie fast nicht anders zu erwarten – in den verschiedenen Ländern ein sehr unterschiedliches Interesse. Einige Regierungen (wie z.B. in Schweden) führten die Lokale Agenda per Gesetz ein und sorgten damit für eine Beteiligung ihrer Kommunen von fast 100 %. In anderen Ländern spielten Organisationen wie ICLEI die notwendige Pionierrolle. In Deutschland – und das sollte man nicht vergessen! – kam die Umsetzung der Lokalen Agenda nur sehr zögerlich in Gang. Eigentlich wurde damit erst nach 1996 begonnen – zu einem Zeitpunkt, da die Aufstellung der Lokalen Agenda nach den Vorgaben von Rio bereits zum Abschluss hätte kommen sollen. Es war ein zäher Einstieg, der seine Ursache sicherlich auch in der mangelnden Unterstützung durch die damalige Bundespolitik hatte. Es waren vor allem die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich an der Lokalen Agenda-Umsetzung versuchten. Manche behaupten, sie wollten damit „aus der grünen Ecke“ herauskommen.

2. Die Lokale Agenda wird in der Politik unterbewertet!

Inzwischen haben (siehe die Statistik der Agenda-Transferstelle) etwa 2.400 Kommunen in Deutschland zumindest Lokale Agenda-Beschlüsse aufzuweisen, was ungefähr 17 % entspricht. Wie nicht anders zu erwarten kommt es dabei zu erheblichen Schwankungen zwischen den einzelnen Bundesländern. Das hat unterschiedliche Gründe: Zum einen die sehr stark differierende Zahl der Gemeinden (NRW hat 427 Kommunen, BaWü dagegen 1.146), zum anderen die schwierige Ausgangslage in den neuen Bundesländern. Es ist eigentlich unverständlich, dass man

9:30 gerade in den Städten und Gemeinden der neuen Bundes-
10:30 länder wohl nicht wahrgenommen hat, dass die Lokale
10:40 Agenda als Motor für eine Nachhaltige Entwicklung eine
11:00 einmalige Chance gewesen wäre. Auch aus einem ande-
11:30 ren Grund ist die Aussagekraft der Statistik begrenzt: Ein
► 12:00 Beschluss zur Lokalen Agenda allein sagt noch nichts da-
13:30 rüber aus, ob eine Gemeinde nun wirklich einen Agenda-
14:45 Prozess vorantreibt und wie weit dieser Prozess fortge-
15:00 schritten und erfolgreich ist. Außerdem verschwinden im-
15:40 mer wieder Lokale Agenda-Prozesse, andere behaupten
17:00 sich mühsam. Und es gibt viele neue Initiativen, die Lokale
17:30 Agenda-Projekte durchführen, sich aber nicht so nennen.

ICLEI hat zuletzt 2002 Zahlen über die internationale Umsetzung der Lokalen Agenda veröffentlicht: Danach hatten Ende 2001 weltweit 6.416 Kommunalverwaltungen Aktivitäten zur Lokalen Agenda unternommen. Spitzenreiter bei der Umsetzung waren Finnland und Schweden mit 100 % und Norwegen mit 99 %. In diesem Zusammenhang erscheinen die deutschen Anstrengungen mit 17 % sehr bescheiden. Eines ist dabei bedenkenswert: In den Ländern, in denen nationale Lokale Agenda-Kampagnen durchgeführt wurden oder laufen, ist die Beteiligung der Kommunen höher als in Ländern ohne eine solche Kampagne!

3. Die Lokale Agenda ist in Deutschland noch nicht da, wo sie sein sollte

In dem Abschlussbericht zum bundesweiten Forschungsprojekt *Bedingungen institutioneller Stabilisierung Lokaler Agenda-21-Prozesse – Modellhafte Stabilisierungspfade*, der 2001 von der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung, der Universität Bremen, der ZWE Arbeit und Region sowie B.A.U.M. Consult fertig gestellt und von der Bundesstiftung Umwelt finanziert wurde, wird folgendes Resümee gezogen: „Die Durchführung der Lokalen Agenda hat in vielen Städten und Gemeinden eine erstaunliche Mobilisierung von Fantasie und sozialem Engagement bewirkt, sie hat zur Erprobung neuer Dialogformen und Beteiligungsmodelle geführt, sie hat Akteure an einen Tisch gebracht, die vorher nicht miteinander kooperiert haben, und eine zahllose Fülle an Modellprojekten angestoßen. (...) Trotzdem ist nach dem Ablauf der zwei- oder dreijährigen Phase des Konsultationsprozesses in vielen Städten und Gemeinden eine gewisse Ermüdung unverkennbar. Während, nach zögerlichem Beginn, auf der Verwaltungsebene die Institutionalisierung von Nachhaltigkeitskriterien an Fahrt gewinnt, scheint sich in

Bezug auf die weitere Perspektive der Lokalen Agenda insgesamt eher eine gewisse Ratlosigkeit breit zu machen.“ So sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass der Schwung, der die Agenda-Initiativen – mit offiziellem Rückenwind – in den vergangenen Jahren getragen habe, wieder verpuffe.

Auch andere Untersuchungen bestätigen diese Ergebnisse. Viele Aktive erwarten heute eine ehrliche Bilanz. Und diese sieht überall ähnlich aus: Neben den üblichen Erschöpfungsphänomenen demotivieren die so genannten „Mühen der Ebene“, die beschwerliche Umsetzung der schönen Leitbilder und Aktionsprogramme im Gefüge widerstreitender kommunaler Interessen, Machtanprüche und Ressortegoismen. Stefan Heiland (B.A.U.M., München), der viele Kommunen bei der Erarbeitung von Agenda-Aktionsprogrammen unterstützt hat, benennt die Gründe in einem Interview so: „Leider wurde die Lokale Agenda in vielen Kommunen vor allem von ehrenamtlichen Arbeitskreisen identifiziert, so als hätte der Agenda-Prozess eigentlich nichts oder nur wenig mit der Verwaltung und Politik zu tun. Deswegen stand die Agenda-Bewegung oft im Gegensatz zur Gemeinde. Auch weil nicht geklärt wurde, wie die Arbeit der Agenda-Gruppen mit der Arbeit der Verwaltung verzahnt werden könnte. Gleiches gilt für die Arbeit der Agenda-Gruppen und der verschiedenen Ratsgremien. Einerseits führten manche Vorschläge zu dem Eindruck, dass die Arbeitskreise keine Ahnung von den rechtlichen oder finanziellen Rahmenbedingungen hätten. Andererseits fühlten sich die Arbeitskreise allein gelassen. Das verstärkte dann den Eindruck, dass es sich bei der Agenda um eine Alibiveranstaltung handelt, da viele Vorschläge, die etwas Geld kosten oder politisch relevant sind, abgeschmettert wurden. Leider war es auch eine Zeit lang eine Art Mode, Agenda zu machen.“

Angela Oels, wissenschaftliche Referentin in der Geschäftsstelle des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, geht in ihrem Beitrag *Warten aufs Christkind* in der Zeitschrift *politische ökologie* 76 auf ein weiteres Problem ein: „Bei genauerem Betrachten zeigt sich jedoch, dass die an Lokalen Agenda-21-Prozessen Beteiligten nur allzu oft die üblichen Verdächtigen sind. Es handelt sich um die handverlesene Gruppe ohnehin in Interessengruppen organisierter, kommunalpolitisch engagierter Bürger/innen, die sich nun noch besser vernetzt. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist jedoch in den Lokale Agenda-21-Prozess weder eingebunden noch hat sie überhaupt von ihm Kenntnis genom-

men. Die Ursache für die geringe Resonanz wird nicht zuletzt auf den sperrigen Begriff selbst zurückgeführt.“ Befragt man Lokale Agenda-Beauftragte zu den politischen Chancen bei der Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie, wie in dem Heft *Lokale Agenda 21 – Vom Projekt zum Programm* geschehen, das von der Agentur Agenda-Transfer (Bonn 2001) herausgegeben wurde, so sind folgende Zitate bezeichnend: „Leider musste ich den Eindruck gewinnen, dass keine der Parteien zur Entwicklung der Agenda 21 qualifiziert beigetragen hat. Ein ressortübergreifendes strategisches Konzept für die Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit zu entwickeln, damit tun sie sich ausgesprochen schwer.“ (Ernst Welters, Berlin) „Die Politik ist noch nicht vom Systemwechsel zur nachhaltigen Entwicklung erfasst, obwohl in den Wahlprogrammen vieles über nachhaltige Entwicklung steht. Was fehlt, ist eine politische Strategie für nachhaltige Entwicklung für einen längeren Zeitraum.“ (Herbert Brückner, Bremen)

Der wunde Punkt liegt offensichtlich im Bereich der Umsetzung der mühsam erarbeiteten Visionen und Projektideen. Vieles scheitert an der mangelnden Finanzierung oder/und an fehlender politischer Unterstützung. Die Lokale Agenda hat es nicht geschafft, ihr Anliegen mit den großen Themen der Kommunalfinanzen zu verbinden. Für die mangelnde Unterstützung durch den Gemeinderat gibt es vor allem einen Grund: Die Räte fürchten die Konkurrenz. Denn bis zum Auftauchen der Agenda-Idee war es das alleinige Terrain der Gemeinderäte, sich über die Zukunft ihrer Gemeinde die Köpfe heiß zu reden und damit Wahlkämpfe zu führen.

4. Was bedeutet eigentlich „sustainable development“?

Die vage Definition, die der Begriff „sustainable development“ durch den Bericht *Our common future* erhielt, liefert bis heute – wie Eick von Ruschkowski in seinem Beitrag für die Beilage *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 31-32/2002) berichtet – „großen Interpretationsspielraum dafür, was nachhaltige Entwicklung eigentlich ist“. So wurden bereits 1997 über 70 unterschiedliche Definitionen in der wissenschaftlichen Literatur gezählt! Das „Konstrukt Nachhaltigkeit“ stelle sich somit als schwierig zu beschreiben und zu vermitteln dar. Das am weitesten verbreitete Verständnis werde als „Nachhaltigkeitsdreieck“ bezeichnet: „Es erkennt die Interdependenz sozialer, ökonomischer und ökologischer Fragen an und hat zum Ziel, diese Aspekte gemeinsam in die politische Entscheidungsfin-

dung zu integrieren. Hierbei sind sowohl intragenerationelle (Verteilungsgerechtigkeit, Nord-Süd-Konflikt) als auch intergenerationelle (zukünftige Generationen) Aspekte zu berücksichtigen. Es handelt sich somit um einen langfristigen und übergreifenden Politikansatz.“

Für die meisten Lokalen Agenda-Prozesse hatte dieser offene Politikansatz eine unerwartete Konsequenz: Alles politisch Wünschenswerte kann unter „Nachhaltige Entwicklung“ fallen. Daher finden sich in den umfangreichen Zielkatalogen auch widersprüchliche Forderungen. Man kann und will sich nicht auf eine Prioritätensetzung verständigen.

5. Die Lokale Agenda kann nur mit landes-, bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen erfolgreich sein!

Immer wieder stoßen Lokale Agenda-Prozesse deswegen an ihre Grenzen, weil sie nur mit konsequenter Unterstützung durch Land, Bund und EU erfolgreich sein können. Zugespielt kann man sagen: Solange der Bundeskanzler nur im Vorwort zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung von einem Weg schreibt, „den wir gemeinsam einschlagen wollen“, in seiner Agenda 2010, „dem Weg zur strukturellen Modernisierung Deutschlands“, die Nachhaltigkeit aber weder begrifflich noch inhaltlich auftaucht, werden alle Lokalen Agenda-Aktivitäten in Deutschland im „luftleeren Raum“ angebunden sein. Eine Verwechslung des Agenda-2010-Programms mit der Lokalen Agenda-21-Arbeit ist zudem leider an der Tagesordnung. Die Bundesregierung hat es versäumt, durch ihre Nachhaltigkeitsstrategie eine Aufforderung zum Handeln auf kommunaler Ebene auszulösen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist den Kommunen immer noch weitgehend unbekannt!

Auch der Deutsche Städtetag hat sich mit seinem neuen Leitbild der „Stadt der Zukunft“ nicht besonders vorbildlich gezeigt. Nachhaltige Entwicklung ist dort keineswegs – wie man eigentlich inzwischen erwarten dürfte – als wichtigstes der Ziele der Stadtpolitik zu finden. Man muss schon ein wenig blättern, bis man unter „2.2. Grundversorgung sichern/Dienstleistungen verbessern“ den 11. (!) Unterpunkt „Nachhaltige Stadtentwicklung und Urbanität als Voraussetzungen für Lebensqualität in lebendigen Städten stärken“ findet und hier den wenig erhellenden Satz: „Nachhaltige Stadtentwicklung erfordert somit ganzheitliche Betrachtungsweisen statt einer immer weiteren Perfektionierung von Fachbelangen.“

9:30 6. Erhält die Lokale Agenda durch die Johannesburg-
10:30 Konferenz einen weiteren Schub?
10:40
11:00 Unter dem Motto „Lokales Handeln bringt die Welt vo-
11:30 ran“ („Local Action Moves the World“) trafen sich im
► 12:00 August 2002 parallel zu dem UN-Gipfel der Regierungen
13:30 über 600 BürgermeisterInnen und Mitglieder kommunaler
14:45 Vertretungen aus allen Teilen der Erde ebenfalls in
15:00 Johannesburg. Diese beachtliche Zahl lokaler Akteure
15:40 (1992 in Rio waren es noch 30!) war auf Einladung des
17:00 International Council of Local Environmental Initiatives
17:30 (ICLEI) zusammengekommen. Ich selbst nahm einerseits
als Mitglied der offiziellen Delegation der Bundesrepublik
Deutschland und andererseits als Mitglied des Exekutiv-
komitees von ICLEI an dieser hochinteressanten Konfe-
renz teil. Die VertreterInnen von Städten aus allen Konti-
nenten stellten den Regierungs- und UN-VertreterInnen
ihre lokalen Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung
vor. Dabei wurden die Kraft, Kreativität und die Erfolge
der unzähligen Menschen und Organisationen in den
Städten sehr deutlich. Der Austausch von erfolgreichen
Erfahrungen und beispielhaften Projekten gab der nach-
haltigen Entwicklung eine neue Dynamik. Zu sehen,
dass zum Beispiel in Japan, in Ägypten, Kenia, USA oder
Australien auf kommunaler Ebene Nachahmenswertes
geschieht, gibt auch dem eigenen Tun die globale Bedeu-
tung, die es verdient.

Die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien muss drin-
gend mit den Lokalen Agenda-Prozessen koordiniert wer-
den. Wesentliche Scharnierstellen sind dafür die Landes-
Agenda-Büros und das bundesweite Agenda-Transfer-Büro.
Für dieses Büro soll jetzt die dreijährige Projektfinanzie-
rung auslaufen. Eine solche Entscheidung wäre ein kata-
strophales politisches Signal!

7. Heidelbergs Weg zur Lokalen Agenda

Im Februar 1997 verabschiedete der Gemeinderat den
Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (STEP). Er steckt
den umfassenden und integrativen Handlungsrahmen für
die Politik des Gemeinderats und der Stadtverwaltung
ab und ist Heidelbergs Lokale Agenda. Sein Kern ist das
Bekenntnis zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die
den Auftrag der Agenda 21 der Rio-Konferenz erfüllt.
Der STEP ist das Ergebnis einer intensiv geführten öffent-
lichen Debatte über die Zukunft Heidelbergs, die unter
dem Motto „Verantwortung für die Zukunft“ stand.

Ebenfalls im Jahr 1997 legte das ifeu-Institut im Auftrag
der Stadt Heidelberg den Bericht *Nachhaltiges Heidelberg*
vor. Er enthält eine Darstellung und Bewertung der bis
dahin durchgeführten und gestarteten Aktivitäten der
Stadt Heidelberg im Bereich der Lokalen Agenda:

- Unterzeichnung der Charta von Aalborg
(Gemeinderatsbeschluss vom November 1994)
- Bürgernähe und Bürgerbeteiligung als Leitmotiv kom-
munalen Handelns (Einrichtung von Bürgerämtern,
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Stadtteil-
rahmenpläne und Zukunftswerkstätten für Frauen in
allen Stadtteilen etc.)
- Kommunalen Klimaschutz: Unterzeichnung der
„Heidelberg-Deklaration“, in der sich mehr als 20
Städte dazu verpflichten, die CO₂-Emission bis zum
Jahr 2005 um 20 % gegenüber dem Wert von 1987 zu
reduzieren.
- Verkehrsentwicklungsplan: Bürgerbeteiligung im
Rahmen des Verkehrsforums, Förderung eines
umwelt- und stadtverträglichen Verkehrs.
- Tourismusleitbild: Ziel ist ein sozial- und umweltver-
träglicher Tourismus, der gleichzeitig der hohen
wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für
die Stadt Rechnung trägt.
- Zahlreiche Projekte, u. a. in den Bereichen Wirtschaft,
kommunaler Klimaschutz, Energie, Umwelt, Natur-
schutz, Gesunde Ernährung.

Für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Lokalen
Agenda in Heidelberg empfiehlt der Bericht eine bessere
Vernetzung laufender Vorhaben und Projekte, eine um-
fassende Information der BürgerInnen über Ziele und
Inhalte der Lokalen Agenda sowie einen stärkeren Ausbau
des Bereichs der kommunalen Entwicklungszusammen-
arbeit.

8. Die Lokale Agenda muss Chefsache sein!

Vor diesem Hintergrund haben wir im Jahr 1999 das
Agenda-Büro eingerichtet. Es ist seither an der Verwirk-
lichung der im Stadtentwicklungsplan formulierten Ziele
maßgeblich beteiligt. Seine Aufgaben reichen von der
Vernetzung unterschiedlicher Aktivitäten und Akteure

über die Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda und die Mitwirkung bei wichtigen kommunalen Planungen bis hin zur Initiierung, Steuerung und auch der praktischen Durchführung konkreter Projekte. Das Büro ist sehr bewusst direkt in meinem Referat angesiedelt. Unsere Erfahrung in Heidelberg zeigt: Lokale Agenda muss Chefsache sein! Nur wenn sich die Verwaltungsspitze offensiv zu dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bekennt, kann dem Querschnittscharakter dieser großen Aufgabe Rechnung getragen werden und nur dann erhalten die Akteure in den einzelnen Arbeitsfeldern die dringend notwendige „moralische“ und politische Unterstützung.

Auch in anderen Städten hat sich gezeigt: Die Arbeit der Büros funktioniert nur dann zufrieden stellend, wenn der Lokale Agenda-Prozess zur Chefsache erklärt wird und auch eine entsprechende Eingliederung innerhalb der Verwaltung erfährt. Wenn das nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass die Lokale Agenda zum „Nischenthema“ wird. Ein breiter und dauerhafter Veränderungsprozess in Richtung nachhaltiger Kommunalentwicklung ist dann nicht mehr zu erwarten. Richtig platziert sind diese Anlaufstellen ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Engagement der Einrichtungen und BürgerInnen und der Verwaltung und Politik. Durch die aktive und konstruktive Mitarbeit der Verwaltung in den Arbeits- und Projektgruppen wird das Engagement der BürgerInnen unterstützt und es entsteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies ist auch ein wichtiger Schritt zu einer größeren Bürger- und Kundenorientierung in der Verwaltung.

Darüber hinaus müssen Verwaltung und Politik natürlich auch eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Dazu gehört, dass im eigenen Verantwortungsbereich entsprechende Initiativen zur Ressourcenschonung und -einsparung ergriffen werden. So haben wir in Heidelberg bei unseren eigenen Liegenschaften in den Bereichen Energiemanagement, Abfallmanagement und Beschaffungswesen in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielen können.

Ich freue mich, dass dieses Thema auch bei den Bundesbauten im Spreebogen in Berlin berücksichtigt wurde. Die beiden Blockheizkraftwerke für die Bundesbauten verbrennen ausschließlich Pflanzenöl und es wurde eine 300 Quadratmeter große Solaranlage mit einem großen Solespeicher errichtet. Nur wenn wir selbst in unseren eigenen Zuständigkeitsbereichen glaubhaft einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, werden auch die Bürgerinnen und Bürger sowie nichtstaatliche Institutionen zu entsprechenden Aktivitäten bereit sein.

9. Neues Bewusstsein schaffen – eine Bildungsaufgabe

Für eine nachhaltige Entwicklung ist ein umfassender Bewusstseinswandel erforderlich. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe eines Agenda-Prozesses, bei den Bürgern und Bürgerinnen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schaffen. In den verschiedenen kommunalen Bildungseinrichtungen sollten hierzu ständige Angebote gemacht werden. Eine nachhaltige Bildung als dauerhafte Pflichtaufgabe muss in den Kindergärten beginnen und sich über die Schulen bis zu den Universitäten und Volkshochschulen fortsetzen. Gerade Kinder und Schüler sind bei entsprechenden Vorhaben und Projekten mit viel Begeisterung dabei. So veranstalteten wir in Heidelberg unter dem Motto „Schule für die Zukunft – Nachhaltiges Lernen in der Praxis“ im Oktober 2001 eine Fachtagung *Lokale Agenda 21 & Schule*. Ziel war es, Lehrerinnen und Lehrer an Heidelberger Schulen über Inhalte der Agenda 21 zu informieren und das Thema stärker an den Heidelberger Schulen zu verankern. Die mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Schularten erhielten hier vielfältige Anregungen, wie Themenfelder der Agenda 21 projektbezogen und fächerübergreifend in den regulären Unterricht einbezogen werden können.

Außerdem fand in diesem Jahr an einer Heidelberger Grundschule ein groß angelegter Aktionstag zum Thema „Kinder und Verkehr“ statt, der von den Lehrern und Lehrerinnen im Unterricht vor- und nachbereitet, mit Unterstützung zahlreicher Akteure (von der Elterninitiative und Vereinen über unsere Verkehrsbetriebe bis hin zur Polizeidirektion) durchgeführt und schließlich von einer entsprechenden Elternarbeit begleitet wurde. Dabei ist es gelungen, einen Umdenkungsprozess in Gang zu setzen, der allen Beteiligten veranschaulichte, dass es das verkehrssichere Kind nicht geben kann, sondern dass der Verkehr sich stärker an den Bedürfnissen der Kinder orientieren muss. Auch wurde deutlich, dass alle durch ihr eigenes Verhalten – insbesondere durch ihre eigene Verkehrsmittelwahl – einen Beitrag zur sicheren und selbstständigen Mobilität von Kindern leisten können und müssen.

Es ist eine sehr wichtige Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeit zu einem festen und selbstverständlichen Bestandteil des Unterrichts in den Schulen wird. Was für die Schulen gilt, muss aber auch für die Hochschulen und Universitäten zur Selbstverständlichkeit werden. Wie wäre es denn zum Beispiel mit einer verpflichtenden Nachhaltigkeitsprüfung für alle öffentlich geförderten Forschungsvorhaben?

9:30 10. Bürgerbeteiligung – die entscheidende Voraussetzung
10:30 für jeden erfolgreichen Lokalen Agenda-Prozess!

10:40

11:00 Die Bürgerbeteiligung bildet den entscheidenden Stütz-
11:30 pfeiler der Lokalen Agenda 21. Dabei geht es nicht da-
► 12:00 rum, ein Konkurrenzsystem zu den vorhandenen demo-
13:30 kratischen Gremien aufzubauen. Vielmehr geht es immer
14:45 um eine gezielte und zeitlich befristete Mitsprache bei
15:00 bestimmten Themen und Projekten sowie um das Mit-
15:40 machen bei der Umsetzung so vereinbarter Ziele. Nur wer
17:00 gefragt wurde, kann Verbesserungsvorschläge einbringen
17:30 und bei der harten Umsetzungsarbeit mitmachen, und
nur wer mitmacht, kann beobachten und nachvollziehen,
was aus seinen Anregungen geworden ist.

Die heute bereits in vielen Kommunen eingerichteten
Agenda-Lenkungskreise, Agenda-Foren oder Agenda-Bei-
räte könnten in abgewandelter Form zu Gremien werden,
die die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung be-
gleiten und fördern. Dabei zeigen die Erfahrungen nicht
nur in Heidelberg, dass es sinnvoll ist, einem solchen
Gremium

- thematische Schwerpunkte zu setzen;
- eine konkrete Aufgabe zu geben;
- ein zeitlich überschaubares Engagement anzubieten.

Damit kann vermieden werden, dass durch eine zu weit
gefasste Themenstellung die Diskussionen sehr allgemein
und abstrakt werden. Gleichzeitig fördert ein zeitlich
begrenztes Engagement die Bereitschaft, aktiv in einem
solchen Gremium mitzuwirken. Eine allgemeine Erfah-
rung, die für viele Bereiche des Bürgerschaftlichen
Engagements gilt.

Vor diesem Hintergrund hat Heidelberg die ursprüngliche
Idee eines thematisch breit angelegten Zukunftsrats in
ein Forum „Nachhaltiges Heidelberg – Stadt der Zukunft“
umgewandelt. Geplant sind eine Reihe solcher Foren mit
periodisch wechselnden Schwerpunktthemen. Die Foren
sollen zeitlich auf ein bis zwei Jahre befristet sein und
sich mit Themen befassen, die für die Zukunft unserer
Stadt wichtig sind. Sie werden von der Oberbürgermeiste-
rin einberufen. Das erste Zukunftsforum beschäftigte sich
von Dezember 2001 bis November 2002 mit dem Thema
„Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement“.

11. Zukunftsforum Wirtschaft und Bürgerschaftliches
Engagement

Ziel des ersten Zukunftsforums war es, eine kreative Dis-
kussion in Gang zu setzen, wie neue Formen der Zusam-
menarbeit von Wirtschaft und bürgerschaftlich engagier-
ten Gruppen aussehen können. Die Begriffe „Corporate
Citizenship“ und „Corporate Social Responsibility“
umschreiben diesen Ansatz. Zahlreiche Projekte und
Aktivitäten sind aus diesem Forum entstanden. Ein Bei-
spiel ist die im Aufbau befindliche Koordinationsstelle
Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement. Diese
von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünschte
Schnittstelle soll Unternehmen, die sich engagieren wol-
len, mit geeigneten gemeinnützigen Organisationen
zusammenbringen und zentrale Anlaufstelle für das
Thema sein.

12. Zukunftswerkstätten für Frauen

Die Zukunftswerkstätten wurden im Zusammenhang mit
der Stadtteilrahmenplanung als gesondertes Beteiligungs-
verfahren von Frauen unter Federführung des Amtes für
Gleichstellung in allen Stadtteilen durchgeführt. Zukunfts-
werkstätten bieten genügend Zeit, um Alltagsbelange, die
häufig in ihrer Bedeutung herabgewürdigt und als unpo-
litisch dargestellt werden, ernsthaft zu untersuchen. Man
kann sich dort kritisch mit den eigenen Lebenszusam-
menhängen auseinander setzen und die Voraussetzungen
für das eigene Wohlbefinden im Stadtteil erkunden.
Persönliche Interessen können unzensiert zum Ausdruck
gebracht werden.

Direkt umsetzen ließen sich Einzelmaßnahmen zur
Erleichterung des Radverkehrs und zur Erhöhung des
Sicherheitsempfindens im Stadtteil. Viele in der Veranstal-
tung erkannte Mängel wurden von den TeilnehmerInnen
in eigener Initiative angegangen. So verdanken wir dieser
Beteiligungsform zwei neue Wochenmärkte und eine
starke Unterstützung regionaler Produktvermarktung
durch gezieltes persönliches Engagement; ebenso stadt-
teilbezogene Initiativen zur Rückgewinnung von Ver-
kehrs- und Parkflächen als Orte für Kinder und Familien.
Eine besondere Bedeutung kommt der engagierten Bele-
bung des stadtteilbezogenen kulturellen und sozialen
Engagements zu. Von der eigenen Stadtteilzeitung, Stadt-
teilführern und Infobrettern über neue Volkshochschul-
kurse sowie Bücherbushaltestellen vor Ort bis hin zu

wiederkehrenden, selbst organisierten Kulturwochen und kompakten Veranstaltungsangeboten für einen generationsübergreifenden Stadtteiltreff haben sich eine Fülle von Initiativen entfaltet, die Ernst machen mit dem Ziel: Mehr Lebensqualität, Lebendigkeit und soziale Integration bei kurzen Wegen.

13. Vom Tun zum Verstehen: Konzentration auf konkrete Projekte

Mit der Entscheidung, Agenda-Arbeit vor allem auf konkrete Projekte aufzubauen, hat Heidelberg gute Erfahrungen gemacht. Insgesamt laufen in Heidelberg derzeit etwa 40 Agenda-Projekte. Daran beteiligen sich weit über 100 verschiedene Akteure vom multinationalen Konzern bis zur Bürgerinitiative. Dabei erfüllt die Projektarbeit viele Funktionen:

- Die Beteiligung unterschiedlicher Partner fördert die Vernetzung und Zusammenarbeit. Zusammen Arbeiten verbindet bekanntlich mehr als „nur“ Reden. Unsere Erfahrung zeigt, dass so Verbindungen entstehen, die weit über die konkrete Projektarbeit hinaus sehr konstruktiv und tragfähig sind.
- Die Projekte tragen wesentlich zur Umsetzung der Lokalen Agenda bei. Selbstverständlich achten wir bei den Projektinhalten darauf, dass gleichermaßen soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte ausreichend berücksichtigt werden.
- Durch die Projekte werden die Ziele der Lokalen Agenda für die Beteiligten konkreter. Es ist nicht leicht zu vermitteln, was „Agenda“ ist, und letztlich muss auch jede und jeder Einzelne die für sein oder ihr Aufgabenfeld passende Definition finden – eine Erfahrung, die sich oft aus der Projektarbeit ergibt und dann auch in die alltägliche Arbeit der Projektpartner einfließt. Anders ausgedrückt: Wer einmal verstanden hat, worum es geht, kann gar nicht verhindern, dass er oder sie im Alltagsgeschäft – mal eher belustigt, mal ernsthaft – immer wieder über die Frage stolpert: „Ist das jetzt nachhaltig?“
- Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Projekte führt dazu, dass mehr Menschen erfahren, was mit Lokaler Agenda gemeint ist: Grundvoraussetzung dafür, sich selbst in die Lokale Agenda einzubringen.

14. Die lokale Wirtschaft als wichtiger Partner

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass eine direkte Ansprache durch die Kommune und die Kooperation durch konkrete Projekte die beste Möglichkeit bildet, die lokalen Unternehmen und Betriebe als wichtige Gruppe in den Agenda-Prozess einzubinden. In Projekten wie „Maler und Umwelt“ oder „Friseur und Umwelt“ ist es uns dabei schon früh gelungen, ein umweltorientiertes Betriebsmanagement zu unterstützen und dabei ökonomische und ökologische Erfolge miteinander zu verbinden. Besonders anschaulich wird dies bei unserem Projekt „Nachhaltiges Wirtschaften für kleine und mittlere Unternehmen“. In bisher zwei Durchgängen haben sich schon mehr als 20 Heidelberger Betriebe aus den unterschiedlichsten Branchen an diesem Projekt beteiligt. Mit Unterstützung der Stadt entwickelten sie eine Unternehmenskultur, die ökonomischen Erfolg, umweltfreundliche Produktion und soziale Verantwortung als gleichberechtigte Säulen des Wirtschaftens betrachtet. Die Erfolge des Projekts können sich sehen lassen. So betragen die Einsparungen der Betriebe jährlich mehr als 100.000 Euro und der Umwelt bleiben rund 150 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen erspart.

15. Nachhaltigkeit als ständiger Begleiter

Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen die Impulse der Lokalen Agenda 21 kontinuierlich in die entsprechenden Planungen der Kommune eingehen. Heidelberg hat daher seinen Stadtentwicklungsplan (STEP) als Lokale Agenda erarbeitet und beschlossen.

Zur Zeit entwickeln wir in Heidelberg ein neues Konzept, wie alle wichtigen Maßnahmen der Stadt zukünftig auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden können. Das bedeutet im ersten Schritt, dass Beschlussvorlagen von den federführenden Ämtern und Dezernaten anhand der Ziele des Stadtentwicklungsplanes beurteilt werden. Unser Ziel ist, einen raschen Überblick über die Nachhaltigkeit der geplanten Maßnahmen zu geben und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Hierbei ist wichtig, dass die vorgenommene Einschätzung von den am Projekt Beteiligten selbst vorgenommen wird. So wird das Entstehen eines Bewusstseins für Nachhaltigkeit in den Köpfen der Akteure in Politik und Verwaltung gefördert.

9:30 In einem zweiten Schritt möchten wir auch für Heidel-
10:30 berg ein Indikatorensystem entwickeln, also ein Instru-
10:40 ment, welches es uns erlaubt zu überprüfen, ob die einge-
11:00 leiteten Maßnahmen auch tatsächlich zu einer Nachhalti-
11:30 gen Entwicklung beigetragen haben. In einer Publikation
► 12:00 der bundesweiten Servicestelle agenda-transfer war
13:30 unlängst zu lesen, dass solche „Nachhaltigkeitsmatrizen“
14:45 die politische Diskussion um eine zielgerichtete Beschluss-
15:00 fassung zugunsten der Nachhaltigkeit fördern und die
15:40 praktischen Folgen für die Bevölkerung nachvollziehbar
17:00 machen. Bisher war allerdings die auf Landes- und
17:30 Kommunalebene geführte Indikatorendiskussion zu zer-
splittert. Es bestand allmählich die Gefahr, bald genauso
viele Indikatorensysteme zu haben wie einzelne Indika-
toren. Inzwischen bietet agenda-transfer ein bundesweit
einheitliches Indikatorensystem zur Lokalen Agenda an.
Ob dadurch ein gemeinsamer Rahmen geschaffen wer-
den kann oder ob die sehr unterschiedlichen kommunalen
Gegebenheiten dies gar nicht ermöglichen, wird sich
erst in der praktischen Anwendung und Umsetzung zei-
gen. Fast noch wichtiger wäre es meines Erachtens, auf
der bundespolitischen Ebene selbst beispielgebend zu
sein: Warum gibt es keine Nachhaltigkeitsprüfung von
Beschlussvorlagen für den Deutschen Bundestag?

16. Nicht nur mit Geld wirtschaften

Ein Kernproblem auch im 21. Jahrhundert ist, dass das
Entwicklungsmodell der reichen Industriestaaten nicht
global auf andere Länder übertragen werden kann. Dies
wird in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
zwar anerkannt, aber im Hinblick auf das Wachstumsziel
nicht kritisch thematisiert. In der Heidelberger Erklärung
der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) zur
Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nach-
haltigkeitsstrategie haben wir deutlich gemacht, dass
ganz dringend über eine neue, vorsorgeorientierte Kon-
zeption von Wirtschaften und über eine Neubewertung
wirtschaftlichen Erfolgs nachzudenken ist. Dabei müssen
auch umfassendere Ansätze der Bewertung gesellschaft-
licher Aktivitäten berücksichtigt werden. Obwohl uns
allen bewusst ist, dass wir tagtäglich weitaus knappere
Güter als Geld verbrauchen, führen wir nur über den
Geldverbrauch ordentlich Buch und streiten wir uns nur
in diesem Punkt intensiv über den sachgerechten Einsatz
der Ressourcen.

Seit einigen Jahren deuten wissenschaftliche Studien da-
rauf hin, dass in den Industrie- und erst recht in den so

genannten Entwicklungsländern Wirtschaftswachstum
nicht notwendigerweise zu mehr Lebensqualität führt.
Eine moderne Nachhaltigkeitspolitik muss sich dem Pro-
blem stellen, dass das Wirtschaften nicht nur Probleme
löst, sondern auch neue schafft. Anstelle des Indikators
Wirtschaftswachstum muss zukünftig der Faktor der
Lebensqualität eingesetzt werden, um Gesellschaften hin-
sichtlich ihres Fortschrittes zu bewerten. In Heidelberg
versuchen wir dieses Thema im Kleinen anzugehen,
indem wir ein „haushälterisches Bodenmanagement“
betreiben. Ich würde mir wünschen, dass wir künftig
auch ernsthafte und kontroverse Haushaltsdebatten in
den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen
Parlament zum Verbrauch natürlicher Ressourcen führen.
Eine rot-grüne Bundesregierung sollte hier sowohl mit
gutem Beispiel vorangehen als auch ihren Einfluss gel-
tend machen. Wir in Heidelberg machen gerne mit.

17. Die Lokale Agenda braucht die Vernetzung unter- schiedlicher Politikebenen

Natürlich brauchen wir auch auf nationaler Ebene eine
enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen
Kommunal-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.
Die Agenda-Büros auf Länderebene spielen hier eine
wichtige Rolle, ebenso wie die bundesweite Servicestelle
agenda-transfer. Ohne dass das Thema Nachhaltigkeit auf
Bundesebene an Stellenwert gewinnt, kann es auf kom-
munaler Ebene nicht dauerhaft seinen angemessenen
Platz auf der politischen Agenda einnehmen!

18. Die Lokale Agenda muss mündgerechter werden, um in aller Munde zu sein

Man hört immer wieder die Klage, dass das Interesse der
Bevölkerung am Agenda-Prozess nicht sehr ausgeprägt
sei, was gerade bei kleineren Gemeinden häufig zu
Frustration führt. In einem bundesweiten Forschungsvor-
haben des Umweltbundesamtes wurde die spezifische
Rolle der Lokalen Agenda 21 im Wirkungsgefüge kommu-
naler Planungs- und Steuerungsinstrumente untersucht.
Da dessen Ergebnisse die Stimmung vor Ort recht gut
widerspiegeln, möchte ich die zentralen Aussagen zitie-
ren: „Sowohl die Befragung als auch das Expertenge-
spräch ergaben, dass die Lokale Agenda 21 zwar allmäh-
liche Veränderungsprozesse bei den Beteiligten anstößt,
aber keine direkte Steuerungswirkung im Sinne der Defi-
nition übernimmt. Handlungsprogramme und Leitlinien,

die aus der Lokalen Agenda 21 erarbeitet wurden, spielen in den politischen Gremien und zum Teil auch bei der Verwaltungsleitung, insbesondere in größeren Kommunen, eine zu geringe Rolle. Allerdings ist der Anspruch der Steuerung auch sehr hoch: Umweltschutz und Nachhaltigkeitsziele können nur in dem Maße eine wesentliche Rolle in der politischen Entscheidungsfindung spielen, wie sie von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.“

Leider gelingt es uns nur schwer, das hehre Ziel der Nachhaltigkeit in den (politischen) Alltag zu übersetzen. Versuchen Sie doch mal, in einem Satz zu erklären, was Lokale Agenda ist!

Auch die Medien tun sich schwer mit der Nachhaltigkeit. Um hier wirklich weiterzukommen, brauchen wir eine bundesweit abgestimmte, professionelle Kommunikationsstrategie, die auf ganz einfache und jedem verständliche Weise deutlich macht, worum es bei diesem abstrakten Begriff der Nachhaltigkeit eigentlich geht. Ein Automobilkonzern setzt in seiner Werbung auf den „Verkauf“ von Freiheit und Familienglück. Was hat die Agenda 21 zu verkaufen und wann werden aus den ersten bereits vorhandenen Kinospots in Großstädten bundesweite Werbekampagnen der Bundesministerien?

19. Die Lokale Agenda muss professionell gemanagt werden

Neben der professionellen Kommunikation braucht die Agenda 21 natürlich auch ein professionelles Management. Die ehrenamtlich am Agenda-Prozess Beteiligten stellen häufig sehr hohe Erwartungen an sich selbst und an andere. Vielfach wird die Arbeit aus dem Wunsch nach Engagement heraus begonnen, die nach und nach auftretenden Hürden führen dann aber schnell zu Resignation.

Um Hindernisse zu überwinden, Enttäuschungen hinzunehmen und neue Wege der Durchsetzung von Zielen zu finden, bedarf es eines langen Atems und einer professionellen Arbeitsweise. Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Zielen und bei deren Umsetzung darf nicht mit Delegation der Steuerungsverantwortung verwechselt werden. Nur wenn diese Rolle wahrgenommen wird, können Bürger, Einrichtungen, Unternehmen und sonstige Gruppen auf Dauer motiviert werden, sich am Agenda-Prozess zu beteiligen. Doch professionelles Management

kostet Geld. Und Nachhaltigkeitsmanagement darf nicht an der Finanznot der öffentlichen Kassen scheitern! Die anteilige Unterstützung von Bundes- und Landesregierung bei der Bewältigung dieser Aufgabe wäre ein wichtiges Signal an die Kommunen, hier nicht an der falschen Stelle zu sparen.

20. Die Lokale Agenda muss die Menschen da abholen, wo sie sind

Die Agenda 21 muss mehr sein als ein Feld für anspruchsvolle Debatten problembewusster und zukunftsorientierter Minderheiten. Wer die Menschen wirklich erreichen will, muss sie da abholen, wo sie sind. Deshalb ist es auch richtig, dass auf kommunaler Ebene die Themenstellung je nach Erdteil, Land oder Region sehr stark variiert. Ob es nun in erster Linie um die Ressource Wasser oder um das in deutschen Städten oft dominante Thema Verkehr geht, entscheidend ist, dass den Beteiligten die globale Bedeutung bewusst und die gemeinsame Verantwortung für unsere Zukunft spürbar wird. Für die Bundesebene bedeutet dies meines Erachtens, dass bei vielen Themen das aus individueller Perspektive vorhandene Problembewusstsein genutzt werden sollte, um die Ziele einer nachhaltigen Politik zu verdeutlichen und die sich daraus ableitenden Notwendigkeiten der Verhaltensänderung zu kommunizieren. Ein einfaches Beispiel dafür: In der Debatte um die Gesundheitsreform wird zwar viel um Geld gestritten, der Zusammenhang zu Themen wie Umweltbelastung, Ernährung, ökologische Landwirtschaft oder Mobilität wird leider völlig aus den Augen verloren.

21. Fazit

Die Lokale Agenda ist weit mehr als nur eine Episode! Trotz aller Probleme bei der Umsetzung lässt sich festhalten, dass es nach wie vor das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen gibt. Klar, manche tun mehr, andere weniger – und man lässt das zarte Pflänzchen der Nachhaltigkeit auch mal vertrocknen. Aber daran ist nicht das Wetter schuld. Alle politisch Verantwortlichen haben die Möglichkeiten, das Pflänzchen der Nachhaltigkeit zu einem stolzen Baum heranreifen zu lassen. Nicht indem wir daran ziehen, sondern indem wir ihm genügend Wasser und Pflege zukommen lassen. Das Wasser sind die finanziellen und personellen Ressourcen, die Pflege die politische und öffentliche Aufmerksamkeit.

9:30 Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21
 10:30 lässt sich nur dann erreichen, wenn es uns dauerhaft und
 10:40 überzeugend gelingt, deutlich zu machen, dass eine
 11:00 nachhaltige Lebensweise sowohl die persönlichen Frei-
 11:30 heiten wahrt als auch mit wirtschaftlichem Erfolg einher-
 ► 12:00 geht. Allerdings denke ich auch, dass unsere Gesellschaft
 13:30 in der Lage sein sollte, mit gewissen Einschränkungen
 14:45 umzugehen. Das Wachstum unseres Wohlstandes ist an
 15:00 seine Grenzen gekommen. Nun heißt es, mit dem, was
 15:40 wir haben, sorgsamer als bisher umzugehen. Wenn ich
 17:00 also von Einschränkungen spreche, denke ich ausdrück-
 17:30 lich nicht nur an finanzielle Einsparungen, wie sie mo-
 mentan überall diskutiert werden. Ich denke dabei eher
 an Einschränkungen, die mehr eine Veränderung alter
 Gewohnheiten bedeuten.

Lassen Sie mich dazu zum Abschluss ein paar Beispiele nennen, die sich unmittelbar auf den Alltag der Politikerinnen und Politiker in Berlin und anderswo beziehen:

- Meines Wissens ist es beispielsweise bisher leider nicht gelungen, die Kantinen des Bundestages auf regionale und ökologisch angebaute Produkte umzustellen. Die Preise sind unseren Politikern schlicht zu hoch. Dagegen bietet das Dachgarten-Restaurant des Bundestages, welches für Besucher geöffnet ist, eine Reihe Bio-Produkte an.
- Wann haben Sie das letzte Mal einen Bundestagsabgeordneten im Linienbus getroffen? Ist das Angebot vielleicht einfach zu schlecht und das Image zu schmutzdelig? Dann wird es höchste Zeit, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich daran etwas ändert!
- Die Sicht auf die Welt kann sich – wie wir alle wissen – durch einen längeren Aufenthalt in den Ländern der so genannten Dritten Welt stark verändern. Zu spüren, wie das Leben der Menschen in diesen Ländern funktioniert oder eben auch nicht funktioniert, führt sehr schnell zu einer anderen Sicht der Nord-Süd-Problematik. Ein solcher Wechsel der Perspektive wäre sicher auch für die meisten Entscheidungsträger unserer Gesellschaft eine neue, bereichernde Erfahrung: Den normalen Alltag eines Afrikaners kennen zu lernen wäre beispielsweise eine Fortbildungsmaßnahme der besonderen Art!

„In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts breitet sich Ratlosigkeit, oft sogar Endzeitstimmung aus. Wir sind in



der Tat an einem Punkt angelangt, wo es so nicht weitergehen kann. Aber nicht das Ende der Zivilisation, sondern das Ende eines Zeitalters bereitet sich vor. Aus Erfahrungen und Bedrängnis der Vielen werden neue Haltungen und Zielsetzungen geboren.

Eine neue Kultur ist bereits im Werden. Eine human-ökologische Wende, mit Rücksichtnahme auf die Natur auch um ihrer selbst willen, ist die einzige Option für eine Zukunft mit Zukunft. Diese Wende ist machbar. Wir müssen sie nur wollen.

Unsere Kreativität und Phantasie sind gefordert. Die ökologische Wende wird den Weg in ein neues Zeitalter ebnen und die Augen wieder für die Schönheit der Erde und des Lebens öffnen.“

(aus: Toblacher Thesen 1989)

Challenger Forum III: Nachhaltigkeit und die Lokale Agenda:

Statt einer Epoche des bürgerschaftlichen Engagements nur eine Episode von einzelnen Gruppen?

Challenger:

Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg

Diskussionsleitung:

Holger Tschense, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und
Bürgermeister der Stadt Leipzig

Diskussionsteilnehmer aus dem Nachhaltigkeitsrat:

Dr. Angelika Zahrnt

Prof. Dr. Edda Müller

Horst Frank

Prof. Dr. Eberhard Jochem

Einleitend hat Beate Weber ihre Thesen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der Lokalen Agenda erläutert. In seiner Erwiderung unterstützte Ratsmitglied Holger Tschense Webers These, dass die Lokale Agenda und Nachhaltigkeit eine Entwicklung sowohl von oben als auch von unten sein muss. Gute Beispiele aus Heidelberg, aber auch aus Leipzig liefern erste Antworten darauf, wie das Thema in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt werden kann. Politik kann in dieser Hinsicht aber auch von der Wirtschaft lernen. Unternehmen und große Verwaltungen arbeiten längst nach dem System, über das Aufstellen eigener Leitbilder eine so genannte „Corporate Identity“ zu entwickeln, nach der sich Führung wie Mitarbeiter richten. Dieser Ansatz wäre wirkungsvoll auf Politik auf verschiedenen Ebenen zu übertragen und muss von einer integrierten Kommunikationsstrategie begleitet werden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Der Diskussion mit dem Plenum stellte Tschense die Leitfragen voran, wie es in den Kommunen um die Lokalen Agenda-Prozesse steht, wie sie in Zukunft weitergehen und was dafür wichtige Forderungen und Voraussetzungen sind.

Angesichts des enttäuschenden offiziellen Ergebnisses von Johannesburg ist es nach Ansicht von Ratsmitglied

Dr. Angelika Zahrnt besonders wichtig, das gesellschaftliche Engagement für die Lokale Agenda zu stärken, um zu zeigen, dass der Nachhaltigkeitsprozess nicht nur auf offizieller Ebene stattfindet. Um die Lokalen Agenda-Prozesse zu stärken, bedarf es nicht nur einer bundesweiten Kampagne, die das Motto „Global denken, lokal handeln“ mit neuen, dem Engagement der NGOs auf internationaler Ebene entsprechenden Bildern auflädt. Vielmehr muss die Bundesebene für eine Verstärkung dieser Prozesse sorgen. Neben der Bundesregierung müssen auch der Städte- und Gemeindetag und andere Akteure tätig werden, um die Wirksamkeit von Instrumenten wie der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die bei den Kommunen noch gar nicht „angekommen“ ist, obwohl darin relevante Ziele wie etwa die Reduzierung des Flächenverbrauchs festgelegt sind, zu erhöhen. Dies zeigt, dass die genannten positiven Beispiele für funktionierende Agenda-Prozesse nicht ausreichen, um für eine Ausgestaltung der Agenda-Aktivitäten in anderen Städten zu werben. Das viel bemühte Argument leerer öffentlicher und privater Kassen erkennt dabei die Potenziale der Lokalen Agenda. Denn gerade in Zeiten geringer Wachstumsspielräume muss überlegt werden, wie Lebensqualität auf andere Weise erreicht werden kann als durch die zunehmende Anhäufung materiellen Reichtums.

Ein wichtiges Anliegen der heutigen Diskussion sollte die Frage sein, welche Fehler die in Lokalen Agenda-Prozessen Engagierten und insbesondere die „alten“ Umweltschützer machen und warum das Thema bei Jugendlichen nicht ankommt.



Holger Tschense
Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt,
Ordnung und Sport der Stadt Leipzig
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats

9:30 Am Beispiel des Agenda-Prozesses in Köln wurde disku-
10:30 tiert, wie für eine Verstetigung der Aktivitäten und mehr
10:40 Beteiligung geworben werden kann. Vorgeschlagen wur-
11:00 de, diese Beteiligung gesetzlich zu verankern, wie etwa
11:30 im zu novellierenden Bundesbaugesetz. Darüber hinaus
► 12:00 sollte ein Bürgerhaushalt eingeführt werden, um den
13:30 Bürgern größere Einflussnahme zu ermöglichen. Insgesamt scheint in Deutschland die Problematik Bürgerbeteiligung versus Exekutive noch nicht überwunden zu sein.
14:45 Zur Frage der Verknüpfung der unterschiedlichen politischen Ebenen wurde vorgeschlagen, eine Verbindung von kommunalen Investitionsprogrammen zur Lokalen Agenda herzustellen, etwa durch eine entsprechende Konditionierung dieser Programme.

Beate Weber plädierte in ihrer Erwiderung für eine Durchforstung der kommunalen Pflichtaufgaben und der freiwilligen Aufgaben, statt die bisherige Debatte um die Gemeindefinanzreform weiterzuführen. Tatsächlich gehören viele Themen wie Altbausanierung, Energiepolitik auf Stadtebene, präventive Jugendpolitik oder die Einführung von Umweltmanagementsystemen nicht zu den Pflichtaufgaben, während einige der bisherigen Pflichtaufgaben unnötig sind. Eine solche Neuordnung würde Lokale Agenda-Prozesse aus der Abhängigkeit der kommunalen Finanzen führen. Dabei geht es nicht darum, in einem getrennten Aktionsfeld zusätzliche Projekte zu finanzieren, sondern die Kommunalpolitik insgesamt nachhaltig auszurichten. Ferner müssen nach Ansicht Webers die verschiedenen vorhandenen Netzwerke und Initiativen zu sozialen und gesundheitlichen Aspekten der Stadtentwicklung unter dem Oberbegriff der Nachhaltigkeit zusammengeführt werden.

Die Frage der Vereinbarkeit von repräsentativer Demokratie und direkter Bürgerbeteiligung wertete Weber als Debatte, die sowohl lokale wie Bundesebene betrifft. Die Beschwerden über von ihr gewählte „unzulässige Beteiligungsformen“ in Heidelberg sind vergleichbar mit der Debatte zum „Kommissionsunwesen“ bei der Bundesregierung. Hier wird zu Unrecht bestritten, dass die Politik bei der Erarbeitung bestimmter Themen das Recht hat, sich über das Parlament hinaus der Sachkunde von Bürgern und ihren Organisationen zu bedienen. Problematisch ist dabei manchmal allerdings die Verlagerung der Verantwortung beim Umgang mit den Ergebnissen solcher Beratung.

Zur Begeisterungsfähigkeit von Jugendlichen für Nachhaltigkeit berichtete Weber von Aktivitäten in Heidel-

berg, bei denen es sehr wohl gelungen sei, junge Leute zu gewinnen. Sie müssen jedoch mit ihnen adäquaten Veranstaltungsformen angesprochen werden und auch mit Blick auf andere Akteure sei eine jeweils zielgruppenge-rechte Ansprache nötig. Verwiesen wurde in der weiteren Diskussion auf verschiedene Indikatorensysteme, die durch ihre Einfachheit und ihre Verwendung von Bildern und Metaphern auch an Jugendliche leicht zu kommunizieren sind. Darüber hinaus müssen jedoch einfache Modelle und Verfahren entwickelt und genutzt werden, die verschiedenen Zielgruppen, z. B. Jugendlichen, die Beteiligung erleichtern.

In der weiteren Diskussion wurde der Vorschlag, Nachhaltigkeit als kommunale Nachhaltigkeitsstrategie in den kommunalen Pflichtaufgaben zu verankern und das vorgelegte einheitliche Indikatorenset einzuführen, unterstützt. Von den weltweit 6.200 Kommunen mit einem Agenda-Beschluss sind nur noch rund 10 bis 15 % aktiv. Eine bundesweite Kampagne käme nun viel zu spät. Am Beispiel Bayerns wurden solche Möglichkeiten näher diskutiert: Hier wird demnächst eine Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetze eingeführt. Eine Evaluierung der 770 Lokalen Agenda-Prozesse und 100 Aktionsprogramme in Bayern ergab kein rosarotes Bild, da viele Prozesse im Sande verlaufen sind. Ziel sollte deshalb sein, dass bis 2012 alle Kommunen in Deutschland eine Lokale Agenda oder eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln.

An den Nachhaltigkeitsrat wurde die Frage gerichtet, was aus den von der Bundesregierung beschlossenen 21 Nachhaltigkeitsindikatoren geworden ist. Insgesamt ist weder die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie noch der in Johannesburg von den Kommunalvertretern verabschiedete „Plan of Action“ in den Kommunen bekannt. Dr. Agenlika Zahrnt erklärte dazu, dass das Set der 21 Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung in der für 2004 anstehenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie zunächst beibehalten werden wird. Danach plant die Bundesregierung jedoch eine Überarbeitung, um eine Durchgängigkeit von Indikatorensystemen von der internationalen bis zur lokalen Ebene zu gewährleisten.

Ratsmitglied Horst Frank erklärte in seinem Kommentar im Hinblick auf die dem Forum überschriebene Frage, dass Nachhaltigkeit eine Epoche, die Lokale Agenda aber eine Episode ist. Die meisten Prozesse laufen sich leer; in Baden-Württemberg auch wegen mangelnder Unter-

stützung seitens der Landesregierung. Die Lokale Agenda in Konstanz ist in der Verwaltung beim Baudezernat angesiedelt. Mangels Interesse ist eine Bürgerbeteiligung jenseits von konkreten Planungsthemen äußerst schwierig zu gestalten. Auch im Rahmen des Deutschen Städtetages wird das Thema oft nur widerwillig aufgegriffen, sodass zu überlegen ist, es in diesem Rahmen als Zwang für alle Kommunen einzuführen. Von den Ländern und vom Bund ist nicht allzu viel Unterstützung zu erwarten. Stattdessen ist zu überlegen, wie die NGOs nicht nur in der Rolle als Kritiker und Mahner zu beteiligen, sondern auch zur Übernahme von Aufgaben zu bringen sind. In Konstanz tun dies BUND und NABU bereits.

Abschlussdiskussion

Frau Weber machte abschließend noch einige Anmerkungen zu einigen angesprochenen Aspekten. Ein neues Zukunftsinvestitionsprogramm könnte, z. B. mit einem Schwerpunkt Altbausanierung, mit Nachhaltigkeit verbunden werden, indem es mit möglichst einheitlichen und verpflichtenden Kriterien versehen wird.

Kritisiert wurde auch, dass die Frage von Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu wenig thematisiert würde. Dieses Thema ist auf kommunaler Ebene bereits viel stärker verankert als auf Länder- und Bundesebene. In Hessen z. B. sind durch die Streichung von Mitteln für freiwillige kommunale Aufgaben hauptsächlich Umwelt- und Frauenprojekte betroffen. Weber hielt es für dringend notwendig, dass „gender issues“ in die Debatte um Nachhaltigkeit einbezogen werden.



9:30

10:30

10:40

11:00

11:30

12:00

13:30

14:45

15:00

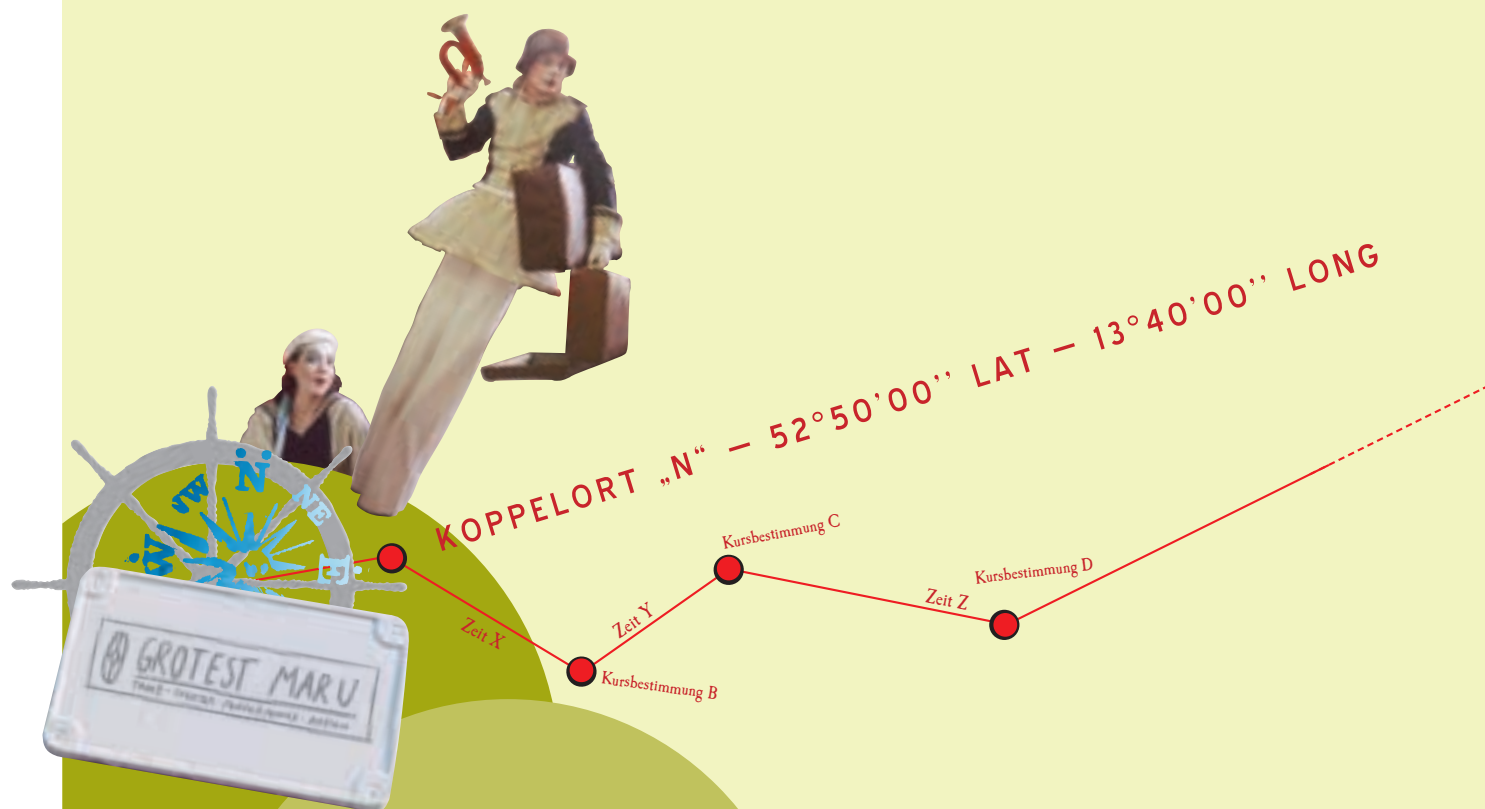
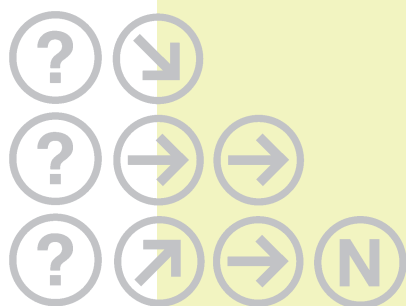
15:40

17:00

17:30

Performance Grotest Maru

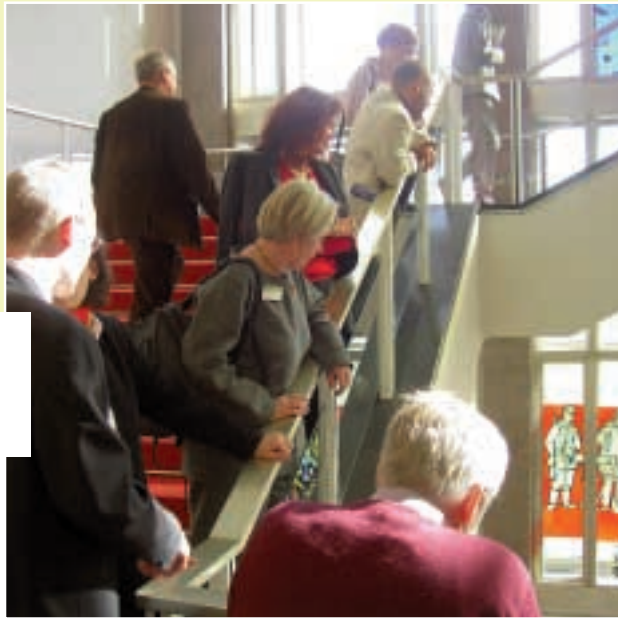
Die Künstlergruppe „Grotest Maru“ hat das Motto des Kongresses beim Wort genommen und die Suche – Kursbestimmung, Selbstbesinnung und Zielfindung – in Szene gesetzt: Wo stehen wir, wohin steuern wir, finden wir den richtigen Weg? Grotest Maru haben mit ihrer Tanz- und Aktionsperformance „KOPPELORT N, 52°50'00" LAT, 13°40'00" LONG“ Begriffe und Bilder aus der Seefahrt aufgegriffen. Der Titel bezeichnet die nautischen Koordinaten Berlins, des Tagungsorts. In einem Matrosenballett inszenierten die Künstler die Suche nach dem richtigen Weg: Alte und neue Positionen wurden ent- und verkoppelt, denkbare Kursrichtungen an- und abgekoppelt und die Kongressteilnehmer aktiv in die Kursbestimmung mit einbezogen.





Erkundungen ►

Kurs



bestimmung „KOPPELORT N“ Grotest Maru



9:30

10:30

10:40

11:00

11:30

12:00

13:30

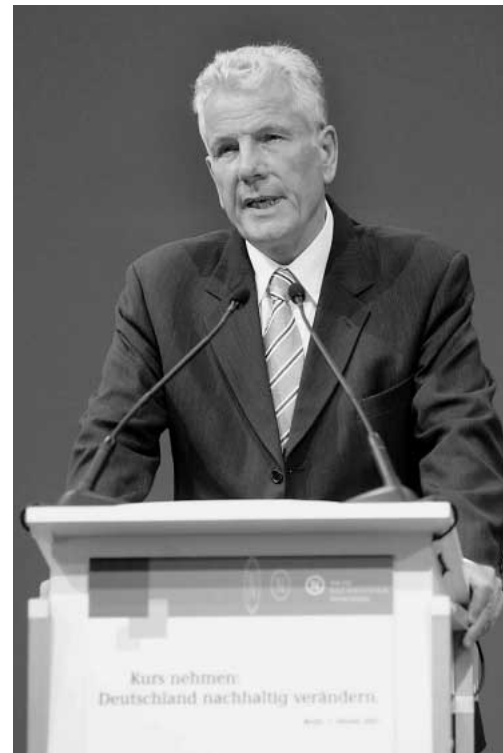
► 14:45

15:00

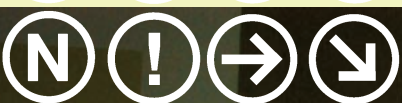
15:40

17:00

17:30



Impulse ►



Nachhaltigkeit als harte Formel für politische Gestaltung

Rede von Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrats, zur Begrüßung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder

Es entspricht einer guten Tradition, dass auf der Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundeskanzler spricht. Auch dieses Jahr, im dritten Jahr unserer Jahrestagung ist er zu uns gekommen. Ein sehr herzliches Willkommen, Herr Bundeskanzler.

Sie haben vor drei Jahren den Rat eingesetzt, vor zwei Jahren entschieden, dass nachhaltige Entwicklung Chef-sache ist und in der Strategie der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Vorwort wörtlich geschrieben: „Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist der rote Faden zu dem Weg ins 21. Jahrhundert.“ Dieses Bekenntnis zu einer strategischen Ausrichtung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik ist ein beachtliches Dokument, auch gemessen an internationalen Beispielen. Eines, das sich sehr sehen lassen kann und das uns mit viel Hoffnung erfüllt hat, insbesondere das Vorwort. Es folgten dann Entwicklungen, die diese Hoffnungen sehr begünstigt haben. Das war auf Seiten der Bundesregierung auch Ihr persönlicher Einsatz in Johannesburg. Das sind die Arbeiten der Bundesregierung auf dem Gebiet der regenerativen Energiequellen und die in die internationale Entwicklung eingebettete Erneuerbare-Energien-Konferenz, die im Frühjahr 2004 hier in der Bundesrepublik stattfinden wird. All dies sind Beispiele, die zeigen, dass tatsächliche nachhaltige Entwicklung ernst genommen wird. In der letzten Zeit aber gab es einige politische Entwicklungen, die den Eindruck aufgedrängt haben, dass dieser Gedanke, dass dieses Leitbild verloren geht.

Um es kurz zu machen: Von der Diskussion über die Energiewirtschaft, über die Energiepolitik bis zur Entfernungspauschale – einem Teil der Agenda 2010 – ist der rote Faden des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung nicht mehr klar zu erkennen.

Ich weiß, dass dies etwas damit zu tun hat, was der britische Premierminister Tony Blair bei der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie in England so formuliert hat:

Wer eine nachhaltige Entwicklung einleiten will, ist mit schmerzhaften Entscheidungen gegenüber berechtigt vorhandenen Interessen konfrontiert. Das ist so.

Wir im Rat werden nach wie vor daran arbeiten, dicke Bretter zu bohren und mitzuhelfen, dass der rote Faden wieder in das Zentrum politischer Aufmerksamkeit rückt.

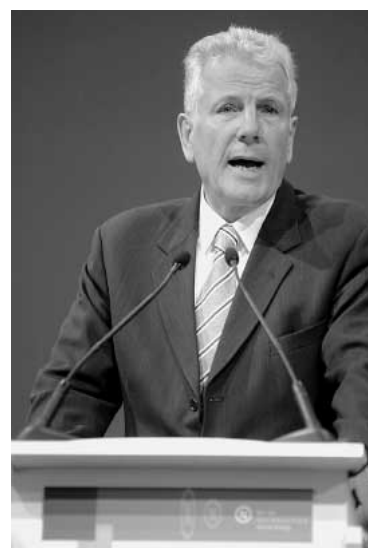
Wir suchen und vertrauen unseren Partnern in der Politik. Auch dann, wenn gelegentlich der Eindruck vorherrscht, nachhaltige Entwicklung sei eine weiche Wortformel und als solche zwar durchaus gängig, aber kein Kriterium bei Entscheidungen über praktische Politik.

Wir suchen und vertrauen unseren Partnern in der Wissenschaft. Auch wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass – betrachtet man die Entwicklung von heute im Vergleich zu der von vor 20 Jahren –, sich die Wissenschaft aus der Diskussion zwar nicht direkt verabschiedet, aber doch an Bedeutung sehr verloren hat.

Wir suchen und vertrauen unseren Partnern in der Wirtschaft. Insbesondere dort, wo der Versuch unternommen wird, Nachhaltigkeit bei Unternehmensentscheidungen tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen – und solche Entwicklungen gibt es. Es gibt keinen Zweifel, dass dort Entwicklungen im Gang sind, die ernst zu nehmen sind.

Und wir suchen und vertrauen insbesondere unseren Partnern in der Zivilgesellschaft, denen wir auch an diesem Jahrestag noch einmal klar sagen möchten: Unserer Einschätzung als Rat für Nachhaltige Entwicklung nach ist es von diesen vier Partnern vor allem die Zivilgesellschaft, die heute in der Bundesrepublik am stärksten auf eine nachhaltige Entwicklung in unserem Lande drängt. Und zusammen mit diesen vier großen Partnern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft stellen wir uns die Frage: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig?

Diese Fragen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Gerhard Schröder, richten sich heute, hier und jetzt in allererster Linie an Sie. Sie haben das Wort.



Dr. Volker Hauff
Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrats

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
► 15:00
15:40
17:00
17:30

Lieber Volker Hauff, meine sehr geehrten Damen und Herren!



Der Anspruch der Nachhaltigkeit richtet sich im Grunde an alle Politikbereiche, an das gesamte gesellschaftliche Leben, also an die Wirtschaftspolitik, an die Sozialreformen, an den Umgang mit öffentlichen Finanzen. Es geht aber auch – wir haben den WTO-Gipfel in Cancún hinter uns – um die internationale Politik, nämlich eine Politik, in deren Mittelpunkt nach wie vor das Streben nach Frieden und nach einer gerechten Weltordnung steht.

Dabei geht es naturgemäß auch um das Denken nicht in kurz- oder mittelfristigen, sondern in langfristigen Orientierungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wer die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft wie in richtiger Weise wahrnehmen kann. Das alles hat mit dem Begriff der Nachhaltigkeit zu tun, einem Begriff, der ausgefüllt werden muss. Wie werden wir, die wir heute leben und agieren, also den künftigen Generationen gerecht?

Dabei findet unsere Debatte nicht ausschließlich in diesem Kreis statt. Die Diskussion über Nachhaltigkeit und darüber, was davon realisiert oder auch nicht realisiert worden ist, findet in einer Mediendemokratie statt – mit all den Kontroversen und all den Aufregungen. Diese sind häufig dazu angetan, das, was wir mittel- und langfristig auf den Weg bringen, und auch das, über das wir aktuell entscheiden, zu verdecken. Erschwerend kommt hinzu, dass wir in sehr komplizierten Entscheidungsstrukturen zu agieren haben.

Darüber, dass wir langfristige Orientierung und substantielle Strukturreformen für eine nachhaltige Entwicklung brauchen, ist schnell ein breiter Konsens hergestellt. Das

ist übrigens keine Frage nur eines Teils der politischen Gesellschaft, sondern bezüglich dieses Prinzips bekommt man in Deutschland sehr schnell 80 % oder 90 % an Zustimmung mobilisiert. Aber wenn es darum geht, für diese Ziele auch Abstriche an eigenen Interessen, eigenen Ansprüchen und gar an eigenen Privilegien zu machen, dann wird der Chor schon vielstimmiger, als er gelegentlich sein sollte. Viele von denen, die am lautesten visionäre Zielvorgaben und durchgreifende Reformen einfordern, sind die Ersten, die schon bei der kleinsten Veränderung des Status quo lautstark protestieren. Nachhaltige Entwicklung ist also eine gemeinsame Aufgabe aller Akteure, nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern eben eine Aufgabe der Zivilgesellschaft und der in ihr wirksamen Kräfte. Das sind auch die Verbände, die entlang unterschiedlichster Interessen organisiert sind. Aber diese organisierten unterschiedlichen Interessen und die hinter ihnen stehenden Akteure müssen begreifen, dass Verantwortung für nachhaltige Entwicklung eine Verantwortung der ganzen Gesellschaft ist. Eine solche Sicht der Dinge macht – jedenfalls nach meinem Selbstverständnis – die Bedeutung des Rats für Nachhaltige Entwicklung aus. Deswegen ist nichts von dem abzustreichen, was Pate bei der Gründung stand. Und es ist nichts von dem in Frage zu stellen, was die Bedeutung und die Wichtigkeit dieses Rats als einem Gremium angeht, das gesamtgesellschaftliche, zukünftige Interessen definiert und sie hoffentlich den – auch massiv geäußerten – Einzelinteressen und der vielleicht nicht immer dynamisch agierenden Politik gegenüberstellt.

Bei den Reformvorhaben der „Agenda 2010“ – damit rede ich über nachhaltige Entwicklung in einem Bereich, der

möglicherweise nicht der unmittelbare Bereich dieses Gremiums ist – befinden wir uns in einer wichtigen Entscheidungsphase. Die Diskussion über Details der Gesetzgebung, die notwendig ist – auch und gerade im Parlament –, darf nicht überdecken, dass es hierbei um eine Kursbestimmung in der ersten Dekade und für die erste Dekade des neuen Jahrhunderts und darüber hinaus geht. Mit den Strukturreformen im Sozialsystem, einer Senkung der Lohnnebenkosten und mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt schaffen wir die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und für neue Beschäftigung. Die Reformen bei Renten und Gesundheit werden der demografischen Entwicklung Rechnung tragen. Sie entsprechen damit unserer Verantwortung für die heutigen, mehr noch aber für die künftigen Generationen. Das denen klar zu machen, die in der Konsequenz dieser Reformen auch Einbußen werden hinnehmen müssen, ist die eigentlich schwierige Aufgabe.

Das ist der eine Aspekt der Nachhaltigkeit in diesem Reformpaket. Der andere ist der eines grundsätzlichen Umsteuerns in der staatlichen Ausgabenpolitik. Wir müssen weg von manchen Vergangenheits-Ausgaben und hin zu mehr Zukunfts-Aufgaben.

Mir liegt daran, dass gerade in diesem Kreis ein Zusammenhang vielleicht noch mehr kommuniziert wird: Die Sozialreformen werden nicht nur durchgeführt, um die Systeme angesichts radikaler Veränderungen an der ökonomischen Basis unserer Gesellschaft und angesichts ebenso radikaler Veränderungen, was den Altersaufbau unserer Gesellschaft angeht, finanzierbar zu halten. Sie werden durchgeführt und müssen durchgeführt werden, um Ressourcen für die wirklichen Zukunftsaufgaben freizubekommen, die vor uns liegen. Auch das hat mit dem Begriff der Nachhaltigkeit zu tun. Diese Zukunftsaufgaben werden mit drei Punkten exakt beschrieben:

Wir brauchen erstens Ressourcen für Investitionen in Bildung, und diese Ressourcen müssen völlig unabhängig von formalen Zuständigkeiten mobilisiert werden. Das ist eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft angeht und die wir nicht im Dschungel föderalistischer Zuständigkeiten sich verirren lassen dürfen.

Wir müssen zweitens massiv in das investieren, was man im weitesten Sinne des Wortes die Betreuung unserer Kinder nennt. Das müssen wir nicht nur, weil es einen Anspruch darauf gibt – wenn man über Zukunft redet, dann muss man über Kinder reden –, sondern wegen

eines anderen gewichtigen Gesichtspunkts: Nur wenn wir es schaffen, in dieser ersten Dekade dafür zu sorgen, dass viele Ressourcen in diesen Bereich umgelenkt werden, werden wir dem Anspruch, eine wirklich emanzipatorische Gesellschaft zu werden, gerecht werden können. „Emanzipatorische Gesellschaft“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Frauen die gleichen Lebenschancen wie Männer auch haben müssen. Davon sind wir – nicht in der Theorie oder in den Gesetzen, aber in der gesellschaftlichen Praxis – noch weit entfernt. Ich weiß nicht, ob man mir das nachsehen wird oder ob daraus wieder eine neue Diskussion entstehen wird, aber ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich Mao Tse-tung zitieren, der gesagt hat: „Nicht nur die Hälfte des Himmels, auch die Hälfte der Erde den Frauen.“

Das Dritte sind die Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dabei müssen wir auch neu diskutieren, ob wir in den Bereichen, um die es dabei geht – zum Beispiel die Kommunikationstechnologien und die Biotechnologien –, wirklich immer die richtigen Rahmen gesetzt haben.

Deutschland verfügt für die Erfüllung dieser Aufgaben über ein wirklich hervorragendes Potenzial. In Wissenschaft und Technik, in der Industrie und im Export nehmen wir ungeachtet dessen, was wir uns gelegentlich selber an Diskussion auferlegen, nach wie vor weltweit eine Spitzenstellung ein. Innovative Unternehmen und ein hohes Niveau bei Forschung und Entwicklung sorgen nach wie vor für eine ausgezeichnete Ausgangsposition. Aber wir müssen diese Stärken entwickeln und auf ihnen aufbauen.

Wenn wir Gerechtigkeit, für die wir alle miteinander streiten, in unserer Gesellschaft realisieren wollen, dann müssen wir uns miteinander klar machen, dass wir sie auf einem weiterhin hohen Wohlstandsniveau realisieren wollen. Das bedeutet, dass die Verteilung – ich bin nach wie vor dafür, dass Verteilungsgerechtigkeit ein Aspekt politischer Aktion bleiben muss – auf einem hohen wirtschaftlichen Niveau zu geschehen hat. Ansonsten werden wir auf Dauer keine Legitimation für eine solche Politik erhalten.

Es ist also unsere Aufgabe, wirtschaftlichen Erfolg, technologische Spitzenleistungen, starken sozialen Zusammenhalt und wirksamen Schutz der Umwelt zusammenzubringen. Das ist die Aufgabe, die uns gestellt worden ist, der Politik zuallererst, aber – ich sage es noch einmal – nicht allein der Politik.

9:30 Mir liegt daran, dass dabei auch und in diesem Kreis klar
 10:30 wird: Das Fundament dieser Leistungsfähigkeit ist und
 10:40 bleibt die industrielle Produktion, nicht zuletzt in
 11:00 Deutschland. Allein auf die Entwicklung von Dienstleis-
 11:30 tungen zu setzen, die wichtig sind, wird auf Dauer nicht
 12:00 das Fundament schaffen können, das wir brauchen. Eine
 13:30 sich nachhaltig gebende Strategie, die meint, wir könnten
 14:45 einzig mit den „weichen“ Wirtschaftsfaktoren die Zukunft
 ► 15:00 gewinnen, geht nach meiner Auffassung in die Irre.
 15:40 Darüber, was das im Einzelnen heißt, wie das Verhältnis
 17:00 sein soll und wie das miteinander in Balance gebracht
 17:30 wird, lassen Sie uns gerne streiten. Aber mir liegt daran,
 dass wir – auch die Interessenverbände, die sich dem
 Umweltschutz verpflichtet fühlen – nie das eine gegen
 das andere ausspielen.

Was wir brauchen, ist also beides: eine Stärkung der
 industriellen Basis und eine Verdichtung dessen, was man
 „gesellschaftlichen Überbau“ nennt. Wir brauchen sowohl
 eine konsequente Industriepolitik – übrigens auch auf
 europäischer Ebene – als auch die Förderung unserer
 intellektuellen und damit nicht zuletzt unserer wissen-
 schaftlichen Ressourcen. Dies gelingt nur durch eine
 nachhaltige Bildungs- und Sozialpolitik, die Eigenverant-
 wortung stärkt, in der der Begriff der Freiheit im Mittel-
 punkt steht und – das ist übrigens eine alte Position der
 deutschen Arbeiterbewegung – die Chancen für jeden
 offen hält, indem sie den Zugang zu Bildung verbessert
 und auf diese Weise Gerechtigkeit realisiert.



Unter der Überschrift „Perspektiven für Deutschland“ hat
 die Bundesregierung noch vor Beginn der Weltkonferenz
 in Johannesburg die nationale Strategie für eine nach-
 haltige Entwicklung vorgelegt. Das Konzept mit seinen
 klaren Zielen fand national und auch international
 Beachtung.

Ich will hierzu einige Punkte nennen:

Die Bundesregierung hat sich ganz im Sinne einer nach-
 haltigen Entwicklung maßgeblich für eine Reform der
 europäischen Agrarpolitik eingesetzt. Ich will hier aus-
 drücklich betonen, weil es auch darüber gelegentlich
 rückwärts gewandte Debatten gegeben hat: Ich unter-
 stütze die Landwirtschaftsministerin, wenn sie deutlich
 macht, dass die Agrarwende eine zentrale Aufgabe der
 Politik dieser Regierung ist und bleiben wird. Das liegt
 im wohlverstandenen Interesse nicht nur von Millionen
 Verbraucherinnen und Verbrauchern, das liegt auch im
 wohlverstandenen Interesse einer Landwirtschaft, die
 darauf angewiesen ist, ländliche Kulturräume zu erhal-
 ten. Das wird nur funktionieren, wenn man zum einen
 dem Leitbild eines bäuerlich ausgerichteten Betriebs
 folgt, und zum anderen, wenn die Bereitschaft geweckt
 wird, für gesunde Nahrungsmittel einen angemessenen
 Preis zu zahlen.

Wir haben dabei – das ist bei den europäischen Verhand-
 lungen deutlich geworden – durchaus Fortschritte erzielt,
 auch zusammen mit unseren Freunden, die anderen
 Leitbildern folgen. Die Kompromisse, die im Vorfeld der
 europäischen Erweiterung und im Vorfeld von Cancún
 gemacht worden sind, machen durchaus Hoffnung und
 zeigen, dass wir Nachhaltigkeit nicht nur in der nationa-
 len, sondern auch in der internationalen Politik ernst
 nehmen.

In der Umweltpolitik – und auch darauf bin ich stolz –
 hat die Bundesregierung übrigens eine gute, von den
 Umweltverbänden anerkannte Bilanz vorzuweisen. Wir
 begreifen das nicht nur als Unterstützung, sondern auch
 als Auftrag, in kritischer Solidarität über diese Fragen
 weiter miteinander zu reden, aber den Pfad, den wir ein-
 geschlagen haben, auch nicht zu verlassen.

Das Maßnahmenprogramm der Nachhaltigkeitsstrategie
 setzen wir um. Gleichzeitig wird die Konzeption nicht
 zuletzt mit Hilfe des Rats für Nachhaltige Entwicklung
 weiter entwickelt. Im Herbst 2004 werden wir in einem
 „Fortschrittsbericht“ die Umsetzung unserer Nachhaltig-

keitsstrategie bewerten. Ich denke, wir werden dann wieder Gelegenheit haben, darüber kritisch miteinander zu reden.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung leistet dabei wichtige Beiträge: Unter anderem haben Sie zugesagt, Vorschläge zu machen, wie wir die gesellschaftlichen Akteure noch besser in diese Strategie einbeziehen können. Das ist ein wichtiger Aspekt, der nicht nur auf Tagungen wie dieser deutlich werden darf.

Im Rahmen dieser Strategie der Nachhaltigkeit halte ich das Problem der nachhaltigen Energieversorgung für besonders dringlich, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens bewirkt die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte einen verschärften Wettbewerb der Energieerzeuger und der Energieversorger.

Zweitens brauchen die Unternehmen Planungssicherheit für die anstehende Erneuerung der Kraftwerke.

Drittens stellt uns die Integration der erneuerbaren Energien in die bestehende Struktur der Energieversorgung wirklich vor neue Herausforderungen. Das gilt übrigens nicht zuletzt für die Anforderungen des Klimaschutzes, denen wir gerecht werden müssen.

Die Diskussion um die Energiepolitik darf allerdings die gegenwärtigen Realitäten nicht aus dem Auge verlieren. Eine Überschätzung der Potenziale erneuerbarer Energien ist nicht besonders hilfreich. Natürlich ist eine etwa einseitige Fixierung auf alle primären Energieträger auch nicht hilfreich – und sei es die Kohle. Für mich sind daher einige Leitlinien einer nachhaltigen Energieversorgung maßgebend:

Wir haben aus guten Gründen die Kernenergie verlassen. Der Ausstieg ist gemacht. Das bleibt so. Wir haben nicht die Absicht, das, was wir seinerzeit vereinbart haben, wieder in Frage zu stellen. Diese Entscheidung wird auch von denen, die ihr skeptisch gegenüberstehen, in ein paar Jahren ganz anders bewertet werden, als das früher der Fall gewesen ist und zum Teil gegenwärtig noch der Fall ist.

Das sage ich jetzt auch an die verehrten Kritiker in den Umweltverbänden: Es wird gelegentlich durchaus unterschätzt, was diese Entscheidung an Kraft gekostet und was sie an politischen Veränderungen in diesem Sektor bewirkt hat.



Wir können aber – und das ist genauso klar – nicht gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Kohle aussteigen. Noch für viele Jahre werden wettbewerbsfähige Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke das Rückgrat der heimischen Energieproduktion bilden. Durch höhere Wirkungsgrade und Investitionen in eine saubere Kohletechnologie wollen wir auch auf diesem Gebiet vieles tun. Wir leisten also auch auf diesem Gebiet durch die Technologie, die wir entwickeln, anbieten und auf den Märkten der Welt verkaufen, einen sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Ich begrüße es sehr, dass der Rat für Nachhaltige Entwicklung dieses Thema – vor allem auch in seiner internationalen Dimension – aufgegriffen hat. Wir müssen es schaffen, die hohen Effizienzzraten moderner Kohletechnologien für eine Energieversorgung nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt nutzbar zu machen. Dies gilt vor allem für Länder, die bei ihrer Energieversorgung auf absehbare Zeit überwiegend auf Kohle angewiesen sein werden.

Die erneuerbaren Energien werden in Zukunft einen wachsenden Anteil an der Energieversorgung übernehmen. Damit sind Innovationen und Beschäftigung verbunden. Und es hilft uns, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Ich will das hier ausdrücklich auch vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen feststellen: Es gibt überhaupt gar keinen Grund, diese sehr erfolgreiche Strategie prinzipiell in Frage zu stellen und zu verändern. Aber genauso klar muss sein, dass der Ausbau auch auf diesem Sektor ökonomisch vernünftig vonstatten gehen muss. Es hat niemand etwas davon, wenn dieser Ausbau diskreditiert werden kann, weil er wirtschaftlich unvernünftig erfolgt. Damit könnte das Ziel und nicht nur einzelne Instrumente diskreditiert werden.

9:30 Nur wenn wir klarstellen, dass durch den weiteren Aus-
10:30 bau der erneuerbaren Energien ein übermäßiger Anstieg
10:40 der Strompreise nicht stattfindet, werden wir die notwen-
11:00 dige gesellschaftliche Legitimation für diesen so wichti-
11:30 gen Aspekt einer Energieversorgung auf Dauer erhalten
12:00 können. Daher darf der Effizienzgedanke in diesem
13:30 Sektor nicht verloren gehen.

14:45

► 15:00 Unsere Ziele sind klar: Sie heißen Versorgungssicherheit,
15:40 Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Die zentra-
17:00 len Anliegen einer solchen Strategie bleiben:

17:30

- die Stärkung der heimischen Energieversorgung und der damit verbundenen Wertschöpfung,
- eine auch wirtschaftlich vernünftige Nutzung der innovativen Potenziale der erneuerbaren Energien,
- die Steigerung der Energieeffizienz ebenso wie ein wirksamer Klimaschutz.

Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung arbeitet mit Hochdruck an einer neuen Energieversorgungsstruktur unter Einbeziehung der erneuerbaren Energien. Auch international machen wir uns stark für eine nachhaltige Energiepolitik. Auf dem Weltgipfel in Johannesburg im September 2002 hatte ich angekündigt, dass Deutschland zu einer internationalen Konferenz über dieses Thema einladen wird. Diese Konferenz wird nun im Juni nächsten Jahres in Bonn stattfinden.

Ich verspreche mir davon eine Dynamik über unser Land hinaus. Wenn wir Erfolg haben wollen, brauchen wir eine Bewegung in die internationale Politik hinein. Ich hoffe, dass die Konferenz einen Beitrag dazu leisten wird. Die Botschaft wird sein: National wie international sind effiziente Energienutzung und der Ausbau der erneuerbaren Energien entscheidende Elemente einer nachhaltigen Energieversorgung.

Eine weitere zentrale Herausforderung an nachhaltige Politik ist der demografische Wandel unserer Gesellschaft. Wir müssen auch durch unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik nachfolgenden Generationen ihre Lebenschancen sichern. Auch das hat mit diesem Auftrag zu tun. Im Übrigen ist die Ursache des demografischen Wandels nicht nur die erfreulich gestiegene Lebenserwartung, sondern auch der Umstand – und ich hatte darauf hingewiesen –, dass es in dieser Gesellschaft zu

wenige Kinder gibt. In dieser Legislaturperiode wird neben dem, was wir jetzt mit der „Agenda 2010“ umsetzen haben, die Familienpolitik im Mittelpunkt stehen. Es gibt in Deutschland in diesem Bereich zu viele Defizite. Wir haben daher das Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ aufgelegt.

In der Familienpolitik sind wir – mit den vier Milliarden Euro, die wir in dieser Legislaturperiode in Betreuung investieren wollen – auf einem richtigen Weg. Damit werden wir, was die Gleichheit von Lebenschancen zwischen Frauen und Männern angeht, weiter vorankommen. Es ist so, dass ein Kinderwunsch auch mit einem durchaus berechtigten gleichrangigen Wunsch nach der Realisierung von Lebenschancen im Beruf zu tun haben kann. Auch deshalb müssen wir die Anstrengungen in diesem Bereich verstärken.

Ich will aber in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Punkt ansprechen:

Auf mittlere Sicht lässt sich an den Tatsachen der demografischen Entwicklung wenig ändern. Daher wird in einigen Jahren nicht die Arbeitslosigkeit, sondern der Mangel an qualifizierten Fachkräften ein zentrales Thema unserer Gesellschaft sein. Die Menschen haben heute eine höhere und steigende Lebenserwartung. Sie sind länger gesund und aktiv. Daher ist eine neue Einstellung nötig. Ältere Menschen bieten mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung für die Gesellschaft durchaus Entwicklungschancen. Vor diesem Hintergrund muss die Debatte über Altersversorgung geführt werden. Sie darf nicht geführt, instrumentalisiert und nur auf eine Frage fixiert werden, nämlich die, wann das nominale Renteneintrittsalter erreicht ist. Viel wichtiger als das nominale Renteneintrittsalter – das ist auch wichtig, und wir werden dazu in diesem Monat entsprechende Vorschläge machen – ist mir jedenfalls das reale Renteneintrittsalter.

Wir haben es uns in den letzten 20, vielleicht sogar 30 Jahren erlaubt, Menschen ab über 50 Jahren im Grunde aus dem Erwerbsleben herauszudrängen. Angesichts der Veränderungen im demografischen Aufbau unserer Gesellschaft wird das nicht mehr funktionieren. Im Übrigen ist es auch nicht gerechtfertigt. Ich halte es jedenfalls für falsch.

Deswegen muss im Mittelpunkt der Anstrengungen, die vor uns stehen, nicht die Debatte über einzelne Instrumente stehen, sondern die Frage: Wie schaffen wir es –

und das geht nur mit Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammen –, das reale Renteneintrittsalter dem nominalen anzugleichen?

Die zentrale Frage ist: Wie halten wir die Leute – auch, weil sie etwas können – länger in Beschäftigung und vermindern dadurch mittelbar auch den Druck auf die Finanzierbarkeit der Systeme? Das Thema „Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft“ ist daher ein zentraler Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und ein wichtiges Arbeitsfeld. Um hier voranzukommen, brauchen wir Partner:

In den Betrieben muss – auch für die heute 30- bis 40-jährigen – berufliche Qualifizierung im Sinne von „Lebenslangem Lernen“ organisiert werden. Dem kann sich die Wirtschaft nicht entziehen. Auch die Wirtschaft hat eine Gemeinwohlorientierung und darf das nicht nur anderen überlassen.

Die Personalentwicklung in den Betrieben muss dem entsprechen. Natürlich ist das auch eine Herausforderung für Schulen und Hochschulen. Sie sind gefordert, die Bildung und Qualifizierung von Erwerbstätigen als eine neue wichtige Aufgabe mit zu übernehmen. Wir wollen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in Form von Modellprojekten auf diesem Feld weiterkommen. Denn wir brauchen das für die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Wenn wir – wie es der Titel der heutigen Veranstaltung nahe legt – Kurs nehmen und Deutschland nachhaltig verändern wollen, dann muss Verantwortung übernommen werden. Dazu ist jeder von uns bereit.

Nur wenn Unternehmer und Verbraucher, wenn alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft das Thema in ihrem jeweiligen Bereich zu ihrer eigenen Sache machen und es nicht auf den jeweils Nächsten abschieben, dann werden wir die notwendigen Veränderungen umsetzen können. Das ist übrigens der Grund, warum wir nicht zuletzt auf den Dialog mit Ihnen so viel Wert legen. Er ist hilfreich und nützlich.



Nachhaltiger Filmblick

Die Filmemacher des Projektes

„Nachhaltiger Filmblick“ haben die Teilnehmer in den Pausen zu „Instant“-Vorführungen ihrer Kinospots zur Nachhaltigkeit eingeladen. So unorthodox wie ihre Präsentationsform sind die Filme selbst, die unseren Konsumalltag überspitzen und entlarven. Die Filme sind Ergebnis der dreijährigen Arbeit einer Studentengruppe aus unterschiedlichen Fachrichtungen, die sich zu diesem Projekt unter professioneller künstlerischer und wissenschaftlicher Leitung zusammengefunden haben.



„Bumerang“ (30 sec)

Nichts ist vergänglich. Kinder werden groß und kriegen Kinder, ewig dreht sich das Rad des Seins. Der Fluss des Lebens ist ein großer Kreislauf, in dem nichts verloren geht. Wir geben den Stab des Lebens an die nächste Generation weiter, doch leider nicht nur das Gute. Alles, was wir tun, kommt auf die nächste Generation zurück.



Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Oben und Unten, Heute und Morgen: ein zentrales Element Nachhaltiger Entwicklung. Wie aber thematisiert man dieses Element in Filmen?

Das Projekt setzt mit einer neuen ästhetischen Annäherung an das Thema erste Impulse für eine Nachhaltigkeitskommunikation. Im Dezember 2001 startete das Projekt mit 32 Studenten, jungen Berufstätigen aus dem Bereich Werbung und Film, Kommunikations- und Umweltwissenschaften mit einer doppelten Zielstellung: Die Teilnehmer waren gefordert, sich zunächst mit dem inhaltlichen Themenspektrum der Nachhaltigkeit vertraut zu machen und sich zugleich mit medialen Vermittlungsformen auseinander zu setzen. Ziel war es, in einem Lernprozess erste Ansätze einer „Ästhetik der Nachhaltigkeit“ zu entwickeln und dies filmisch umzusetzen. Das Ergebnis sind zehn Kinospots, die beweisen, dass ein nachhaltiger Lebensstil Spaß macht und Widerstand gegen Verschwendung sinnvoll ist. Der Ansatz des Nachhaltigen Filmblicks hebt sich wohltuend gegen den mahnenden Zeigefinger der klassischen Umweltkommunikation ab: Die Jugendlichen eignen sich Wissen über Nachhaltigkeit selbst an und erarbeiten die Spots in ihrer eigenen, oft überraschenden und witzigen Sprache. Die Teilnehmer waren in den gesamten kreativen und technischen Ablauf eingebunden – von der Entwicklung der Treatments über die eigentlichen Dreharbeiten und die technische Fertigstellung der Filme bis zur Organisation des Vertriebs.

„Slogans“ (1 min 26 sec)

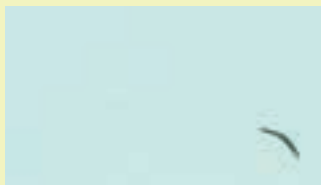
Just Do It, Reduce to the Max, Freude am Fahren – wir kennen sie alle, die Slogans der Werbewelt, die uns überall begegnen. Auf den ersten Blick sind sie doch alle gleich: leere Worthülsen, die uns nur zum Kauf verführen sollen. Es muss aber nicht so sein. Der Film zeigt wie.



Der Spot „Slogans“ kritisiert die ästhetische Dominanz der Marke. Marken bestimmen unseren Alltag, unsere sinnliche Wahrnehmung. Der Spot trennt die Markenslogans von ihrem Produkt und setzt „Nachhaltigkeit“



an ihre Stelle. Das funktioniert! Daher: Erobere dein Gehirn zurück: „Reclaim your brain.“ – Hinterfrage das Image der Marken und deine ästhetische Wahrnehmung.



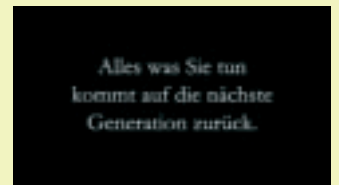
Das Problem ist: Wer Gerechtigkeit visualisieren will, wird schnell als Moralapostel abgetan. Gerechtigkeit ist aber von Moral nicht zu lösen. Humor als emotionale Appellform kann ein Ausweg aus diesem Dilemma sein.



Eine einfache metaphorische Situation, Vater und Kind. Und der Gedanke: Alles, was der Vater tut, fällt auf die nächste Generation zurück.

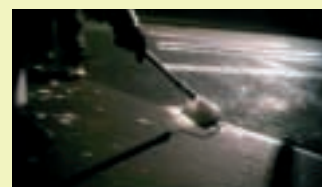
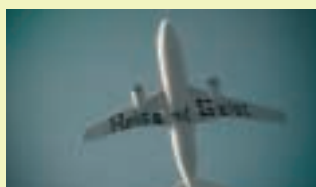


Humor schafft damit einen „freundlichen“ Interpretationsrahmen. Aua! Die Botschaft fliegt.



„Scratch“ (60 sec)

Drive in. Verschrotte dein Auto. Werde Auto-nom! Denke um. Entdecke die vielen Möglichkeiten, die wir heute schon haben, unser Verkehrsverhalten nachhaltig zu gestalten. Scratch the surface. Schau rein in eine nachhaltige Verkehrswelt.



Der Spot „Scratch“ zeigt Konfliktlinien auf. Die Auto-gesellschaft verehrt das Automobil als heilige Kuh. Alternativen haben kaum eine Chance; die Autoindus-trie erobert die asiatischen Märkte: 1,3 Milliarden Menschen leben in China.

Auch der Flugverkehr wird immer mehr zur unhinterfragten Alltagsgewohnheit der Bundesbürger.

Nachhaltigkeit gerät kaum noch ins Blickfeld. Es sei denn, man bringt sie dorthin. Unter Umständen muss man dabei zu ungewöhnlichen Maßnahmen greifen ...

Standortbestimmung



Themenforum: Markenzeichen Nachhaltigkeit –

Von Narben und Erfolgen bei der
Kommunikation der Nachhaltigkeit

Moderation:

Vassilios Psaltis, Journalist und PR-Dozent

Teilnehmer:

Dr. Margot Käßmann, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats
und Landesbischöfin der ev.-luth. Landeskirche Hannover
Bernd M. Michael, Grey Global Group Europe und
European Association of Communication Agencies (EACA)
Albert Heiser, Regisseur und Künstlerischer Leiter
„Nachhaltiger Filmblick“

Prof. Dr. Karl-Werner Brand, Münchener Projektgruppe
für Sozialforschung e. V.



„Scratch“ zielt auf die Köpfe
der Verkehrsteilnehmer.

Das Auto oder die Flugrei-
sen zum Nulltarif sind out.
Mit politischem Selbstbe-
wusstsein und Mut lässt sich
eine Kritik am fahrlässigen
Gebrauch dieser teuren Mo-
bilität begreifbar machen.
Das ist unsere Botschaft.

Nachhaltigkeit denkt als politischer Leitbegriff die Bedürf-
nisse der kommenden Generationen mit und thematisiert
grundlegende Probleme der modernen Gesellschaften.
Wie aber lässt sich der technisch-abstrakte Leitbegriff der
Nachhaltigkeit so emotionalisieren und symbolisch auf-
laden, dass er zum Agens gesellschaftlicher und indivi-
dueller Veränderung wird? Im Mittelpunkt des Themen-
forums standen die Leitfragen, wie sich die Idee der
Nachhaltigkeit alltagsnah und ansprechend „übersetzen“
lässt und was Nachhaltigkeitsexperten von erfolgreicher,
konventioneller Markenführung lernen können.

Auftakt der Diskussion bildete die Vorführung der Film-
spots „Bumerang“, „Scratch“ und „Slogans“ des Projektes
„Nachhaltiger Filmblick“. Die Kurzfilme sind Ergebnis der
dreijährigen Arbeit einer Studentengruppe aus unter-
schiedlichen Fachrichtungen, die sich zu diesem Projekt
unter professioneller künstlerischer und wissenschaft-
licher Leitung zusammengefunden haben. Zehn verschie-
dene Filme, die wie professionelle Werbespots für das
Kino funktionieren, sind insgesamt entstanden. Sie rich-
ten sich an ein junges Publikum und haben den An-
spruch, die Bedeutung von Nachhaltigkeit zu vermitteln
und zugleich Handlungsoptionen zu unreflektierten
Konsumgewohnheiten anzubieten.

9:30 In ihrem Eingangsstatement bewertete Ratsmitglied
 10:30 Dr. Margot Käßmann die Spots als gelungenen Ansatz zur
 10:40 Kommunikation von Nachhaltigkeit. Ihnen gelingt es
 11:00 nicht nur, das Thema aus der Expertenisolation herauszu-
 11:30 holen und als etwas Partizipatives, Begeisterungsfähiges
 12:00 darzustellen. Sie lösen sich darüber hinaus von bisherigen
 13:30 Vermittlungsstrategien wie Verzicht und Drohkulisse und
 14:45 stellen ihnen ein positives Bild entgegen, das mit Lustge-
 15:00 winn am Leben zu Veränderungen in unserem persön-
 ► 15:40 lichen Verhalten anregt. Damit setzen die Spots um, was
 17:00 wissenschaftliche Studien wie die jüngste Shell-Jugend-
 17:30 studie belegen: Die Partizipation von Jugendlichen erhöht
 sich, wenn das Engagement mit Spaß verbunden wird.
 Diese Erkenntnis wird immer noch bei Erwachsenen häu-
 fig diskreditiert. Es bleibt deshalb jenseits dieses guten
 Beispiels die Frage bestehen, das Thema aus einem
 kleinen Kreis von Akteuren breit zu kommunizieren und
 Antworten darauf zu finden, wie es gelingen kann, es als
 einen Zugewinn an Lebenslust zu vermitteln, sich nach-
 haltig zu verhalten, nachhaltig zu wirken, dabei zu sein.

Umfragen zeigen, dass Nachhaltigkeit nur 28 % der Befragten ein Begriff ist. Aber die Mehrheit, rund 85 %, teilt die inhaltlichen Ziele. Es kommt also auf die richtige Vermittlung der Nachhaltigkeitsbotschaften an. Die Zielgruppe jedenfalls ist da. Ein wegweisendes Beispiel ist die Idee des „Nachhaltigen Warenkorb“, den der Rat für Nachhaltige Entwicklung entwickelt hat. Der Einkaufsführer ist ein Beispiel für den Wissenstransfer, der Orientierung bei der Entscheidungsfindung bietet und Partizipation im Alltag propagiert.

Karl-Werner Brand bezweifelte in seinem Beitrag die Notwendigkeit, die Verankerung des Begriffs Nachhaltigkeit und des allgemeinen Konzeptes im Alltagshandeln zum Anspruch erfolgreicher Nachhaltigkeitskommunikation zu machen. Entscheidend sind vielmehr die Inhalte. Kommunikation zu Nachhaltigkeit ist bislang immer eine Kommunikation über akkumulierende globale Probleme. Ohne die Verbindung mit einer positiv konnotierten Vision bleibt sie dabei stehen, nur über Probleme zu reden und zu diskutieren. Ein solcher Ansatz erschlägt und führt nur zu Resignation. Andererseits verliert sich der viel gesehene Ansatz einer Kommunikation alltagsnaher positiver Visionen im Sinne des „Öko macht Spaß“ in einer gewissen Belieblichkeit. Eine solche Nachhaltigkeitskommunikation ist halbherzig und sehr verkürzt: entweder als moralischer Appell oder als zu eng gefasste Zielgruppenansprache, die einen bestimmten Lebensstil propagiert.

Es bedarf daher einer differenzierteren Vermittlung, die sich aus Expertendiskursen um Nachhaltigkeit löst und sich ihren Einzelaspekten wie z. B. Verkehrsproblemen, Ernährung und Flächenverbrauch widmet. Ziel muss es sein, die damit verbundenen Verhaltensweisen Akteursebenen-konform zu diskutieren. Nachhaltigkeitskommunikation bedeutet auf der Alltagsebene etwas ganz anderes als auf der Expertenebene. Nötig sind deshalb kontext- und zielgruppenspezifische Ansätze, die einen breitenwirksamen Effekt anstreben und – anders als die vorgeführten Filmspots es suggerieren – nicht nur diejenigen ansprechen, die sowieso nachhaltig eingestellt sind.



Bernd M. Michael, Grey Global Group Europe und European Association of Communication Agencies (EACA)

Als Werbefachmann bescheinigte Bernd M. Michael in seinem Beitrag der Nachhaltigkeitskommunikation im Hinblick auf den schwer interpretierbaren Begriff ein großes Handicap. Die professionelle Markenkommunikation bedient sich, um schwierige Begriffe und unklare Namen leicht lernbar, sympathisch und relevant für den Einzelnen zu machen, Hilfsmitteln wie der Bildmarke. Es gibt gute, erfolgreiche Beispiele von einer Reihe von Organisationen, die nicht nur sich selbst, sondern ihr Anliegen als Marke etabliert haben, etwa der World Wildlife Fund mit seinem Pandabären, das Rote Kreuz, die Organisation SOS-Kinderdorf mit der Bildmarke der spielenden Kinder und die AIDS-Hilfe mit der Bildmarke der roten Schleife.

Den Nachhaltigkeitsakteuren riet Michael, die Sperrigkeit des Begriffs als Chance zu begreifen und über eine überzeugende Wort-Bild-Marke und einen Slogan für die Nachhaltigkeit das breite Publikum emotional anzusprechen. Das professionelle Marketing-Repertoire bietet

erprobte Instrumente, um einen unverständlichen Begriff so zu transportieren, dass er mit mehr Sympathie zu Herzen geht. Michael schlug dem Rat vor, an die Gesellschaft der Werbeagenturen (GWA) heranzutreten und die Kreativen zu bitten, sich – pro bono – Gedanken über eine gute soziale Kampagne zu machen. Das Ergebnis wären Vorschläge der besten Kreativen Deutschlands. Eine gut gemachte Kampagne muss direkt sein und an Alltagssituationen anknüpfen. Eine Szene aus den Spots, in der eine junge Frau auf dem Fahrrad im Stau alle hinter sich lässt, ist hierfür vorbildlich. Sie zeigt eine Thematik, die als relevanter Erlebnispunkt im Alltag eines jeden von uns aufgegriffen wird. Es muss ein „Hingucker“ sein, der zum Nachdenken anregt.

Karl-Werner Brand verdeutlichte am Beispiel des Bio-Siegels, dass positiv verdichtete Symbole nicht notwendigerweise klarere Orientierung und höhere Sympathiewerte für entsprechende Produkte gebracht haben. Nachhaltigkeit darf in der Debatte um ihre richtige Vermittlung nicht auf ein Produkt reduziert werden. Es geht um einen gesellschaftlichen und zuweilen schmerzhaften Umverteilungsprozess, der eine Selbstveränderung und gesellschaftliche Strukturveränderungen impliziert. Dabei bleibt die Frage gänzlich unbeantwortet, wie man solche Prozesse mit einem positiven Label als Markenzeichen attraktiv machen könnte. Nachhaltigkeit muss als partizipativer Prozess kommunikativ gestützt werden. Problematisch ist dabei, dass ihm die Merkmale eines Produkts oder, wie beim so genannten „social marketing“ wie am Beispiel Aids, eine relativ klare Verhaltensweise fehlt, die man empfehlen und eindringlich vermitteln könnte. Nachhaltigkeit ist ein so komplexes und dazu umstrittenes Feld, das so einfache Kommunikationsstrategien nicht so leicht fassen.

Albert Heiser widersprach in seinem Beitrag dem zugrunde gelegten Kommunikationsverständnis. Nachhaltigkeitskommunikation findet derzeit weder in der einen noch in der anderen Form statt. Massenkommunikation kann keine partizipative Kommunikation im Brand'schen Sinne sein. Der Transfer komplexer Probleme wie das der Nachhaltigkeit kann nicht mit komplexen Kommunikationsmodellen gelöst werden. Andererseits ist dem zuzustimmen, dass man Nachhaltigkeit nicht wie ein Produkt behandeln kann. Gerade das Beispiel der Bio-Siegel-Kampagne zeige, wie schwer sich eine solche Kampagne tut: Die Biozeichen werden kaum wahrgenommen und es gibt keinen marketingstrategischen Druck, die Zielgruppenerreichung zu verbessern. Der Vergleich mit der PR großer

Organisationen wie dem World Wildlife Fund oder Attac, die ebenfalls kein Produkt sind, wirft die Frage auf, warum diese Organisationen diese Bekanntheit erreichen und so gute Erfolge beim Transfer vom Werben für Spendengelder über Mitgliederwerbung bis zur breiten öffentlichen Diskussion ihrer Themen erzielen. Der Vergleich legt nahe, dass die dort benutzten Kommunikationswege für die Nachhaltigkeitsvermittlung ein bislang nicht ausreichend ausgeschöpftes oder gar als relevant erachtetes Potenzial bieten. Die Diskussion über Transfermöglichkeiten muss hier ansetzen. Dabei ist nicht entscheidend, dass Nachhaltigkeit eine Marke oder Personalisierung im Sinne von Vorbildern braucht, weil es bereits sehr viele Marken gibt, die das Nachhaltigkeitsanliegen vermitteln – vom World Wildlife Fund über Greenpeace bis Attac. Ziel einer Kommunikationsstrategie für Nachhaltigkeit muss vielmehr sein, ein integriertes Konzept zu verfolgen, diese Marken zu stärken und ihnen das Sprachrohr zu vermitteln, das sie brauchen. Ein solcher Ansatz nutzt die Bekanntheit der Marken am Markt, die für die Seriosität der Akteure und die vermittelten Inhalte stehen. Dies wäre ein neues Markenführungsmodell, das von unten nach oben führt.

Abschlussdiskussion

In der abschließenden Diskussion wurden Beispiele für mögliche Kommunikationsstrategien thematisiert. Die Komplexität des Nachhaltigkeitsthemas muss aus Marketing-professioneller Sicht heruntergebrochen werden auf denjenigen Teil der komplexen Materie, der für die breiteste Bevölkerungsgruppe die höchste Relevanz hat. Nötig ist eine Prioritätenordnung der zu vermittelnden Probleme, die ohnehin nicht auf einmal gelöst werden könnten, schon gar nicht über Kommunikation. Eine solche Hierarchie hilft, mit den Menschen in Kontakt zu kommen. Daraus ließe sich auch genügend Stoff für Journalisten gewinnen. Erfolgreiches Beispiel ist die Analphabeten-Kampagne, die Medien zur Zeit kostenlos



9:30 schalten und die einem emotionalisierenden Konzept
 10:30 folgt, und die Kampagne „Aktion Mensch“ mit Kindern
 10:40 mit Down-Syndrom. Bei Letzterer ist nachweisbar, dass
 11:00 sich dadurch die Akzeptanz dieser Kinder erhöht hat.
 11:30 Beide Beispiele machen deutlich, dass eine erfolgreiche
 12:00 Nachhaltigkeitskommunikation die Punkte emotional auf-
 13:30 greifen muss, die in der Priorität der Menschen am wich-
 14:45 tigsten und nächsten sind. Dabei sollte die Empfehlung,
 15:00 bei der Kommunikation mit einfachen, publikumswirk-
 ► 15:40 samen Botschaften zu arbeiten, die geeignet sind, eine
 17:00 Art Initialzündung hervorzurufen, nicht als Reduzierung
 17:30 verstanden werden.

Zu bedenken ist jedoch, dass die Wirtschaft viele Millio-
 nen Euro ausgibt, um ihre Marken über lange Jahre auf-
 zubauen. Die Diskussion muss sich deshalb darauf kon-
 zentrieren, Leitlinien und Gedanken zu entwickeln, nach
 welchen Prinzipien die verschiedenen Akteure bei der
 Kommunikation vorgehen können. Dabei darf Nach-
 haltigkeit nicht in eine Defizit- und Verzichtecke gebracht
 werden. Sie muss – ob Marke oder nicht – positiv besetzt
 werden, Lebens- und Lustgewinn zeigen („Ökobilanz plus
 Menschenglück“), sie muss „sexy“ gemacht sein. Ein pro-
 minentes Beispiel dafür sind die Energiewerke Schönau,
 die „Stromrebelln aus dem Schwarzwald“, die von zehn
 Werbeagenturen kostenlose Kampagnen angeboten
 bekommen hatten. Der Zuschlag ist an das Konzept „Ich
 bin ein Störfall“ gegangen. Die Kampagne war so erfolg-
 reich, dass EON sie übernommen hat („Ich bin ON“). Man
 könnte sich heute etwas vorstellen wie „Ich bin N“ oder
 „Ich bin nachhaltig“.

Verkannt wird in der Debatte um Kommunikationsstra-
 tegien zur Nachhaltigkeit, dass der Begriff längst nicht
 mehr so unbekannt ist, wie immer noch behauptet wird.
 Gerade Meinungsführer nutzen ihn immer häufiger.
 „Nachhaltiges Wachstum“ ist dabei die absolute Spitze.
 Wichtig ist, dass Kommunikationsstrategien konkrete
 Handlungsoptionen in den Blick nehmen, die sich vom
 Öko-Image des Wollsockenträgers deutlich abheben. Bei-
 spiel ist ein gelungenes Automarketingkonzept aus Asien:
 Beim Kauf eines Autos gibt es ein Fahrrad kostenlos dazu.
 Das ist eine gute, konkrete Idee, die das Thema Nach-
 haltigkeit nachvollziehbar vermittelt.

Zu bedenken wurde gegeben, dass ein Nachhaltigkeits-
 transfer mit positiven Symbolen eine unverzichtbare Not-
 wendigkeit ist, insgesamt aber nur einen kleinen Teil der
 Wirksamkeit von Kommunikation ausmacht. In der Dis-
 kussion gänzlich unbeleuchtet geblieben ist der Aspekt

der politischen Kommunikation. Am Beispiel der Lokalen
 Agenda-Prozesse, die in ihren kommunalpolitischen
 Nischen bleiben, wird das Problem der mangelnden
 Transferleistung deutlich. Was in den Kommunen zentral
 diskutiert wird, sind Themen, in die sich Agenda-Akteure
 nicht eingeklinkt haben oder nicht einklinken konnten.
 Obwohl sie phasenweise viel bewegt haben, ist es nicht
 gelungen, gesellschaftspolitische Praxis nachhaltig zu
 beeinflussen. Auch die Agenda-Akteure leiden unter dem
 trockenen Titel „Lokale Agenda“. Aber ein Symbol oder
 nettes Etikett allein ändert keine Realitäten, weder auf
 der Ebene des Verhaltens noch auf der Ebene der
 Kommunalpolitik. Auch die Nachhaltigkeitsstrategie hat
 zur politischen Kommunikation auf kommunaler Ebene
 und zur Unterstützung der Agenda-Prozesse nicht beige-
 tragen. Die Agenda braucht Unterstützung von oben, und
 zwar nicht nur an die breite Öffentlichkeit gerichtet, son-
 dern an die Kommunalpolitiker auf den verschiedenen
 Ebenen, die die Rahmenbedingungen schaffen. Es gilt,
 Kommunikation im interorganisationellen Bereich unter
 dem Etikett Nachhaltigkeit zu führen. Nur wenn politi-
 sche Kommunikation und öffentlichkeitswirksame
 Vermittlungsstrategien gleichzeitig angegangen werden,
 kann die Kommunikation für Nachhaltigkeit erfolgreich
 sein.

Themenforum: Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft –

Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung

Teilnehmer (im Bild von links nach rechts):

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Mitglied des
Nachhaltigkeitsrats und Vorstandsvorsitzender der
REpower Systems AG

Dr. Fritz Vorholz, DIE ZEIT (Moderation)

Dr. Hermann Scheer, MdB SPD-Fraktion

Dr. Scholtholt, Vorstand der STEAG Aktiengesellschaft

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat sich seit Beginn des Jahres 2003 mit der Kohlepolitik befasst und im April dazu in Essen eine öffentliche Anhörung von Experten durchgeführt. Der Rat hat dieses energiepolitische Thema aufgegriffen, weil anstehende Entscheidungen auf diesem Gebiet die Art der Energieversorgung noch bis zur Mitte des Jahrhunderts prägen werden. Die Kohle steht dabei – einerseits wegen ihrer Verfügbarkeit, andererseits wegen ihrer Umwelt- und Klimabelastung – immer wieder im Mittelpunkt der Debatte. Am 30. September 2003 hat der Rat seine Empfehlungen an die Bundesregierung, die auf dem Forum diskutiert wurden, verabschiedet.

Ratsmitglied Prof. Fritz Vahrenholt stellte zunächst das vom Nachhaltigkeitsrat verabschiedete Empfehlungspapier „Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft – Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung“ vor. Grund für die große Bedeutung der Kohle im Rahmen einer nachhaltigen Energiepolitik ist ihre hohe Verfügbarkeit – 25 % des weltweiten Energieverbrauchs basiert auf Kohle – und der hohen Umwelt- und Klimabelastung durch deren Nutzung –, 40 % der CO₂-Emissionen sind auf die Verbrennung von Kohle zurückzuführen. Die von den Klimaforschern errechnete Schwelle von 550 ppm atmosphärischer Treib-



9:30 hausgaskonzentration, bis zu der der prognostizierte Temperaturanstieg womöglich auf ein bis zwei Grad Celsius begrenzt werden könnte, wird bei einer Verdoppelung des weltweiten Energieverbrauchs nicht einzuhalten sein, wenn dessen Deckung hauptsächlich auf Kohle basiert.

12:00
13:30 Das Empfehlungspapier des Rats nennt folgende energiepolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre: den steigenden Ressourcenverbrauch, die Klimaerwärmung und die wachsende geopolitische Abhängigkeit von Gas und Öl – in Europa werden 65 % des Öls und Gases importiert. Zwar reichen die konventionellen Ölvorräte noch für ca. 40 Jahre, jedoch werden die Gas- und Ölvorkommen in der Nordsee bereits in der nächsten Dekade zu Ende gehen. Die potenziell mögliche Nutzung von Ölsanden und -schiefern würde zu weitaus höheren CO₂-Emissionen führen. Von den fossilen Energieträgern ist die Kohle weltweit am besten verteilt: 85 % aller Länder haben Kohlevorkommen. Insbesondere die USA, China und Indien verfügen über große Lagerstätten. Die Ressourcenverfügbarkeit stellt zunächst keinen unmittelbaren Handlungsdruck dar. Die Notwendigkeit zu einer nachhaltigen Energiepolitik ergibt sich insbesondere aus der Klimaproblematik.

Eine nachhaltige Energiepolitik sollte insgesamt auf folgender Trias beruhen: sichere Versorgung mit Energiedienstleistungen ohne Versorgungsunterbrechung, Wettbewerbsfähigkeit zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen und eine klimaschonende Energieumwandlung.

Die deutschen Braunkohlevorkommen zählen zu den größten der Welt und ihr Abbau kommt ohne Subventionen aus; hingegen beträgt der Preis für die deutsche Steinkohle etwa das Dreifache des Weltmarktpreises. Der Nachhaltigkeitsrat bleibt bei seiner bereits 2001 geäußerten Forderung, die Steinkohlesubventionen bis zum Ende dieses Jahrzehnts auslaufen zu lassen und frei werdende Mittel z. B. für die Forschung in sauberen Kohleverstromungstechnologien zu nutzen. Zur Erreichung der Klimaschutzziele reicht es nicht aus, den in Kürze technisch möglichen Effizienzgrad von annähernd 50 % bei Kohlekraftwerken zu realisieren. Erst die Aussicht auf emissionsfreie Kohlekraftwerke macht es möglich, der Kohle in einer nachhaltigen Energiepolitik eine Perspektive zu geben. Der Nachhaltigkeitsrat geht davon aus, dass eine solche Technologie bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts zu wirtschaftlichen Preisen zur Verfügung stehen könnte. Dabei wird das CO₂ abgetrennt und gespeichert.

Der gegenwärtige Problemdruck kann mit der Situation in den 1970er Jahren verglichen werden, als der saure Regen und das Waldsterben die deutsche Kraftwerkstechnologie zu Spitzenleistungen vorangetrieben haben. Gleicher Anstrengungen bedarf es heute, um den Herausforderungen des Klimawandels durch emissionsfreie Kohlekraftwerke zu begegnen. Hier ist die Forschung gefordert.

Angesichts dieser Problematik fordert der Nachhaltigkeitsrat ein energiepolitisches Gesamtprogramm, um der wachsenden Energielücke und Exportabhängigkeit, dem Investitionsbedarf der Wirtschaft und dem Klimaschutz Rechnung zu tragen. Gegenwärtig ist ein solches Gesamtkonzept der Regierung nicht erkennbar. Auf der einen Seite besteht das Ziel, die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990 abzusenken (wenn die EU ihre Emissionen um 30 % senkt), auf der anderen Seite soll die Kernenergie ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zum Einsatz kommen. Auch wird die Energieeffizienz als Lösungsansatz kaum genutzt. Neben der Erstellung einer integrierten Energiestrategie wird eine Innovationspolitik im Bereich der Energiewirtschaft für notwendig erachtet, einschließlich der Nutzung der erneuerbaren Energien. Die Energieforschung muss in der Energiepolitik mehr Gewicht erhalten und das CO₂-arme und -freie Kohlekraftwerk vorangetrieben werden. Im Hinblick auf die Nachteile des Braunkohleabbaus wie Naturzerstörung, Grundwasserbeeinflussung und Umsiedlungsmaßnahmen sollen Nachhaltigkeitsbilanzen für die jeweiligen Gebiete erstellt werden. Des Weiteren soll Deutschland die Klimaschutzziele auf internationaler Ebene vorantreiben, auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Schließlich wird für die energiepolitischen Rahmenbedingungen eine Gleichbehandlung der Energieträger unter Nachhaltigkeitskriterien gefordert.

Dr. Heinz Scholtholtz bemerkte zunächst, dass die Vorstellung des Strategiepapiers des Nachhaltigkeitsrats in der Kürze nicht ausreichend nuanciert sein konnte, unterstützte jedoch die Forderung nach einer Gleichbehandlung der verschiedenen Energieträger sowie die Trias einer nachhaltigen Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit. Dem Thema Ressourcenschonung und Klimapolitik ist eine wachsende Bedeutung beizumessen. Dies sollte durch höhere Energieeffizienz auf der Nachfrageseite, aber auch durch technologische Innovationen auf Erzeugerseite umgesetzt werden. Darüber hinaus ist es zu akzeptieren, dass kritische Bemerkungen über ökologische Auswirkungen des Braunkohleabbaus im Strategiepapier

enthalten sind. Diese sind aber durch Rekultivierung zu beheben. Dagegen sind die im Papier erwähnten sozialen Probleme wie Kinderarbeit in Kolumbien kein kohlespezifisches Problem, sondern auf die Armut in diesen Ländern zurückzuführen.

Die Bewertung der CO₂-Emission im Hinblick auf klimaschädliche Effekte ist auch für die Kohlewirtschaft von zentraler Bedeutung. In der Fachdiskussion wird dem Einfluss des CO₂ auf die Klimaveränderung jedoch ein unterschiedliches Gewicht beigemessen. Das 21 %-Reduktionsziel wird unterstützt. Allerdings sollte an diesem Ziel festgehalten werden und vor allem nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Energiewirtschaft anspruchsvollere Ziele gesetzt werden. Die Kohleindustrie ist nicht gegen den Einsatz erneuerbarer Energien. Auch die STEAG betreibt Biomassekraftwerke, gefördert durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die Forderung nach einem Nullemissionskraftwerk wird jedoch in Frage gestellt. Zwar sind die technischen Zusammenhänge, das CO₂ abzuscheiden, bekannt. Jedoch führt dies zu höherer Ressourcennutzung, da der Wirkungsgrad solcher Anlagen sinkt. Die Sequestrierung dürfte zudem noch Diskussionen um ökologische Probleme und ihre Sicherheit hervorrufen. Daher sollte das 21 %-Reduktionsziel nicht an ein Datum gebunden sein und die Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung im Kohlebereich sollten kurzfristig intensiviert werden. Die Zielsetzungen müssen in folgender Reihenfolge verfolgt werden: Versorgungssicherheit, Wettbewerbsverträglichkeit und Ressourcenschonung.

Dr. Hermann Scheer forderte die Unterscheidung zwischen der Energieversorgung insgesamt und dem Strombereich als Teil der Energieversorgung. Das Strategiepapier des Rats fokussiert zu sehr auf den Strombereich, während die zwei anderen Bereiche, Wärme und Kraftstoffe, unterbelichtet bleiben. Infolgedessen wird in zu engen Substitutionskorridoren gerechnet, d. h. dass die Energieträger nur innerhalb der jeweiligen Teile der Energieversorgung auf ihre Zukunftsfähigkeit hin betrachtet werden. Der Bau neuer Kondensationskraftwerke wird abgelehnt, da es sich um Großkraftwerke handelt, die nur ineffizient, durch Vorhaltung von Dampf, Regelernergie bereitstellen können. Die Diskussion um die Bereitstellung von Regelernergie im Zusammenhang mit der regenerativen Stromerzeugung wird zu sehr auf dieses Verfahren gelenkt. Darüber hinaus sind Dampfkraftwerke mit einem zu hohen Wasserverbrauch verbunden. Die

Wasserproblematik wird ebenso wie das Methan-Problem beim Erdgas in der Gesamtdiskussion zu wenig berücksichtigt.

Die Idee der CO₂-Sequestrierung ist perspektivlos, weil dieses Verfahren nicht wirtschaftlich sein dürfte. Dr. Scheer sieht diese Einschätzung im Strategiepapier des Rats implizit bestätigt. So sind darin die aktuellen Kosten für die CO₂-Sequestrierung mit 20 bis 60 Euro pro Tonne CO₂ über den Preisen für Energieeffizienzmaßnahmen, Zertifikate und erneuerbare Energien angesetzt. Anschließend wird davon ausgegangen, dass infolge von steigenden Restriktionen für den Klimaschutz die Zertifikatspreise steigen werden und damit die Kostendifferenz der CO₂-Sequestrierung sinken wird. Weil jedoch die Kosten für erneuerbare Energien infolge des technologischen und industriellen Fortschritts schnell sinken werden, wird die CO₂-Sequestrierung gegenüber erneuerbaren Energien nicht wirtschaftlich sein.

Was den Energieträger-Mix der Zukunft angeht, stellt sich Dr. Scheer gegen die pauschale Gleichbewertung der verschiedenen Energieträger. Es ist per se keine Gleichwertigkeit zwischen emittierenden, endlichen und nicht-emittierenden, erneuerbaren Energieträgern vorhanden. Daraus leiten sich Prioritäten zum Übergang in neue Energiestrukturen ab. Diese Prioritäten sind vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Ressourcenschonung anhand folgender Kriterien festzulegen: Zunächst müssen jene Energieträger substituiert werden, die am meisten Schadstoffe emittieren und so den größten Schaden verursachen. Dies impliziert jedoch nicht automatisch, dass es sich dabei in



Prof. Dr. Fritz Vahrenholt
Vorstandsvorsitzender der REpower Systems AG
Mitglied des Nachhaltigkeitsrats

9:30 Deutschland um die Kohle handelt, denn zusätzlich muss
 10:30 auch die Entfernung des Energieträgers zum Erzeugungs-
 10:40 ort berücksichtigt werden. Das dritte Kriterium orientiert
 11:00 sich an den vorhandenen Vorräten der fossilen Brenn-
 11:30 stoffe. Jene mit den geringsten Vorkommen sollten zuerst
 12:00 substituiert werden. Nach dem letzten Kriterium hieße
 13:30 die Substitutionsreihenfolge im Weltmaßstab: Erdöl, Erd-
 14:45 gas und schließlich Kohle.

15:00

► 15:40 Unter Berücksichtigung aller drei Kriterien und unter
 17:00 Ausschluss der CO₂-Sequestrierung ergibt sich für die
 17:30 Energieversorgung in Deutschland, dass Kohle im Über-
 gang zur vollständigen Ablösung der fossilen Brennstoffe
 durch die erneuerbaren Energieträger als Wasserstoff-
 lieferant zur Energieversorgung beitragen kann. Dabei
 geht es vor allem um die Ablösung des Erdöls. Kohle ver-
 fügt über einen Wasserstoffanteil von 48 %. Die Kohle
 würde demnach nicht mehr für die Stromversorgung in
 Deutschland eingesetzt.

Die Frage der Wasserstoffnutzung durch Kohle greift
 Dr. Vorholz in seiner Moderation auf. Von großen Kohle-
 verstromern, wie z. B. RWE, wird bereits geworben mit ei-
 ner Vision wasserstoffbetriebener Brennstoffzellen in den
 Haushalten, die mit Hilfe intelligenter Elektronik zu ei-
 nem virtuellen Kraftwerk zusammengeschlossen werden.

Der Nachhaltigkeitsrat hat in seinem Strategiepapier in
 diesem Zusammenhang zwei Prozesse betrachtet, führt
 Prof. Vahrenholt aus: zum einen die Vergasung von Kohle,
 also die Erzeugung von Synthesegas (Kohlenmonoxid und
 Wasserstoff), zum anderen entweder die Abtrennung des
 CO₂, Umwandlung in Calciumcarbonat und anschließen-
 de Ablagerung im Carbonat oder die Herausnahme des
 reinen CO₂ aus dem Calciumcarbonat mit anschließender
 Verpressung. Beides ist zu untersuchen. Herausforderung
 ist, wenigstens für die nächsten 100 Jahre das CO₂ der
 Kohlekraftwerke zwischengelagern zu können, um den
 Übergang ins Zeitalter der regenerativen Energieversor-
 gung zu ermöglichen. Solche Lösungen sind in den
 nächsten 50 Jahren notwendig, und zwar nicht nur für
 Deutschland, sondern vor allem auch in Ländern wie
 Indien und China, wo sich der Energieverbrauch verdop-
 peln wird. Energiepolitische Beispiele sind zwei Vorgaben
 im amerikanischen Energiegesetz. Zum einen sieht es
 eine Mrd. US-Dollar für die Forschung über CO₂-freie
 Kohlekraftwerke vor, wo es um die Vergasung in Synthes-
 gas geht, einschließlich der Gewinnung von Wasserstoff
 als Kraftstoffersatz. Dies erscheint jedoch erst ab einem
 Preis von 50 US-Dollar pro Barrel Öl als wirtschaftlich.

Zum anderen wird unter dem Energiegesetz zusätzlich
 eine Mrd. US-Dollar für die Bildung einer Wasserstoff-
 wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Dr. Scholtholt betrachtet die Machbarkeit des CO₂-freien
 Kohlekraftwerks noch skeptisch. Zwar könnten die Ver-
 fahren der Kohlevergasung oder CO₂-Abtrennung in zehn
 Jahren in großtechnischen, also industriellen Verfahren
 vorhanden sein. Das Problem der Lagerung ist bislang
 jedoch noch ungelöst. So sind z. B. für eine Tonne Kohlen-
 stoff acht Tonnen Carbonat notwendig. Das gleiche Pro-
 blem gilt für die von Dr. Scheer vorgeschlagene Nutzung
 der Kohle zur Wasserstofferzeugung. Im Hinblick auf den
 anstehenden Investitionszyklus steht die Frage der An-
 schubkostenfinanzierung für diese neuen Technologien
 im Mittelpunkt. Die Entwicklung des Zertifikats Handels
 und des Zertifikatspreises wird die Wirtschaftlichkeit
 dieser Verfahren entscheidend beeinflussen können.
 Angesichts der anstehenden Investitionen in den Kraft-
 werksbau und der kurzfristigen Realisierbarkeit ist sowohl
 auf der Erzeugungsseite als auch auf der Nachfrageseite
 in die effizientesten vorhandenen Techniken zu investie-
 ren, um den Energieverbrauch zu senken.

Das Hauptproblem im Zusammenhang mit dem anste-
 henden Investitionszyklus sieht Dr. Vorholz in den derzeit
 noch nicht ganz ausgereiften Alternativ-Technologien
 zur Energieerzeugung. Dadurch könnten sich angesichts
 einer sich möglicherweise verschärfenden Klima-
 problematik gewaltige Fehlinvestitionen ergeben. Der
 technologischen und wirtschaftlichen Kalkulierbarkeit
 steht also das Fehlen der ökologischen Kalkulierbarkeit
 entgegen.

Mit dem Bau neuer – wenn auch effizienterer – Kohle-
 kraftwerke, auch im Hinblick auf den Ersatz der auslau-
 fenden Atomkraftwerke, kann das 21 %-Kyoto-Ziel definitiv
 nicht erreicht werden, so Prof. Vahrenholt. Für den nächs-
 ten Investitionszyklus zur Erneuerung zumindest eines
 Teils der auslaufenden 40.000 MW Kraftwerksleistung in
 Deutschland, der 2008 bis 2010 beginnen wird, müssen
 jetzt unter Berücksichtigung einer Projektvorlaufzeit von
 fünf bis sechs Jahren die Weichen gestellt werden. Um
 das erwartete Investitionsvolumen von 40 Mrd. Euro bis
 2050 auch aus ökologischer Sicht vernünftig anzulegen,
 plädiert der Rat für den Einsatz neuer CO₂-freier Kohle-
 technologien, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.
 Gleichwohl ist sich der Rat der ehrgeizigen Ziele und
 Herausforderungen bewusst, die mit dem Einsatz dieser
 Techniken verbunden sind.

Die mit den Großkraftwerken verbundenen Risiken sind nach Dr. Scheer zu hoch. Die gegenwärtigen Erfahrungen der Wasserknappheit auch in Europa stellen die Zukunft großer Kondensationskraftwerke in Frage. Vielmehr ist der Einstieg in ein modulares Energiekonzept mit vielen, miteinander verbundenen Kleinanlagen notwendig. Dieses Konzept würde den Zubau nach Bedarf und den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ermöglichen, das abgesehen von solarthermischen Großkraftwerken und Großwasserkraftwerken ebenfalls auf einem modularen Konzept beruhen wird.

Abschlussdiskussion

In der Abschlussdiskussion wird kritisiert, dass die Debatte zu sehr auf die verschiedenen technologischen Optionen konzentriert ist, ohne die politischen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Deshalb sei auch die Frage, wie die Energiewirtschaft instrumentell auf einen nachhaltigen Pfad gebracht werden kann, anzusprechen. Das einzige Instrument ist der Emissionshandel, der gegenwärtig Zeitzyklen von drei bis fünf Jahren unterliegt. Die dem Emissionshandel attestierten Eigenschaften eines ökologisch effektiven und wirtschaftlich effizienten Instruments sind allerdings nur gegeben, wenn die Handelszyklen des Emissionshandels an die Investitionszyklen für neue Kraftwerke angepasst werden. Daher sollte der Emissionshandel im Hinblick auf seine Zeit- und Zielhorizonte diskutiert werden, um dann den Marktakteuren die Entscheidung über die mit den unterschiedlichen Technologien verbundenen Risiken zu überlassen.

Es wird befürchtet, dass die Einflussmacht der Lobbies die Entscheidungen im anstehenden Investitionszyklus beeinflussen wird, die die Erzeugungsstrukturen für die nächsten 50 Jahre prägen werden. Da aber klar ist, dass eine nachhaltige Energiewirtschaftsstruktur nur auf den erneuerbaren Energien beruhen kann, handelt es sich lediglich um ein zeitliches Problem. Die Politik sollte daher Instrumente einsetzen, die die anstehenden Investitionen in Richtung nachhaltige Energieversorgung leiten.

In dieser Forderung wird nach Prof. Vahrenholt die Wettbewerbssituation unterschätzt, in der sich die deutsche Energiewirtschaft seit der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte befindet. Die Investitionsentscheidungen der Energieunternehmen sind vor dem Hintergrund des europäischen Wettbewerbs auf den Energie-

märkten zu sehen. Hinsichtlich der Entscheidung über die Energieträger ist insbesondere die Entwicklung von zwei Kostenfaktoren bedeutend: der Preis von Importgas und die Preise pro Tonne CO₂ im Rahmen des Emissionshandels. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass die Politik für sichere energiepolitische Rahmenbedingungen sorgt, um zu verhindern, dass Umweltbelange vernachlässigt werden. Solche notwendigen Rahmenbedingungen deuten sich in den Zielsetzungen der Bundesregierung bereits an, z. B. das Ziel der CO₂-Reduzierung um 40 % bis 2020, wenn die EU insgesamt um 30 % reduziert, und die Senkung der Importabhängigkeit. Die verschiedenen Zielsetzungen müssen jedoch zusammengefügt werden und mit Hilfe des Instruments Emissionshandel entsprechend umgesetzt werden.

Verschiedene Studien, u. a. der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages und der EU-Kommission, zeigen klar, dass eine Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien möglich ist, so Dr. Scheer. Die Forderung der Energiewirtschaft nach Planungssicherheit wird kritisch betrachtet. Sie kann nicht implizieren, dass sich die Politik ihres umweltpolitischen Instrumentariums entledigt und z. B. eine weitere Erhöhung der Ökosteuer ausschließt. Die Energiewirtschaft befindet sich in einem liberalisierten Markt und muss mit Unsicherheiten umgehen können. Dr. Scholtholt weist darauf hin, dass infolge der Liberalisierung der Energiemärkte künftige Kraftwerksinvestitionen allerdings nicht mehr auf Deutschland beschränkt sind. Die Standortwahl hängt auch von der energiepolitischen Planungssicherheit ab.

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
► 15:40
17:00
17:30

Themenforum: Ein neues Leitbild für das Bauen und Wohnen? Flächen- inanspruchnahme und Nachhaltigkeit

Teilnehmer (im Bild von links nach rechts):
Robert Ummen, DIE WELT (Moderation)
Prof. Dr. Heinz-Jürgen Rosemann, TU Delft
Dr. Angelika Zahrnt, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und
Vorsitzende des BUND
Prof. Dr. Paul Klemmer, Deutscher Verband für
Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
Horst Frank, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und
Oberbürgermeister von Konstanz

Das Themenforum ist Teil einer ganzen Dialogreihe des Rats für Nachhaltige Entwicklung zur Frage der Flächeninanspruchnahme und Nachhaltigkeit, an deren Ende Empfehlungen an die Bundesregierung stehen werden. Gegenwärtig ist ein Schrumpfen der Städte mit teilweise

massiven Wohnungsleerständen zu verzeichnen, während gleichzeitig Neubautätigkeiten in den so genannten Speckgürteln zu einem zunehmenden Flächenverbrauch führen. Täglich werden in Deutschland etwa 130 ha Fläche für Siedlungszwecke in Anspruch genommen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht eine Beschränkung des Flächenverbrauchs auf 30 ha pro Tag bis 2020 vor. Ein Rückgang ist derzeit jedoch nicht absehbar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln diesen Problemen begegnet werden soll.

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Rosemann erläuterte in einem Kurzvortrag die Lösungsansätze, mit denen in den Niederlanden der Problematik der hohen Bevölkerungsdichte begegnet wird. Das Land verzeichnet das stärkste Bevölkerungswachstum in Europa seit 1950 (+ 60 %) und ist mit 460 Einwohnern pro Quadratkilometer der am dichtesten besiedelte Staat in Europa. Die lang anhaltende wirtschaftliche Prosperität hat neben der ungleichen Verteilung der Bevölkerung einen steigenden Wohnflächenkonsum und eine anhaltende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt bewirkt.

Die Niederlande begegnen diesen Herausforderungen seit etwa 15 Jahren mit einer Strategie des „Verdichtens und Verdünnens“. Städtische Flächen werden durch Umnutzung und Verdichtung intensiviert und die Anlage neuer Städte anstelle von Stadterweiterungen gefördert. Dies wird von raumordnerischen Instrumenten zur Beschränkung der Suburbanisierung – der unregelmäßigen Ausdehnung der Städte – flankiert.

Eine zweite Strategie ist die Erhöhung der Attraktivität der Stadt als Wohnort, mit dem Ziel, die Stadtbewohner von einem Umzug in die suburbanen Gebiete abzubringen. Dafür müssen neue urbane Wohnformen entwickelt werden, die eine verstärkte Differenzierung von Wohnmilieus voraussetzen. Diese Differenzierung richtet sich vor allem auf die Umstrukturierung des Wohnungsbestandes, wobei der hohe Sozialwohnungsbestand von 36 % des Gesamtwohnbestandes ein wichtiger Faktor ist. Zu der Bildung neuer städtischer Wohnformen zählt beispielsweise in Amsterdam die Umnutzung alter Hafengebiete und die gleichzeitige Nutzung bereits vorhandener Standortvorteile. Die Differenzierung von Wohnmilieus muss den unterschiedlichen Ansprüchen an Wohnqualität und dem sozialen Gefüge gerecht werden. Als ein Faktor der Nachhaltigkeit wird eine Mischung unterschiedlicher Eigentumsformen und somit auch unterschiedlicher sozialer Gruppen angestrebt. Als Beispiel



wurden die ehemaligen Wasserwerke in Amsterdam genannt, die mittlerweile in ein Wohngebiet umgewandelt worden sind. Von den 600 Wohnungen sind 300 Sozialwohnungen, 150 prämiengünstigte Eigentumswohnungen sowie 150 frei finanzierte Eigentumswohnungen für höhere Einkommensgruppen. Bis zum Jahr 2010 will die niederländische Regierung die vor zwei Jahren initiierte Strategie der Attraktivitätserhöhung der Stadt als Wohnraum abrunden.

Eine dritte Strategie ist die Steigerung der Mobilität und Erreichbarkeit, die in einem so dicht besiedelten Land wie den Niederlanden mit den täglichen Staus und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Hemmschuh von essenzieller Bedeutung ist. Hier wurde der Prozess von der Neuerschließung mit neuen Straßen umgelenkt in eine optimale und intensivere Nutzung vorhandener Verkehrsknotenpunkte, verbunden mit der Entwicklung eines neuen Stadtmodells. Es sieht im Gegensatz zu konzentrischen Wachstumsringen die Bildung integrierter Netzwerkstädte vor. Die Entwicklung neuer Verkehrsnetze und Zentren steigert die interne und externe Erreichbarkeit; gleichzeitig werden Flächen an der Randstadt freigehalten. Sie stellt ökologische Ansprüche mit der Verwirklichung von Raumansprüchen in der Stadt in Einklang. Damit wird gleichzeitig ein Nachhaltigkeitskonzept im gesellschaftlichen Sinne geschaffen, das es erlaubt, auf nationaler und internationaler Ebene wettbewerbsfähig zu sein, wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und ein Zukunftskonzept zu entwerfen. Das neue Stadtmodell wurde daher von der niederländischen Regierung vor eineinhalb Jahren in ihrem Raumordnungsbericht als Zukunftsbild definiert.

Im Hinblick auf die Umsetzung dieser Konzepte hob Heinz-Jürgen Rosemann abschließend die Konsensfähigkeit der niederländischen Gesellschaft hervor, die im Wesentlichen mit den Strukturen der Gesellschaft und mit der Art und Weise, wie politische Entscheidungen vorbereitet werden, zusammenhängt. Er betonte dabei die langjährige Bedeutung von Räten ähnlich dem Nachhaltigkeitsrat, in denen nicht nur Sachwissen gebündelt, sondern auch die Tragfähigkeit für Entscheidungen geschaffen wird. Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in den Niederlanden Institutionen, die in der langen niederländischen Tradition der Ex-ante-Evaluierung politische Pläne objektiv auf ihre Effekte hin untersuchen, was zu einer Rationalisierung politischer Diskussionen und Streitfälle führt und auch zu erhöhter Transparenz: So legt beispielsweise nicht nur die Regierung einen Haus-

haltsentwurf vor, sondern auch die Opposition. Den Vergleich können die Bürger in der Zeitung nachlesen. Diese Form der Konsensfähigkeit ist in Deutschland bislang nicht ausreichend entwickelt.

Ratsmitglied Horst Frank skizzierte die Stadtpolitik der Stadt Konstanz, in der etwa 80.000 Einwohner auf ca. 5.400 ha Siedlungsfläche leben, wovon 33 % Siedlungsverkehrsfläche und 60 % unter Schutz gestellte Flächen sind. Frank betonte, dass Kommunalpolitiker durchaus über Instrumentarien zum sparsamen Umgang mit der Fläche verfügen, und verwies auf Flächennutzungsplan, Rahmenplan und Bebauungsplan, durch die größere Vorgaben gemacht werden können und somit direkter Einfluss ausgeübt wird. So wurde in Konstanz im Jahr 1996 im breiten Konsens mit der Bürgerschaft und den Umweltverbänden der letzte Flächennutzungsplan für diese Generation aufgestellt, der die Nachverdichtung als vorrangiges Ziel vorsieht. Dieses Ziel wird in Konstanz bereits seit 1981 verfolgt, sodass derzeit etwa 60 % der Bevölkerung von Konstanz in einem 5-km-Radius wohnen, arbeiten und einkaufen. Im Gegensatz zu Abwanderungsstädten wie Halle herrscht in Konstanz eine hohe Nachfrage nach Wohnungen, und trotz einer hohen Einwohnerdichte von 1.480 Einwohnern/km² (im Vergleich dazu wohnen in Tübingen 770 Einwohner/km²) schätzt Horst Frank die Wohnqualität der Stadt aufgrund nah liegender Seen, Naturschutzgebiete und Wälder als sehr hoch ein.

Konsequenz der hohen Einwohnerdichte sind allerdings hohe Preise für Gewerbeflächen, die zu einer teilweisen Abwanderung von Gewerbe ins Umland führen. Um dieser Problematik zu begegnen, wären weiter greifende Instrumente der Landesplanung und Raumordnung hilfreich. Die kürzlich diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer würde nur eine abschreckende Erhöhung der Einkommenssteuer nach sich ziehen. Vielmehr muss auf allen politischen Ebenen gemeinsam entsprechend gehandelt werden, unterstrich Horst Frank. Im Bereich Handel wird in Konstanz seit längerer Zeit ein Zentrums-konzept vertreten, das dem Bau von großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese entgegenwirkt, indem städtische Brachflächen ausgewiesen werden. Damit soll Kaufkraft zurück in die Stadt geholt werden und kürzere Wege für den Radverkehr und den ÖPNV entstehen.

Um einem weiteren Flächenverbrauch entgegenzuwirken, sind Rahmenbedingungen vonnöten, die Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen zufrieden stellen. Dabei sollte der Einfluss von Bund und Land zugunsten der Kom-

9:30 munen verkleinert werden. Es bedarf zusätzlicher Pro-
10:30 gramme zur Altlastenbeseitigung und -sanierung, um den
10:40 Kommunen eine Neunutzung von Brachflächen leichter
11:00 zu ermöglichen.

11:30
12:00 Prof. Dr. Paul Klemmer unterstrich die These, dass nicht
13:30 die Eigenheimzulage oder die Pendlerpauschale für den
14:45 hohen Flächenverbrauch verantwortlich sind, sondern
15:00 das Bodenpreisgefälle. Ausdruck einer zurückhaltenden
► 15:40 Ausweisung von Wohnflächen, treibt das Bodenpreisge-
17:00 fälle junge Familien, die bauen wollen, aus der Stadt.

17:30 Bezieht man den Anteil des Erwerbs von Grund und
Boden in die Gesamtkalkulation mit ein, wird deutlich,
dass das Bodenpreisgefälle von größerer Bedeutung für
den Flächenverbrauch ist als die Eigenheimzulage oder
die Pendlerpauschale.

Die Gemeinden werden angesichts stagnierender Bevöl-
kerungszahlen in Deutschland zunehmend versuchen,
durch Ausweisung von Wohnflächen junge Familien an
sich zu binden, da die Einwohnerzahlen immer noch die
Bemessungsgrundlagen für Finanzzuweisung sind. Beson-
ders wichtig ist dabei eine Form familienattraktiven Woh-
nens, das in einer Verdichtung immer noch tolerabel ist.

Die Stadtverdichtungsmaßnahmen in den Niederlanden
schaffen keine Attraktivität für junge Familien mit Kin-
dern, bezweifelt Paul Klemmer. Sie stünden einer nach-
haltigen Familienpolitik, die junge Paare animiert, Kinder
zu bekommen, entgegen. Derartige Gebäudekomplexe
und verdichtete Stadtgebiete können die notwendigen
Räume der Privatheit und der Intimität nicht bieten.
Stattdessen wären Instrumente des Erbbaurechts oder der
Erbpacht und das Festlegen einer Mindestquadratmeter-
zahl wirkungsvoller. Subventionierungen kommen ange-
sichts fehlender Mittel nicht in Frage. Dabei sollte den
Städten für eine Nachverdichtung mehr Spielraum in der
Ausweisung ihrer Flächen gegeben werden, um so die
Verdichtung in den Zentren zu fördern.

Insgesamt ist, um ähnliche Ziele wie in den Niederlanden
durchzusetzen, ein längerer Zeitraum erforderlich und
ein Wirtschaftsaufschwung.

Ratsmitglied Dr. Angelika Zahrt machte die steigenden
Ansprüche dafür verantwortlich, dass trotz schrumpfen-
der Bevölkerung eine weitere Zersiedelung durch
Wohnungs- und Verkehrsflächen in der Bundesrepublik
Deutschland stattfindet. Hochrechnungen zeigen, dass
dem Flächenverbrauch Grenzen gesetzt werden müssen.

So hat das Statistische Bundesamt ausgerechnet, dass in
80 Jahren die Bundesrepublik durch Besiedelungs- und
Verkehrsflächen bei gleich bleibender Flächeninanspruch-
nahme vollständig bebaut wäre. Gegenwärtig steigen die
Wohnansprüche und der Ausbau der Verkehrsinfrastruk-
tur. Die Bevölkerungsentwicklung ist daher nicht un-
mittelbar für den hohen Flächenverbrauch verantwortlich
zu machen. Im Zusammenhang von Nachhaltigkeit und
Flächenverbrauch bleibt offen, wann die Frage nach
einem Höchstmaß an Flächenausdehnung in Deutschland
gestellt wird, wie es in Konstanz bereits geschehen ist.

Der von Horst Frank beschriebene breite Konsens über
die Reduzierung des Flächenverbrauchs wird in den ein-
zelnen Kommunen jedoch abstrahiert, indem die einzel-
nen Planungsinstitutionen generell der Reduzierung
zustimmen, im Einzelnen jedoch bereit sind, die Gewerbe-
gebiete weiter auszudehnen. Somit ist dieser Konsens
auch als ein abstraktes Bekenntnis anzusehen, das auf-
grund des Konfliktpotenzials in seiner Umsetzung nicht
richtig angegangen wird. Selbst im Verkehrswegeplan des
Bundesverkehrsministers ist dieses Thema ausgespart
worden.

Diese Problematik zeitigt wiederum ökologische Pro-
bleme wie die Zerschneidung von Flächen, die unzurei-
chende Durchlässigkeit des Bodens oder den Verlust von
Biotopen durch die Bodenversiegelung mit weitreichen-
den Auswirkungen für Bodenlebewesen, die unterhalb
dieser Versiegelung nicht existieren können. Diese
„leisen“ Umweltproblematiken sind allerdings nicht so
offenkundig, wie es früher die Schaumkronen auf den
Flüssen oder die Schadstoffskandale waren. In Deutsch-
land gibt es bislang im Unterschied zu den Niederlanden
noch kein ausreichendes Problembewusstsein. Deshalb
führt der Nachhaltigkeitsrat zum Thema Flächenver-
brauch einen gesellschaftlichen Dialog, der im Sommer
gemeinsam mit der Architektenkammer mit einer Auf-
taktveranstaltung zu der Frage „Wie viel Quadratmeter
braucht der Mensch?“ initiiert wurde. Im nächsten hal-
ben Jahr wird eine Veranstaltungsreihe Architekten,
Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, Verkehrswirtschaft,
Wirtschaft als Nachfrager für Gewerbegebiete sowie Woh-
nungsbaugesellschaften ansprechen. Thema ist jeweils
die Frage nach einem Leitbild und entsprechenden
Instrumenten. Dabei sollen sowohl die unterschiedlichen
Nutzungsansprüche von Land- und Forstwirtschaft sowie
Wohnungsbau durchleuchtet als auch die Thematik des
flächensparenden Bauens bearbeitet werden. Daneben
werden die verschiedenen Flächenansprüche von

Verkehr, Gewerbe und Infrastruktur untersucht und ein Fokus auf mögliche Planungsinstrumente und Finanzanreize gesetzt werden. Die Ergebnisse fließen in entsprechende Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrats an die Bundesregierung ein.

Der BUND fordert in der aktuellen Diskussion die schrittweise Abschaffung der Pendlerpauschale als Subventionierung des Bauens in großer Entfernung und die Streichung der Eigenheimzulage, die – trotz des vorhandenen Ziels der Reduzierung des Flächenverbrauchs – das Bauen im Grünen fördert, wobei zugleich niedrige Grundstückspreise und Mobilitätskosten diese Möglichkeit noch unterstützen. In der Diskussion um die Abschaffung der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage muss kritisiert werden, dass die Maßnahmen von der Bundesregierung lediglich als finanzpolitisches Instrument betrachtet werden und die zugrunde liegenden ökologischen und städtebaulichen Zielsetzungen im Kontext der Nachhaltigkeit nur nachgeschoben werden.

Abschlussdiskussion

In der abschließenden Diskussion wurden trotz der Ablehnung der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale die aktuell vorgelegten allgemeinen Subventionskürzungen der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück kritisiert. Anstelle der Rasenmähermethode im Subventionsabbau wurde vielmehr verlangt, politischen Prioritäten unter politischen Zielsetzungen zu folgen und in deren Rahmen die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale stufenweise zurückzufahren, anstatt mit der Rasenmähermethode dem Weg des geringsten Widerstands zu folgen. Daneben bedarf es einer eindeutigen Kontinuität in der Subventionsvergabe oder -senkung, da sich nur so eine klare Kalkulierbarkeit für die Wirtschaft und den Wohnungsbau ergibt. Diese Kalkulierbarkeit dient dementsprechend auch einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bauwirtschaft.

Gänzlich unbeachtet ist in Deutschland der Kulturmischschlag, der nötig ist, um neues städtisches Wohnen zu fördern. Die niederländische Wohnungswirtschaft hat beispielhaft dieses Bewusstsein durch vielfältige Aktivitäten für neue Mischwohnformen als Alternative zum Wohnen im Grünen erfolgreich vorangetrieben. In den niederländischen Projekten wurden beispielsweise mit 100 Wohnungen pro Hektar eine hohe Dichte, aber auch eine gute Versorgungssituation geschaffen. Dadurch ist

das Familienwohnen deutlich mehr gefördert worden, als es in Deutschland durch die endlosen Reihenhaussiedlungen geschehen ist.

Ferner wurden die Bedeutung des Wohneigentums und die daraus resultierende positive ökonomische Komponente hervorgehoben. Hier wurde die Möglichkeit von Stockwerkseigentum in stark verdichteten Gebieten betont. Freiburg kann eine Hochverdichtung, einhergehend mit einer Einschränkung des PKW-Verkehrs durch nur wenige Stellflächen, vorweisen, jedoch ohne die gleichen Ergebnisse wie in den Niederlanden.

Im Rahmen der Verdichtung richtet sich generell der Blick auf den Spielraum zwischen einer extrem hohen und einer extrem niedrigen Verdichtung. In den innerstadtnahen, traditionellen Wohngebieten mit relativ dünner Verdichtung ist häufig eine weitere Versiegelung rechtlich nicht möglich oder wird von Interessengruppen abgelehnt. Lösungsansätze versprechen hier Verdichtungsmöglichkeiten in Form gereihter Bauformen nach Absprache zwischen Nachbarn, die zu einer höheren Dichte, zu mehr sozialen Kontakten und zu einem familienfreundlichen Wohnen im Sinne des Generationenhauses führen würden. Dabei stellt sich angesichts der Zersiedelung Deutschlands das Problem der Verkehrsplanung. Da eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene aus ökonomischer Sicht nicht umsetzbar ist, muss die Thematik der Energiesparautos stärker in den Vordergrund rücken.

Abschließend wurde darauf verwiesen, mit einer Veränderung des Leitbildes des Bauens im Grünen gleichzeitig auch das Leitbild der städtischen Kultur neu zu beleben. Das betrifft nicht nur die Architektur von Baumaßnahmen, sondern auch die Problemfelder Sicherheit, Lärm und Verkehr sowie die Erwerbbarkeit innerstädtischer Grundstücke für Familien. Erst wenn diese Krise beseitigt ist, kann die aktuelle Flucht aufs Land gestoppt werden. Neben einem einfachen Mengenziel an Flächenverbrauch, das sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, müsste es zudem ein Qualitätsstandardziel geben. In der gegenwärtigen Problematik nimmt jedoch der Verkehrsbau im Vergleich zum Wohnungsbau auf dem Land eine bedeutendere Position ein, der zu einer zunehmenden Zerschneidung der Fläche führt, die mehr Schäden verursacht, als der Flächenverbrauch als eigentliche Versiegelung zur Folge hat.

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
► 15:40
17:00
17:30

Themenforum: Globaler Markt – nachhaltiger Konsum?

Teilnehmer (im Bild von links nach rechts):

Dr. Johannes Merck, OTTO (GmbH & Co. KG)

Prof. Dr. Edda Müller, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats
und Vorsitzende des „Verbraucherzentrale
Bundesverband e. V.“

Dr. Marc Beise, Süddeutsche Zeitung (Moderation)

Rainer Baake, Staatssekretär Bundesumweltministerium

Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung

Das Themenforum setzt auf der Befassung des Rats mit den Themen Weltagrarhandel und Nachhaltiger Konsum auf. Nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún bleibt die Frage offen, wie ein Ausgleich zwischen der fortschreitenden Globalisierung der Märkte und der Einhaltung sozialer Schutzanforderungen gelingen kann. Statt auf Lösungen in internationalen Verhandlungen zu setzen, muss der Prozess durch die Zivilgesellschaft begleitet, ergänzt und vorangetrieben werden. Hinsichtlich des individuellen Verhaltens klafft eine große Lücke zwischen dem, was die Bürger im Bereich Nachhaltigkeit für moralisch richtig und notwendig halten, und ihren tatsächlichen persönlichen Kaufentscheidungen. Die Frage ist daher, wie damit umgegangen werden soll und welche Strategien insbesondere im globalen Markt zur Anwendung kommen können.

Ratsmitglied Prof. Dr. Edda Müller erläuterte in ihrem Beitrag, dass aus Sicht des Nachhaltigkeitsrats wichtige Veränderungen sowohl im Konsum- als auch im Produktionsbereich stattfinden müssen. Bereits seit 1992 zentrale Handlungsfelder der Agenda 21, ist dies in Johannesburg mit dem Beschluss eines 10-Jahres-Programms „Veränderung der Produktions- und Konsumbedingungen“ noch



einmal bestätigt worden. Der Rat betrachtet in seiner Befassung mit Themen wie z. B. nachhaltige Mobilität, Energiewirtschaft und Landwirtschaft überwiegend die Produktionsseite. Dabei stehen soziale wie ökologische Belange im Vordergrund. Doch ist die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen in diesen Bereichen erst dann gegeben, wenn auch die Nachfrage sich an diesen Belangen orientiert. Mit dem Projekt „Nachhaltiger Warenkorb“ hat der Rat gezeigt, dass nachhaltiger Konsum auch wirtschaftlich erfolgreich sein kann. Der Rat hat damit ein Handlungs- und Kommunikationsfeld eröffnet und zeigt den Verbrauchern, was heute bereits möglich ist, um nachhaltigen Konsum zu praktizieren. Dabei ist unerlässlich, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gestalten, z. B. eine regionale Vermarktung, welche die Nachfrage nach regionalen Produkten berücksichtigt.

Im Bereich globaler Markt und nachhaltiger Konsum sind die Hauptakteure auf Seiten der Wirtschaft angesiedelt. Dort finden unter Begriffen wie nachhaltige Betriebsführung, corporate social responsibility etc. bereits positive Entwicklungen statt. Fraglich ist jedoch, ob sie von den Verbrauchern entsprechend honoriert werden. Hier stellen sich Fragen der Produktkennzeichnung und zu Ver-

braucherinformationsrechten. Wichtig sind auch die Organisation der Zivilgesellschaft und die Vermittlung von Verbraucher- und Anbieterinteressen. Dazu wird ein internationaler Rahmen benötigt, in dem die Marktprozesse stattfinden und in dem die unterschiedlichen Interessen artikuliert werden können. Das Problem mit der WTO liegt darin, dass soziale und ökologische Eigenschaften von Produkten nicht in das Regelsystem integriert sind. Wenn gentechnisch veränderte Nahrungsmittel beispielsweise einer Kennzeichnungspflicht unterliegen, dann behaupten die USA, es läge ein unfaires Handelshemmnis vor. Diskutiert werden muss also, wie Verbraucherrechte und -informationen im WTO-System akzeptiert werden können.

Rainer Baake konstatierte in seinem Eingangstatement, dass sich die Schwerpunkte der Umweltpolitik seit deren Beginn in den 1970er Jahren von der Produktion hin zum Konsum verschoben haben. Während die Probleme bei Produktionsanlagen und der Entsorgung weitgehend im Griff sind, stehen nun verstärkt die Konsumenten im Blickfeld. Dies ist in der öffentlichen Debatte schwierig zu vermitteln. Hier Veränderungen zu bewirken ist anspruchsvoller, als eine Industrie dazu zu bringen, ihre Produktion zu verändern. Es bedeutet nämlich, Umweltqualität zu einem Teil der Produktqualität zu machen. Produzenten, Handel und Konsumenten müssen dazu gebracht werden, dabei ihren jeweiligen Verantwortungsbereich zu erkennen.

Schnittstelle zwischen Umwelt- und Verbraucherschutz ist die „Integrierte Produktpolitik“ (IPP). In diesem Feld müssen die Begriffe „nachhaltige Konsummuster“ und „nachhaltige Produktionsmuster“ konkretisiert werden und eruiert werden, was im Sinne von Informationsweitergabe getan werden kann. Denn eine Bedingung für umweltgerechtes Verhalten ist, dass die relevanten Informationen über Produkte bekannt sind. Dieses Thema hat auch einen globalen Bezug. Es wurde letztes Jahr in Johannesburg auf die Tagesordnung gesetzt, und dieser internationale Auftrag muss nun vor Ort und in zwischenstaatlicher Kooperation umgesetzt werden.

Dr. Johannes Merck stellte in seinem Beitrag die Frage voran, woher der Druck kommt, dass Unternehmen sich selbst als nachhaltig präsentieren wollen. Der wesentliche Akteur ist hier der in seinem Verhalten ambivalente Konsument, der darüber entscheidet, ob das, was die Unternehmen tun, richtig oder falsch ist. Es kann jedoch nicht unmittelbar aus seinem Verhalten abgeleitet werden, dass

ihn die Themen Umwelt oder Nachhaltigkeit maßgeblich interessieren, obwohl bekannt ist, dass Umwelt und Nachhaltigkeit das Lebensgefühl der Menschen prägen. Die Verantwortung dafür liegt also bei den Unternehmen, denn der Konsument ist nicht bereit, zusätzliche Kosten zu übernehmen. Die Handelsbranche stellt sich dieser Verantwortung, und auch in der deutschen Wirtschaft insgesamt sind diesbezüglich sehr positive Entwicklungen zu erkennen.

Das liegt zum Teil daran, dass das „diffuse Wollen“ des Konsumenten durch NGOs zugespielt wird, die Kampagnen durchführen, um zum Bewusstsein beizutragen, und somit unter Umständen auch Markenwerte zerstören können. Die Wirtschaft muss die Forderung nach Nachhaltigkeit daher umsetzen, auch ohne einen unmittelbaren Nachfragemarkt dafür zu haben. Treibende Kraft ist hierbei zum Teil das Image. Aber auch der Finanzsektor interessiert sich immer mehr für Nachhaltigkeitsaspekte eines Unternehmens, gerade weil unternehmerische Risiken damit verbunden sind, wenn nicht nachhaltig gewirtschaftet wird.

Verantwortung kann bereits heute wahrgenommen werden. Ein Beispiel dafür ist OTTO, der größte Anbieter von Biobaumwolle in Deutschland ist. 20 % des Sortiments wird derzeit aus Biobaumwolle hergestellt. Dies ist nur möglich, weil in der Türkei und in Indien Beschaffungsstrukturen vorgefunden werden, die einen günstigen Einkauf möglich machen. Dafür ist ein globaler Markt Voraussetzung.

Ein zweites Beispiel: Der deutsche Einzelhandel hat im Rahmen des Außenhandelsverbandes beschlossen, die weltweite Beschaffung so zu organisieren, dass alle beteiligten Unternehmen der Textilbranche die gleichen sozialen Mindeststandards bei ihren Lieferanten fordern und mit einem einheitlichen System kontrollieren und durchsetzen. Es gibt also ein Bekenntnis in einer gesamten Branche, den Wettbewerb zu regulieren, damit dieser nicht mehr auf Kosten der am Produktionsprozess beteiligten Menschen in den Einkaufsmärkten stattfindet.

Jürgen Maier erläuterte in seinem Beitrag am Beispiel der WTO-Konferenz in Cancún, dass es nicht ausreicht, ausschließlich den anonymen Markt als Akteur wahrzunehmen. Tatsächlich stellen heute nicht mehr in erster Linie die Produktionsmethoden das Problem einer nicht-nachhaltigen Entwicklung dar, sondern überwiegend der Konsum. Dabei haben Fair-Trade- und Öko-Produkte aller-

9:30 dings Wachstumsraten, von denen andere Branchen nur
10:30 träumen können. Es scheint also ein wirtschaftliches
10:40 Bedürfnis danach zu geben, dass der Konsum nachhaltiger
11:00 wird. Klar ist jedoch auch, dass unter den gegenwärtigen
11:30 Bedingungen der nachhaltige Markt eine Nische bleiben
12:00 wird. Diejenigen, die sich am nachhaltigen Konsum
13:30 beteiligen, werden derzeit allerdings doppelt bestraft:
14:45 Erstens zahlen sie mehr für das Produkt und zweitens
15:00 zahlen sie über ihre Steuern die Subventionen für nicht-
► 15:40 nachhaltige Produkte mit.

17:00
17:30 Nicht nur der aufgeklärte Konsument ist gefordert, sondern auch eine andere Form der Regulierung und der finanziellen Umverteilung durch den Staat. Es gibt bereits eine hohe Regulierungswut und eine hohe Staatsquote, also Eingriffe in die Märkte, jedoch in die falsche Richtung. Ein Beispiel dafür ist die Ökosteuer: Die Kosten des Energieverbrauchs eines jeden Produkts sollten dadurch internalisiert werden, aber in dem Augenblick, in dem die Regulierung Erfolge zu bringen begann, wurde die Fortsetzung der Steuer gestoppt.

National wie international sind Reformen nötig, die auf der einen Seite das Verursacherprinzip berücksichtigen, indem es tatsächlich in die Preisgestaltung eingeht: Soziale und ökologische Kosten sollen sich im Preis des Produkts niederschlagen und somit auch vom Konsumenten bezahlt werden. So wird nachhaltiger Konsum auch wirtschaftlich attraktiv und kommt aus der Nische heraus. Mitgliedsstaaten der WTO kommen schnell in Schwierigkeiten, wenn sie das Verursacherprinzip auch auf international gehandelte Waren anwenden, denn die WTO verbietet es, Produkte zu diskriminieren auf der Basis der Art und Weise, wie sie hergestellt wurden. In der heutigen, von der WTO geregelten Form des Weltmarktes gibt es somit erhebliche Schwierigkeiten, nachhaltigen Konsum zu ermöglichen. Hier hat die Politik noch eine große Aufgabe vor sich.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde die Behauptung, Verbraucher würden allein auf den Preis achten, widerlegt. Verbraucher orientieren sich gerade nicht nur am Preis. Beim Kauf eines Autos z. B. geht es vielmehr um andere Werte wie z. B. Sozialprestige. Des Weiteren sind nachhaltige Produkte nicht unbedingt teurer. Auch dafür gibt es natürlich Beispiele, wie ökologische Nahrungsmittel, die teurer sind als konventionelle Produkte, aber eine

Vielzahl von nachhaltigen Waren kostet nicht mehr als andere. Der Nachhaltigkeitsrat hat dies im „Nachhaltigen Warenkorb“ dokumentiert: Nicht nur gut verdienende Leute können sich ökologisch und sozial verträgliche Waren leisten. Es ist wichtig, nicht in eine eindimensionale Diskussion zu geraten, wenn es darum geht, wie man nachhaltige Produktion und nachhaltige Nachfrage deckungsgleich bekommt. Viel relevanter als Preise sind hier die Rahmenbedingungen, die diese Märkte gestalten. Auch das Argument des höheren Zeitaufwandes ist relativ zu sehen. Letztlich geht es nur um eine Anfangsinvestition von Zeit. Hier könnte das Internet über das Bereitstellen von Produktprofilen helfen. Die Informationssuche ist so weniger anstrengend, als sich selbst aufwändig mit Labeln zu beschäftigen und in vielen verschiedenen Geschäften auf die Suche zu gehen.

Zu bedenken wurde gegeben, dass der Massenmarkt ganz überwiegend über den Preis funktioniert. Auch das Image eines Produktes funktioniert über den Preis. Das „Label“ ist zwar entscheidend, allerdings hat ein ökologisches Produkt größere Chancen, wenn es nicht als solches ausgewiesen wird. Konsumgüter mit Öko-Label gehören in den Augen der Massenverbraucher nämlich zu den Verlierern: Öko-Produkten werden automatisch Qualitätseinbußen und überhöhte Preise zugeschrieben. Diese Produkte sollten also, beispielsweise im Textilbereich, besser als „reine Ware“, „schadstoffbefreite Qualität“ und Ähnliches beworben werden. Aus unternehmerischer Sicht ist es tatsächlich so, dass nachhaltige Produkte nicht unbedingt teurer sein müssen, vor allem, wenn in einer Branche gleiche Wettbewerbsbedingungen hergestellt und so die Mehrkosten aus dem Wettbewerb herausgenommen werden, der Wettbewerbsnachteil also egalisiert wird, wie mit dem commitment der Einzelhandelsbranche bereits geschehen.

Abschlussrunde

Johannes Merck unterstützte die Forderung nach Transparenz und die Aussage zu den Problemen der Pionier-Unternehmen. Um Transparenz zu ermöglichen, sind nicht unbedingt Berichtspflichten die beste Lösung. Mögliche Ansätze sind auch die privaten Initiativen, die Kennzahlen erarbeiten, um Unternehmen vergleichbarer zu machen. Wichtig sind in dem Zusammenhang die „Global Reporting Initiative“, aber auch die Ansprüche von Finanzdienstleistern, die an Unternehmen gestellt werden. OTTO und andere Unternehmen orientieren sich

an den Standards der International Labour Organisation (ILO), die im Prinzip weltweit gelten, jedoch häufig von den jeweiligen Regierungen nicht durchgesetzt werden. Entsprechend übernehmen deutsche Unternehmen hier Exekutivfunktion, da sie nur unter den angesprochenen sozialen Bedingungen die Waren abnehmen.

Edda Müller konstatierte, in Bezug auf das Kaufverhalten und die unmittelbare Handlungsebene habe sich in den letzten 10 oder 15 Jahren das Verständnis von nachhaltigem Konsum gewandelt. Finanzinstitutionen z. B. wollen nicht mehr mit Nachhaltigkeit werben, weil Kunden das moralisch zwar hoch bewerten, aber gleichzeitig auch mit einem Verzicht auf Rendite verbinden. Es stellt sich daher die Frage, was der Nachhaltigkeitsrat tun kann, um die ökologische Seite der Nachhaltigkeit wieder mit gesellschaftlichem Wert zu belegen.

Des Weiteren stellt sich die Frage, welche Wünsche internationale Unternehmen, die ihr Image im Bereich „weicher Kriterien“ verbessern wollen, an das WTO-System haben. Zudem sollten auch im Schulbildungssektor Verbraucherkompetenzen vermittelt werden, weil in der Gesellschaft immer mehr Eigenverantwortung verlangt wird. Hier können Allianzen zwischen Wirtschaft und Verbraucherbildung sinnvoll sein, um auch der geforderten Transparenz einen höheren Stellenwert zu ermöglichen.

Rainer Baake zufolge geht es bei der Diskussion im Kern darum, wie nachhaltiger Konsum befördert werden kann. Diese Frage richtet sich an Wirtschaft, Konsumenten und den Staat. Die Wirtschaft trägt hier eine Verantwortung: Nur durch eigenes, konsequentes Handeln kann sie staatliches Handeln überflüssig machen. Das Gleiche gilt für die Konsumenten: Nur wenn diese nicht nachhaltig handeln, wird der Staat eingreifen müssen. Vorrang hat also die private Verantwortung.

Des Weiteren widersprach er Johannes Merck hinsichtlich der Einschätzung, generell sei ein Öko-Image schädlich. Das Gegenteil sei der Fall: In manchen Branchen, wie der Landwirtschaft, sind entsprechende Labels nötig, um die höheren Preise zu rechtfertigen. Es kommt also auf die Marktsituation an. In den Fällen, in denen der Markt versagt, greift die Politik ein. So wurde z. B. dieses Jahr die Einführung der Einwegpfandpflicht nötig, da die Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht funktioniert hat.

Der internationale Handel ist in Teilen zutiefst ungerecht und führt zu starker Belastung der Umwelt, aber dennoch

ist die Expansion des Handels eine Realität, an der niemand vorbeikommt. Deswegen werden vernünftige Spielregeln benötigt. Es gibt keinen Grund zur Freude über das Scheitern der Verhandlungen in Cancún. Das einzig Positive daran ist, dass die Schwellenländer Selbstbewusstsein gezeigt haben. Aber dieses Selbstbewusstsein muss zu neuen Verträgen führen, denn der Handel geht weiter, und die derzeitigen Regelungen sind nicht förderlich für eine nachhaltige Entwicklung. Es ist daher dringend erforderlich, dass weitere Schritte folgen.

Jürgen Maier kam noch mal auf die „gestressten Ökokonsumenten“ zu sprechen. Seiner Ansicht nach reicht Verbraucheraufklärung allein nicht aus. Vielen Produkten kann man nicht ansehen, wie nachhaltig sie tatsächlich sind, z. B. fließt der Energieverbrauch für ein Produkt nicht angemessen in dessen Preis ein. Hier gibt es dringenden Regulierungsbedarf. Eine Öko-Tomate aus Südamerika ist unter Umständen weniger nachhaltig als die konventionelle Tomate aus Holland, denn auch die Transportkosten sind ein relevanter Faktor, wenn es um Nachhaltigkeit geht. Wichtig sind also Preissysteme, die Nachhaltigkeit widerspiegeln, und dies ist eine staatliche Aufgabe. Nur über die Preise kann sich nachhaltiger Konsum flächendeckend durchsetzen.

Es ist gerechtfertigt, sich über das Scheitern von Cancún zu freuen, denn die Erwartung, dass man in Cancún sinnvolle Verträge hätte abschließen können, ist eine naive Erwartung. Das Scheitern war die notwendige Voraussetzung, um nun in neue Verhandlungen einzusteigen.

9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
► 15:40
17:00
17:30

Themenforum: Nachholend oder nachhaltig? Industrieimporte in Entwicklungs- und Schwellenländern

Teilnehmer (im Bild von links nach rechts):

Dr. Hussein M. el Gammal, World Association for Small and Medium Enterprises, Ägypten

Conny Czymoch, Phoenix (Moderation)

Rajeev Kher, The Energy and Resources Institute (TERI), Indien

Dr. Claudia Wörmann, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Prof. Dr. Eberhard Jochem, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats, Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe, Center for Energy Policy and Economics (CEPE) der ETH Zürich

Zu Beginn präsentierte Prof. Dr. Eberhard Jochem in einem Impulsvortrag die wichtigsten Ergebnisse der Studie des Nachhaltigkeitsrats „Gebrauchtgüterexporte und Technologietransfer – Ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern?“. Zur Veranschaulichung der Problematik wies Jochem auf das Abschmelzen des Rhonegletschers innerhalb der letzten fünf Jahrhunderte hin. Durch ihre Emissionen seien die Industriestaaten vom 16. bis zum 20. Jahrhundert für den globalen Temperaturanstieg und damit für den Rückzug des Gletschers verantwortlich. Das weitere Abschmelzen hingegen sei jedoch nicht mehr nur durch die Industriestaaten, sondern zunehmend auch durch die ansteigenden Emissionen in Schwellen- und Entwicklungsländern verursacht.

Anstoß für die Studie des Nachhaltigkeitsrats waren Jochem zufolge eigene beispielhafte Beobachtungen: In Karlsruhe wurden Raffinerien abgebaut, die später in Indien wieder in Betrieb gingen. Eine Zeitungsnotiz berichtete von 200.000 PKWs, die von Deutschland nach Polen gebracht wurden und dort die heimische Autoindustrie zerstörten. In vielen Hotels in Entwicklungsländern entweicht Wärmeenergie entweder durch die nur 8 bis 10 cm dicken Betonwände oder durch die Einscheibenverglasung. Die vereinzeltten Beobachtungen legten die Fragen nahe, inwiefern aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Exports von gebrauchten Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen einerseits und die Energieeffizienz von Gebäuden andererseits in Entwicklungs- und Schwellenländern einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Zur Beantwortung dieser Fragen und um sich einen ersten Überblick zu verschaffen, vergab der Rat den Auftrag für eine Studie an das Forschungsinstitut Adelphi Research.



Ziel und Erkenntnis der Studie

Die Studie will nicht an der Import- und Baupolitik in Entwicklungs- und Schwellenländern Kritik üben. Sie fokussiert auf die Sorge, dass heute bestehende Chancen einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung bei geringen sozialen und ökologischen Belastungen („tunneling through“) nicht genug wahrgenommen werden und somit ökonomisch ineffiziente und sozial wie ökologisch unerwünschte Umwege in den kommenden Jahrzehnten beschritten werden könnten.

Die Studie hat schwerpunktmäßig drei Bereiche behandelt. Erstens den der Straßenfahrzeuge: Diese werden in erheblichem Umfang (derzeit etwa 50 Mrd. US-Dollar pro Jahr) aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer gebracht. Zweitens den der großen grundstofforientierten Anlagen wie die zur Stahl-, Zement- und Papierherstellung sowie Energieumwandlungsanlagen, Kraftwerke und Raffinerien. Viele dieser gebrauchten Anlagen sind 20 bis 40 Jahre alt, werden in den OECD-Staaten ab- und in Entwicklungsländern wieder aufgebaut. Drittens den des Gebäudebereichs. Die Baustandards in den Entwicklungsländern sind häufig unzureichend, gemessen an dem, was wirtschaftlich vernünftig wäre, und angesichts der Energieverbräuche für Klimatisierung und Heizung. Die Hälfte des Baubestands müsste besser isoliert werden. Die Energieverluste könnten so halbiert werden. Die Unterinvestierung im Bereich der Gebäudeisolierung und die daraus entstehenden hohen Betriebskosten sind häufig dadurch befördert, dass Investoren ein Haus nicht selbst nutzen und nicht selbst für die Kosten von Klimatisierung oder Heizung aufkommen müssen.

Der gesamte Markt für Fahrzeuge, Anlagen und Maschinen aus allen Industriezweigen besitzt derzeit ein Volumen von rund 150 Mrd. US-Dollar pro Jahr, mit schnell wachsender Tendenz. Dabei muss zwischen solchen gebrauchten Industriewaren unterschieden werden, die in die Investitionsgüterindustrie wie z. B. in die Metallverarbeitung, die Kunststoffverarbeitung oder in die Textilindustrie gehen, und solchen, die in den Bereich der Konsumgüterindustrie wie bspw. in die Nahrungsmittelindustrie verkauft werden. Letztere sind in der Regel preisgünstig zu haben, nicht so stark automatisiert und daher leichter reparierbar als automatisierte Maschinen und Anlagen. Sie schaffen somit mehr Beschäftigung in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Für den nicht-nachhaltigen Transfer von Gebrauchtgütern gibt es eine Vielzahl von Gründen:

- Mangel an Investitionskapital in Schwellen- und Entwicklungsländern.
- Unvollständige Informationen über die zu transferierenden Produkte.
- Importeure führen keine Lebenszyklusanalyse bezüglich der Kosten durch. Einzig die geringen Investitionskosten werden berücksichtigt, nicht aber die Betriebskosten über die Restlaufzeit der Anlage oder Maschine.
- Die Einfuhrregeln der importierenden Länder sind unzureichend.
- Das Internet hat dazu geführt, dass Anbieter und Interessenten schneller zueinander finden. Der positive Eindruck, den die Maschinen und Anlagen auf dem Bildschirm erzeugen, steht jedoch oftmals im Widerspruch zur tatsächlichen Qualität der angebotenen Güter.

Aus der Studie ergaben sich mehrere Fragen, die zur Diskussion gestellt wurden: Sollten Exporteure oder die Regierungen in den OECD-Ländern Regulierungen in Bezug auf bestimmte gebrauchte Güter einführen? Könnte auf EU-Ebene beschlossen werden, dass Exporte von bestimmten Gebrauchtgütern in dieser Form nicht mehr stattfinden dürfen? Im Chemikalienbereich ist dies zum Teil bereits der Fall. Inwieweit ist der Import von Großanlagen der Grundstoffindustrien und Energieumwandlung zum Nachteil nicht nur der Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch der Industrieländer? Wie kann man mit dem Transfer von gebrauchten Gütern so intelligent umgehen, dass er zum langfristigen Nutzen aller Länder ist?

Dr. Hussein M. el Gammal teilte die Sicht von Prof. Jochem, die Groß- und Energieanlagen betreffend, verwies aber aus ägyptischer Sicht auch auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Betriebe im ländlichen Bereich, die vom Export von Gebrauchtgütern profitieren können. Mehr als 90 % der wirtschaftlichen Aktivitäten in Ägypten, die nicht im landwirtschaftlichen Bereich angesiedelt sind, finden im Sektor der kleinen und mittelständischen Unternehmen statt, die einen hohen Bedarf an kleinen Maschinen haben. Die entspre-

9:30 chende Ausstattung dieser Unternehmen schafft neue
10:30 Arbeitsplätze und treibt somit die Entwicklung des priva-
10:40 ten Sektors in Ländern wie Ägypten oder Jordanien sowie
11:00 anderen Entwicklungsländern in Afrika und im arabi-
11:30 schen Raum voran.
12:00
13:30 Rajeev Kher ging auf ordnungspolitische Rahmen für den
14:45 Import von Gebrauchtgütern ein. Im Falle Indiens bei-
15:00 spielsweise gibt es keine Regeln, die eine Einfuhr grund-
► 15:40 sätzlich verbieten. Es gibt jedoch Einschränkungen, die
17:00 den Schutz der einheimischen Industrie zum Ziel haben.
17:30 Solche Regeln betreffen die Arbeitsintensität der Indus-
trie, die Technologie und das Alter der Maschinen, die
importiert werden. Beispielsweise dürfen Kraftfahrzeuge
bei der Einfuhr nicht älter als drei Jahre sein. Grund für
diese Einschränkung ist die schnelle Entwicklung der
indischen Autoindustrie, in der viele internationale Un-
ternehmen tätig sind. Ähnlich sieht es bei Investitions-
gütern aus. Die Papierindustrie begrüßt die Einfuhr von
gebrauchten Maschinen, diese dürfen allerdings nicht
älter als zehn Jahre sein. Aus umweltpolitischer Sicht
wurde das Problem der Gebrauchtgüterimporte in Indien
bislang noch nicht betrachtet. Die Studie des Nachhaltig-
keitsrats liefert den notwendigen Anstoß, den Fokus der
Debatte von einer rein ökonomischen Diskussion über
Im- und Export zu einer der nachhaltigen Entwicklung zu
öffnen.

Dr. Claudia Wörmann stellte fest, dass sich der Markt für
Gebrauchtgüter im Maschinen- und Anlagenbau quali-
tativ in den letzten zehn Jahren stark entwickelt hat.
Während vor etwa zehn Jahren Maschinen „wie besehen“
aus Entwicklungsländern gekauft wurden, werden sie
heute mit Zertifikaten versehen und haben Garantien.
Diese Zertifikate geben Auskunft über den Betrieb der
Maschine, über die voraussichtliche Laufzeit und über die
Emissionen. Der Lebenszyklus von gebrauchten Gütern
wird immer kürzer. Dies hängt mit der technologischen
Entwicklung insgesamt zusammen, aber auch mit den
Innovationen in Deutschland selbst, d. h. mit den Zeit-
räumen, in denen Anlagen erneuert werden. Gebrauchte
Anlagen sind immer älter als drei, aber selten älter als
sechs bis sieben Jahre. Die Exporte der deutschen Indus-
trie in ihren Spezialgebieten – dem Maschinen- und
Anlagenbau – sind unter Emissionsgesichtspunkten nicht
gerade die gefährlichsten und schädlichsten Produkte.

Diskussion

Auftakt der Diskussion im Plenum bildete die Frage, ob
freiwillige Informationen und Zertifikate zu Maschinen-
eigenschaften wie Emissionen, Energieverbrauch,
Betriebskosten und Restlaufzeiten nicht ein Wettbewerbs-
vorteil im Sinne einer größeren Transparenz z. B. der
Energiekosten seien. Verwiesen wurde das Instrument
internationaler Regelungen in diesem Bereich, der so
genannten „codes of conduct“, die von einzelnen Ländern
bilateral beschlossen wurden: Jedes Land hat andere
Regeln bezüglich des Schutzes der Umwelt. Exportpro-
gramme müssen auf die Bedürfnisse des jeweiligen Lan-
des zugeschnitten werden. Es gibt einen hohen Bedarf an
guten Anlagen für kleine und mittelständische Unterneh-
men, denn diese sind auf die Anlagen angewiesen, um
Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bedeutet global
für alle Marktteilnehmer im Grunde eine win-win-Situa-
tion. Aus dieser Perspektive tragen Exporteur wie Import-
eur ebenso große Verantwortung. Allerdings ergibt sich
aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand in den ver-
schiedenen Ländern eine Differenzierung der Verantwor-
tung. Ein Exporteur hat die gleiche Verantwortung wie
ein Importeur, was die Umweltschäden vor Ort betrifft,
die von dem gebrauchten Exportgut verursacht werden.
Die Frage, ob es möglich ist, alles über internationale Ver-
träge zu regeln, sei eher negativ zu beantworten. Wichti-
ger ist, dass sich jede Seite über ihre Rolle im Prozess klar
sein muss. Das größte Problem stelle die oftmals unzurei-
chende Informationslage für den Käufer dar. Freiwillige
Selbstverpflichtungen der exportierenden Länder zur
Bereitstellung von Informationen wären daher ein großer
Fortschritt. Als positives Beispiel wurde die deutsche
Industrie genannt, die ihre gebrauchten Güter auf eine
sehr fortschrittliche Art exportiert, indem sie sie mit
Beschreibungen, Zertifizierungen und Garantien versieht.
Die Anforderungen der Kunden, in erster Linie aus China,
Indien und den osteuropäischen Ländern, sehen vor, dass
die Maschinen, die exportiert werden, überholt, moderni-
siert und zertifiziert sind. Dies liefere die deutsche Indus-
trie freiwillig.

Dennoch, wurde im weiteren Diskussionsverlauf festge-
stellt, ist die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklun-
gsländern nicht vollständig ohne Emissionen möglich. Hier
ergebe sich die Frage nach ihrer möglichen Höhe und
ihrer möglichen Reduzierung. Regulierungen dieses Pro-
blems durch die Schließung von Grenzen entweder bei

den Importeuren oder bei den Exporteuren sind keine adäquate Lösung. Solche Schutzmaßnahmen hätten nur handelsumlenkende Wirkung. Wenn die Lieferung einer stark emittierenden Anlage durch eine nationale Gesetzgebung in einem gegebenen Land verhindert werde, würde sie ein anderes Land akzeptieren. Eine Lösung für das Problem müsse deshalb auch dem Interesse der Entwicklungsländer gerecht werden. Der Königsweg liegt dabei in internationalen Vereinbarungen, und zwar in solchen, die möglichst viele Länder verabreden und die den Nachhaltigkeitsgedanken und Umweltaspekte so gut wie möglich berücksichtigen.

Zu bedenken wurde gegeben, dass dieser Weg sehr viel Zeit koste. Die Probleme müssten deshalb anders als über handelsumlenkende Instrumente gelöst werden. Dabei müsse die Rolle der WTO berücksichtigt werden, die ihre Aufgabe im Abbau von Handelsbarrieren sieht. Regulierungen von Handelsströmen wie Beschränkungen von Exporten oder Importen seien prinzipiell nicht WTO-konform. Gleichwohl ist die Konformität mit WTO-Regelungen ein relativ hohes Gut, weil sie den einzigen Rechtsrahmen darstellt, den es für den internationalen Handel gibt und der geschützt werden sollte. Andere mittel- bis langfristige Lösungen des Problems müssten deshalb in einer vernünftigen Entwicklungspolitik, in technischer und finanzieller Hilfe sowie in der Entwicklung von TÜVs und technischen Prüfstellen in den Importländern gesucht werden.

Diese Bewertung der WTO-Regularien stieß auf Kritik, da sie zum Anspruch der Studie, die einen Handlungsbedarf zur Regelung von Gebrauchtgüterexporten sieht, in Widerspruch steht. Wenn dem so sei, so das Gegenargument, dann seien die Regularien unpassend und müssten aus einer sachlichen Notwendigkeit in diesem Sektor verändert werden.

Als weiteres Instrument wurde der so genannte „Global Compact“ der Vereinten Nationen genannt, der auf die drei Bereiche Menschenrechte, Umwelt und Arbeitsgesetze abhebt. Die zugrunde liegende Idee, dass der private Sektor sich freiwillig zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls, zu den Menschenrechten und den Arbeitsvorschriften der ILO bekennt, sei unterstützenswert. Hier öffne sich ein Weg für die freiwillige Mitarbeit des privaten Sektors an einer umweltfreundlichen Nutzung von Gebrauchtgütern, die durch freiwillige Vereinbarungen eher gesichert werden könne als durch gesetzliche Regelungen. Mit einer solchen Verbindung des Global Compact

könne es gelingen, die Verantwortung für einen nachhaltigen Technologietransfer zu internationalisieren. Allerdings müssten auch die technologischen Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Blick genommen werden, um die Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung mit umweltpolitischen Gesichtspunkten in Einklang zu bringen.

Die weitere Diskussion widmete sich der Frage, inwieweit trotz der Exporte auch Entwicklungspotenzial der eigenen Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien gewährleistet sei. Gefordert seien Mechanismen zur Prozessbeobachtung, -steuerung und -beeinflussung in sich industrialisierenden Ländern, ohne denselben zu enge Fesseln anzulegen.

Aus ägyptischer Sicht stellt der Import von gebrauchten Gütern aus dem Bereich der erneuerbaren Energien keine Bedrohung für die eigene Industrie dar. Bisher gibt es in Entwicklungsländern keine große Produktion von erneuerbaren Energienanlagen und Maschinen, sei es Solar- oder Windenergie.

Dass Anlagen in der Grundstoffindustrie und in der Energiewandlung sehr kapitalintensiv, aber weniger arbeitsintensiv sind, wurde als Problem gesehen. Der Verkauf von Technologien, die 30 Jahre alt sind, sei nicht sinnvoll. Vielversprechender sei der Weg, den etwa Thyssen-Krupp mit einem joint investment mit China geht, nach dem Muster: Wir kaufen eure alte Anlage, sie wird in Deutschland verschrottet, und wir stellen euch dafür eine Anlage nach den neuesten Standards hin und nutzen gleichzeitig den „Clean Development Mechanism“ des Kyoto-Protokolls. Für die Anlage erhalte der Konzern Emissionszertifikate nach dem Kyoto-Protokoll und für die Differenz werde ein Joint Venture initiiert. Das Geld wird in diesem Beispiel mit den geringeren Betriebs- und Lebenszykluskosten verdient und der Gewinn daraus anschließend geteilt. Ein solches Modell stelle eine sinnvolle Alternative für energieintensive und ressourcenintensive Anlagen dar. Da die Leistung im Falle der arbeitsintensiven Maschinen, die nicht neu sein müssen, etwa gleich gut sei, genüge es, einen hohen Anspruch an die Informationen zu setzen, was die Maschine leistet, wie ihre Spezifikationen und die Restlaufzeiten sind. Mit solch einem hohen Anspruch an Information könne das importierende Land selbst entscheiden, was es braucht.

Ferner wurden der Einfluss von Kreditbürgschaften auf den Export von Second-Hand-Gütern und das Übersprin-

9:30 gen bestimmter Technologiestadien diskutiert. Als Instru-
10:30 ment seien Export-Kreditbürgschaften untauglich, da sie
10:40 prinzipiell Risiken absichern und nicht Umweltprobleme
11:00 lösen. Eine Erweiterung dieses Instruments würde es auf-
11:30 weichen und für die Unternehmen unattraktiv machen.
12:00 Der angestrebte Effekt werde damit nicht erreicht.
13:30
14:45 Ratsmitglied Prof. Dr. Josef Sayer lenkte die Diskussion
15:00 auf ethische Aspekte des Themas. Aus der Sicht des BDI
► 15:40 wurde dazu angemerkt, in den Unternehmen hätte die
17:00 unternehmerische Verantwortung einen hohen Stellen-
17:30 wert, nicht nur im Verhalten nach innen, sondern auch
nach außen. Gleichwohl können Unternehmen nicht
ohne den Blick auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis
agieren und Aufgaben, die die großen Probleme dieser
Welt, etwa der Klimaschutz, stellen, nicht allein lösen, für
die es auch noch andere Akteure gibt: in den Entwick-
lungsländern selbst, in der Politik der Industrieländer und
bei den internationalen Organisationen.

Diese Stellungnahme müsse, so Jochem, differenziert
werden. Es müsse unterschieden werden, ob von einzel-
nen Ländern oder von den Industriestaaten allgemein die
Rede sei und welche Unternehmen man in den Blick
nehme. Am Beispiel des Unternehmens BP werde deut-
lich, dass viel mehr Flexibilität im unternehmerischen
Handeln möglich ist, als zurzeit im Durchschnitt geleistet
wird. Der global player BP hat sich bereits 1999 verpflich-
tet, die CO₂-Emissionen durch einen unternehmensinter-
nen Zertifikatehandel um 10 % zu reduzieren. Das Ziel
war nach nur dreieinhalb Jahren erreicht. Völlig uner-
wartet hat man festgestellt, dass es riesige Energieeinspa-
rungspotenziale gibt, sobald die Knute der Emissions-
zertifikate eingeführt war, einschließlich der Regelung,
dass Betriebseinheiten, die die Emissionsminderungen
nicht erreichen, Zertifikate hinzukaufen müssen. Das
Management wurde entsprechend bei seinen Bezügen
finanziell bestraft bzw. belohnt. Dieses Beispiel sei nicht
nur für Deutschland, sondern für die Industriestaaten
insgesamt relevant. Gefordert sind mehr solcher „first
movers“ wie BP, die einsehen, dass es eine Verantwortlich-
keit gibt, die über die Shareholdervalue-Verantwortlich-
keit hinausgeht. Hier sei der BDI gefordert, entsprechen-
de Konzepte zu entwickeln.

Es ist nicht allein der ethische Anspruch, der das Verhal-
ten von Unternehmen wie BP oder EXXON und anderen
transnationalen Konzernen beeinflusst, so ein weiterer
Diskussionsbeitrag. Es geht nicht nur um Regeln, viel-

mehr müsste ein System von Anreizen geschaffen werden,
damit sich große Unternehmen an Umweltstandards
halten.

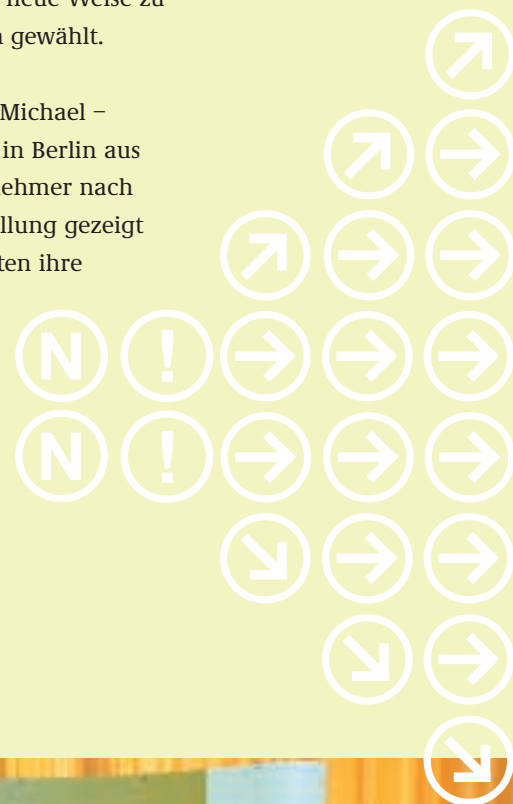
Abschließend wurde konstatiert, dass das Ziel einer nach-
haltigen Entwicklung Handlungsbereitschaft auf beiden
Seiten des Technologietransfers fordert. Der Maßstab für
Akzeptanz von Standards und Instrumenten müsse für
alle gleich gelten und an wirtschaftlichen Kriterien unter-
schiedlich gehandhabt werden. Der Grundsatz „Nicht vor
meiner Haustür!“ sei bekannt. Es gebe aber auch ein
Element der internationalen Unternehmensverantwor-
tung, und dieses müsse von allen akzeptiert werden.

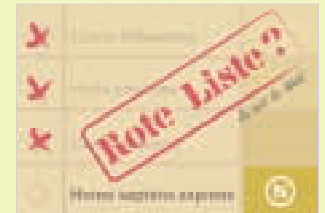
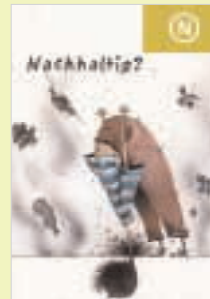
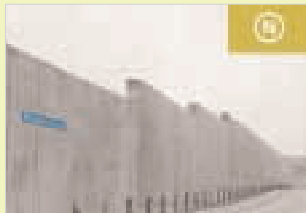
Visionen ►

Die besten Beiträge des Design-Wettbewerbs „blick auf morgen“

Visionen von der Zukunft und eine künstlerische Herausforderung standen beim zweiten Jugendwettbewerb des Nachhaltigkeitsrats im Vordergrund. Unter der Aufforderung „blick auf morgen“ startete im Mai 2003 der Design-Wettbewerb für Schüler, Auszubildende und Studenten. Gesucht wurden kreative Ideen für eine nachhaltigere Zukunft. Ziel war, andere Menschen mit diesen Botschaften zu erreichen und Nachhaltigkeit auf eine neue Weise zu kommunizieren. Als besonders populäres Medium wurden Gratis-Postkarten gewählt.

Eine Fachjury – Tobi Schlegl, Dr. Margot Käßmann, Achim Heine, Bernd M. Michael – wählte die besten Beiträge für die Endrunde während des Jahreskongresses in Berlin aus und gab ihr Siegervotum ab. Der Nachhaltigkeitsrat lud die Endrundenteilnehmer nach Berlin ein, wo ihre Postkartenbeiträge, als Poster vergrößert, in einer Ausstellung gezeigt wurden. Die Besucher des Kongresses wählten nun mit farbigen Klebpunkten ihre Favoriten.





Studenten ➤



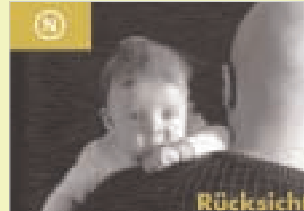
Gewinner bei den
Studenten: Stefan Strehlow



Schüler ➤



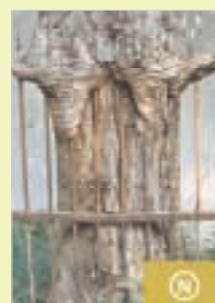
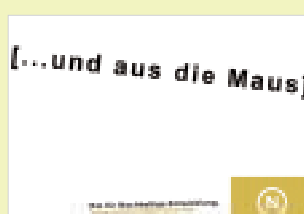
Gewinner bei
den Schülern: Morten Pyroth



Auszubildende ➤



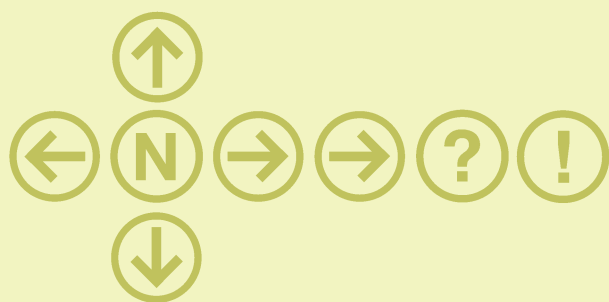
Gewinnerinnen bei den Auszubildenden:
Verena Borchers und Jusefine da Rocha Silva, im Team mit
Anna Weidenbach, Tanja Schmidt und Vanessa Decker





*Sie können bei fast allen Plakaten
den Text weglassen. Das Bild erzählt
die Geschichte. Emotionen überlagern
den sperrigen Begriff.*

Bernd M. Michael



Preisverleihung zum Design-Wettbewerb „blick auf morgen“

Die Preisgewinner

Dr. Margot Käßmann, Mitglied des Nachhaltigkeitsrats und Landesbischöfin der ev.-luth. Landeskirche Hannover
 Bernd M. Michael, Grey Global Group Europe und European Association of Communication Agencies (EACA)
 Tobi Schlegl, Moderator bei VIVA
 Moderation: Katrin Brand

Katrin Brand:

Heute haben sich 600 Leute den ganzen Tag lang den Kopf zerbrochen über das Thema Nachhaltigkeit. Jetzt wollen wir uns ein Bild machen vom Thema Nachhaltigkeit. In dem Wettbewerb „blick auf morgen“ waren Schüler, Azubis und Studenten aufgefordert, in Bilder zu fassen, wie wir morgen mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen, wie die Arbeitswelt aussehen wird, wie wir die Zukunft so gestalten, dass keine Generation auf Kosten und zu Lasten der anderen Generation lebt. Schließlich: Ihnen war die schwierige Frage gestellt: Wie eigentlich wirbt man für diesen sperrigen Begriff Nachhaltigkeit?

Die 24 besten Arbeiten aus diesem Wettbewerb sind heute ausgestellt. Eine Fachjury und das Publikum haben die drei Sieger gewählt. Frau Käßmann, Sie waren in der Jury. Haben Sie einen heimlichen Favoriten?

Dr. Margot Käßmann:

Ja, ich habe einen Favoriten, aber den darf ich noch nicht verraten.

Ich finde das Projekt ungeheuer wichtig. Es ist kein Jugendlicher im Nachhaltigkeitsrat und eine der großen Fragen ist natürlich, was fangen Jugendliche mit diesem ganzen Thema an, denn es ist ja ihre Erde, die sie gestalten, beleben, bewohnen in den nächsten Jahren. Letztes Jahr hatten wir den Schreibwettbewerb; dann waren diese Kinospots, die wir gesehen haben, und ich denke, der Postkartenwettbewerb zeigt – und das hat mir unheimlich gut gefallen – dass Jugendliche etwas leichter mit dem Thema umgehen, nicht immer so ganz ernsthaft und eng. Ich fand viele Beiträge einfach pfiffig und lustig! Es darf auch Spaß machen, sich für Nachhaltigkeit einzusetzen,

und es muss nicht immer nur hoch moralisch und ökomäßig sein, sondern man kann mit Lust und Spaß an das Thema herangehen. Das zeigen die Postkarten.

Katrin Brand:

Tobi Schlegl moderiert im Jugendsender VIVA die globalisierungskritische Sendung „Das jüngste Gericht“. Wie kriegt man Jugendliche zum Thema Nachhaltigkeit?

Tobi Schlegl:

Das ist eine schwierige Angelegenheit. Der mahnende Zeigefinger ist jedenfalls fehl am Platz. Man muss sie eigentlich da ansprechen, wo sie sind. Man muss auf sie zugehen. Das muss auch in den Schulen passieren. Das ist auch noch mein Kritikpunkt an den Rat für Nachhaltigkeit. Letztes Jahr wusste ich noch gar nicht, dass ein solcher Rat überhaupt existiert, und ich denke, der Wettbewerb könnte noch viel größere Ausmaße erreichen und noch viel mehr Teilnehmer haben, wenn man über die Medien und die Werbung geht und die Leute noch viel intensiver anspricht.

Katrin Brand:

Kann man das Thema Nachhaltigkeit denn überhaupt aus der Sicht von jüngeren Menschen positiv besetzen? Klingt das nicht zu stark nach Strickjacke und nach „ich darf nicht mit dem Flugzeug in Urlaub fliegen“ und nicht die Pille nehmen und kein Kondom ins Klo spülen ...

Tobi Schlegl:

Es heißt ja eigentlich, dass man sich Gedanken über die Zukunft macht, und das, glaube ich, macht jeder von uns. Die Erfahrung habe ich in meinen Sendungen gemacht, z. B. beim Thema Irak-Krieg, dass die Leute – gerade



9:30 Jugendliche – auch sehr politisiert sind. Man muss ihnen
10:30 nur eine Chance geben und sie ernst nehmen. Das ist
10:40 ganz wichtig.

11:00
11:30 Katrin Brand:

12:00 Herr Michael, wie ist es aus der Sicht der Werbung mit
13:30 dem Thema Nachhaltigkeit: Das ist doch irgendwie, als
14:45 würde man versuchen, einen Pudding an die Wand zu
15:00 nageln, oder?

15:40

► 17:00 Bernd M. Michael:

17:30 Also, ich habe kurz zuvor in einem Forum kritisiert, wie
unprofessionell bisher mit der Werbung für Nachhaltig-
keit umgegangen wurde. Das wiederhole ich jetzt nicht.
Vielmehr will ich sagen: Bei dem Wettbewerb sind uns
in der Jury sehr schöne Arbeiten begegnet, die ihren
Schwerpunkt – und das ist hochinteressant – in einer
positiven Grundhaltung und in einer totalen bildhaften
Aufarbeitung hatten. Sie können bei fast allen Plakaten
den Text weglassen. Das Bild erzählt die Geschichte.
Emotionen überlagern den sperrigen Begriff. Die jungen
Leute haben die Sperrigkeit ignoriert und haben das
Thema anfassbar, bildhaft und in der Mehrzahl freund-
lich, fröhlich, lebensnah gemacht. Das ist die beste Über-
setzung, die sich dieser Rat wünschen kann, und hoffent-
lich gibt es noch viele Wettbewerbe dieser Art, damit –
Entschuldigung – die Bürger und das Volk endlich mal
das zurückgespielt bekommen, was sie vermissen. Ich
finde solch einen Wettbewerb toll! Hoffentlich kriegen
wir im nächsten Jahr wieder einen Wettbewerb, dann
mit zehnfacher Teilnahme, denn das, was heute heraus-
kommt, werden wir gleich sehen, macht richtig Spaß!

Katrin Brand:

Haben die Teilnehmer das alles alleine gemacht oder ist
ihnen ein bisschen unter die Arme gegriffen worden?
Wie ging das mit der professionellen Hilfe?

Bernd M. Michael:

Man sieht an den Entwürfen, wer ein heimlicher Picasso
war, wer sich von Profis hat helfen lassen oder sich aus
dem Internet Bildvorlagen geholt hat oder sonst was. Das
ist aber ganz egal, ob da mit oder ohne Hilfe gearbeitet
wurde. Ich finde, hier geht es darum, jedermann für
Nachhaltigkeit zu interessieren, und da ist eben ein bun-
ter Reigen von Dingen herausgekommen und man kann
hinterher als Nichtprofi nicht mehr feststellen, wo war
die lenkende Hand derer, die das täglich machen, und wo
war es der tolle, spontane Einfall.

Katrin Brand:

Du hast ja bei VIVA viel zu tun mit Videos, mit Bildern
usw. Kannst du dort diese Bildsprache erkennen? Sagt sie
den Leuten etwas, die in der heutigen Zeit aufwachsen,
wo schnelle Bilder, kurze, prägnante Bilder wichtig sind?

Tobi Schlegl:

Durchaus! Die Sprache ist gar nicht mehr wichtig. Nach-
haltigkeit braucht gar nicht mehr draufzustehen. Man er-
kennt, worum es geht. Das ist ja auch bei den Postkarten
ganz wichtig. Sie müssen natürlich ein Eye-Catcher sein.
Solche Karten hängen in Bars, auf dem Weg zum Klo.
Man sieht sie nur einen kurzen Augenblick und da müs-
sen sie Aufmerksamkeit erregen, und wenn es mit einem
bisschen Witz ist, umso besser. Sie müssen ja mithalten
mit den anderen Karten, die noch da sind. Sie sollen ja
auch nicht einfach dort herumstehen, sondern die muss
man sich auch mit nach Hause nehmen.

Katrin Brand:

Frau Käßmann, kurze Slogans, Bilder. Bleibt da vielleicht
doch die Botschaft auf der Strecke?

Dr. Margot Käßmann:

Das glaube ich nicht. Wir müssen beides können: die Idee
mal in einem 17-seitigen Papier an Experten zu kommuni-
zieren und mal mit einer solchen Aktion. Deshalb ist das
Postkarten-Projekt ein klasse Ansatz. Die Postkarten haben
den Mut zu kurzen, prägnanten Formen. Das ist neu und
es ist sehr wertvoll.

Katrin Brand:

Gucken wir uns einmal die kurzen, prägnanten Formen
an. Tobi Schlegl hat drei Umschläge in der Hand.

Tobi Schlegl:

Wir fangen mit den Schülern an. Der Gewinn in der
Kategorie „Schüler“ geht an einen Herrn Morten Pyroth.
Du stellst dich bitte kurz vor und erzählst, wie du auf die
Idee gekommen bist? Im Familienalbum geblättert?
Hängt das bei dir zu Hause an der Wand?

Morten Pyroth:

Ich bin Morten Pyroth aus Saarlouis, Schüler am Gymna-
sium, 16 Jahre alt, und das bin ich selber auf dem Foto,
daneben ist mein Vater. Das Foto hängt bei meinem Vater
tatsächlich an der Wand und das ist auch die Idee. Wir
haben überlegt und sind durch die Wohnung von mei-
nem Vater gegangen und ich sah das Bild und dachte,
das passt am besten. So einfach war das.

Katrin Brand:

Ich darf die Urkunde übergeben, 1. Preis. Herzlichen Glückwunsch!

Tobi Schlegl:

Wir kommen zu den Auszubildenden. Gewinner sind Verena Borchers und Jusefine da Rocha Silva. Dieses wundervolle Werk haben die beiden kreiert. Glückwunsch! Wir haben ja alle erst einmal gedacht, dass das auf jeden Fall von Jungs entworfen worden sei. War aber nicht so. Wie seid ihr auf die Idee gekommen?

Verena Borchers und Jusefine da Rocha Silva:

Es ist eigentlich mit mehreren Leuten morgens in der Schule so um 8 Uhr entstanden.

Tobi Schlegl:

Um 8 Uhr denkt man an so was?

Verena Borchers und Jusefine da Rocha Silva:

Vorausgegangen ist eigentlich der Spruch „Ficken fürs Volk“, was dann wahrscheinlich ein bisschen zu heftig gewesen wäre, und das ist auch besser verständlich.

Tobi Schlegl:

Schön, dass ihr das ein bisschen entschärft habt! Hier sind eure Urkunden.

Eine Kategorie fehlt noch. Stefan Strehlow aus Lüneburg ist Gewinner bei den Studenten.

Katrin Brand:

Stefan, erzähle uns die Geschichte deines Bildes!

Stefan Strehlow:

2 Uhr nachts saß ich am Schreibtisch und versuchte mich an einer kreativen Phase. Das Schild hängt normalerweise im Flugzeugklo und im Intercity. Da habe ich es auch das letzte Mal auf der Bahnfahrt hierher gesehen.

Katrin Brand:

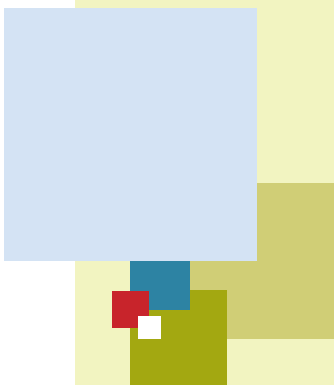
Gut. Herzlichen Dank an alle. Die drei Sieger-Motive werden vom Rat als Edgar-Karten produziert und bundesweit in Restaurants und Kneipen ausgelegt, damit wir gut für die nachhaltige Entwicklung werben.

Aber auch für die anderen 21 Arbeiten, die keinen Preis gekriegt haben und trotzdem ganz toll sind, ein herzliches Dankeschön und einen großen Applaus.

Ein besonderes Dankeschön auch an alle, die an diesem Wettbewerb teilgenommen haben, und an die Jury. Besonderen Dank auch an Katrin Pommer, Bert Odenthal, Kai Lehmann und Christiane Averbek, die den Wettbewerb maßgeblich organisiert haben.



9:30
10:30
10:40
11:00
11:30
12:00
13:30
14:45
15:00
15:40
17:00
► 17:30



Nachhaltigkeit klingt gut

Die Pianistin Annette Yashpon hat den Empfang am Abend musikalisch untermalt und mit unseren Erinnerungen gespielt. Eine Kultur der Nachhaltigkeit darf nicht nur das Streben nach vorne, das ständige „Wohin, wie weiter, was noch“ sein. Die Künstlerin zeigte musikalisch, dass Nachhaltigkeit auch bedeutet, sich der eigenen Erinnerung an Erlebtes und Erfahrenes zu vergewissern. Aus dem Blick auf Gelerntes und Erinnerung kann eine neue Perspektive auf Zukünftiges entstehen. Annette Yashpon begann mit „memory“. Erinnern Sie sich?





Impressum

Nachdruck 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung

c/o Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

© 2004 Rat für Nachhaltige Entwicklung

Herausgeber: Rat für Nachhaltige Entwicklung beim Wissenschaftszentrum Berlin gGmbH

www.nachhaltigkeitsrat.de

info@nachhaltigkeitsrat.de

Zusammenfassung der Diskussion der Themenforen: Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin

Redaktion: Kira Crome, Geschäftsstelle des Rats für Nachhaltige Entwicklung

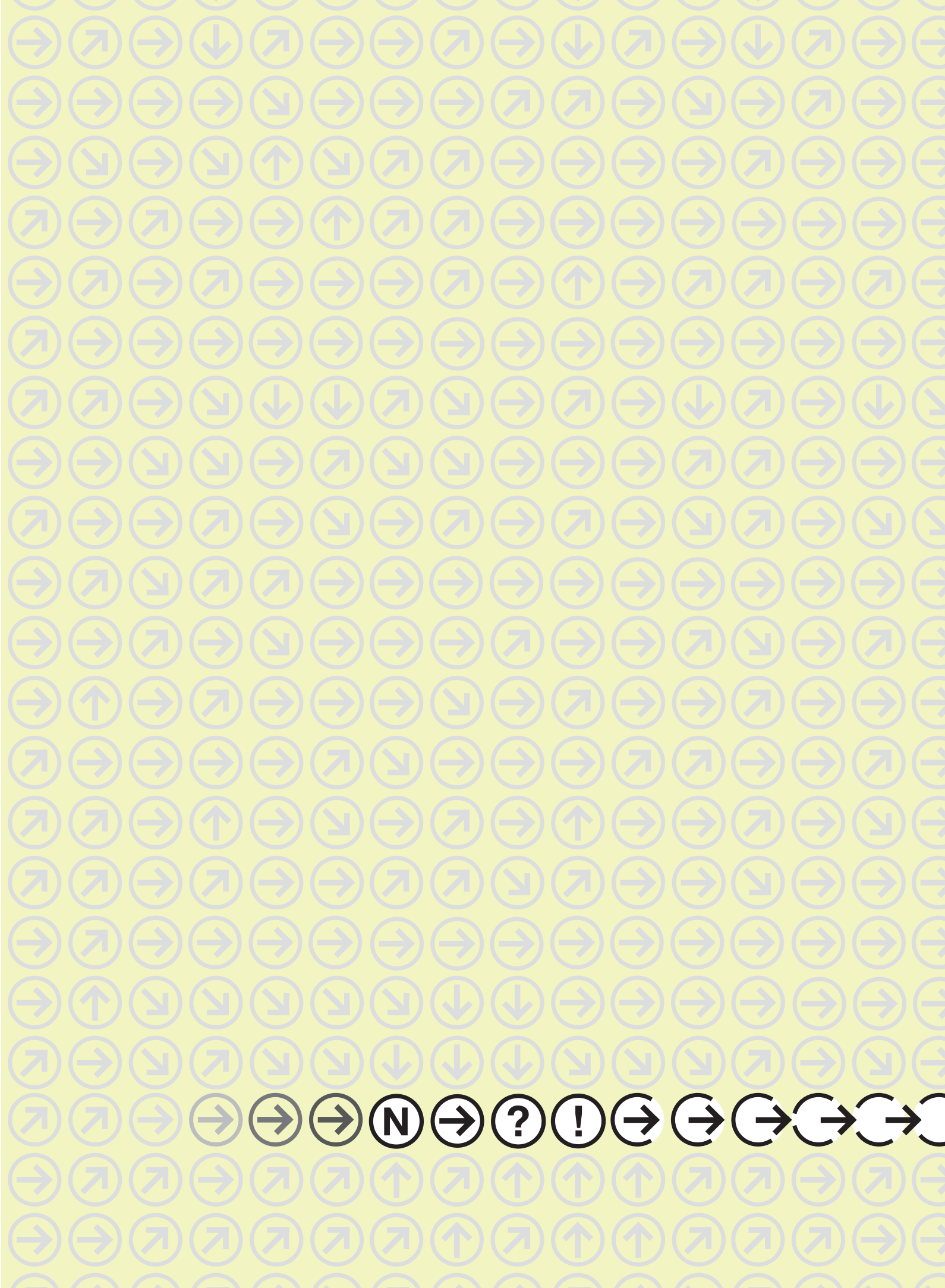
Lektorat: Petra Thoms, BOOKS! made by Thoms, Berlin

Grafik-Design: Bert Odenthal und Gerd Schossow, Münster

Druck: Rasch Druckerei – Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, Bramsche

Gedruckt auf Envirotop, Inhalt: 120 g/qm, Umschlag: 250 g/qm, aus 100 % Altpapier

ISBN 3-9809190-1-3



→ → → → → N → ? ! → → → → →



Rat für Nachhaltige Entwicklung

www.nachhaltigkeitsrat.de

info@nachhaltigkeitsrat.de

ISBN 3-9809190-1-3

